

Sonderthema:
Die neue Türkei
Erdogan treibt massive Veränderungen an

KARTEN UND GRAFIKEN
Das Land und die Region auf einer Doppelseite erklärt

SEITE 4/5

METROPOLE ISTANBUL
Eine Millionenstadt an der Nahtstelle Europas im Wandel

SEITE 9

Das Parlament

Berlin, Montag 27. Februar 2017

www.das-parlament.de

67. Jahrgang | Nr. 9-10 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Der Unbequeme

Selahattin Demirtas Harter Schlag für die kurdische Oppositionspartei HDP: Parteichef Demirtas, bereits Anfang November 2016 zusammen mit der Vorsitzenden Figen Yüksedag und weiteren HDP-Abgeordneten inhaftiert, ist in der vergangenen Woche von einem türkischen Gericht zu fünf Monaten Haft verurteilt worden. Sein Vergehen: „Herabwürdigung der türkischen Nation“. Nach dem Urteil drohen Demirtas Dutzende Folgeverfahren – unter anderem wegen „Terrorpropaganda“ –, die ihn mehr als 140 Jahre hinter Gitter bringen könnten. Yüksedag war bereits zuvor zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt worden, jetzt verlor sie auch noch ihr Parlamentsmandat. Die HDP setzt sich für eine Wiederaufnahme des Friedensprozesses mit der PKK ein; für die AKP-Regierung gilt sie jedoch als verlängerter Arm der PKK. joh



der türkischen Nation“. Nach dem Urteil drohen Demirtas Dutzende Folgeverfahren – unter anderem wegen „Terrorpropaganda“ –, die ihn mehr als 140 Jahre hinter Gitter bringen könnten. Yüksedag war bereits zuvor zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt worden, jetzt verlor sie auch noch ihr Parlamentsmandat. Die HDP setzt sich für eine Wiederaufnahme des Friedensprozesses mit der PKK ein; für die AKP-Regierung gilt sie jedoch als verlängerter Arm der PKK. joh

ZAHLE DER WOCHE

1,41

Millionen der in Deutschland lebenden türkischen Staatsbürger sind beim Plebiszit am 16. April über die Reform der türkischen Verfassung stimmberechtigt. In Deutschland leben rund drei Millionen Menschen türkischer Herkunft. Insgesamt gibt es beim Plebiszit 57 Millionen Wahlberechtigte im In- und Ausland.

ZITAT DER WOCHE

»Ich möchte, dass Ihr Euren Pass der Türkei mit Stolz tragt.«

Binali Yıldırım, türkischer Ministerpräsident, bei seinem Auftritt vor Landsleuten in Oberhausen am 18. Februar, wo er für die umstrittene Verfassungsreform warb

IN DIESER WOCHE

- THEMA** Interview Der Grünen-Abgeordnete Özcan Mutlu im Gespräch **Seite 2**
- Porträt** Die großen Wandlungen von Präsident Recep Tayyip Erdogan **Seite 3**
- Minderheiten** Harte Zeiten für nicht-muslimische Minoritäten **Seite 8**
- EU-Beitritt** Die Brüsseler Verhandlungen mit Ankara sind praktisch tot **Seite 12**
- Türken in Deutschland** Integration mit Höhen und Tiefen **Seite 13**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Krankener Mann am Bosphorus

TÜRKEI Das Land ist tief gespalten und die staatlichen Institutionen stecken in der Krise

Glaubt man dem türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan, erhebt sich sein Land gerade wie der Phoenix aus der Asche. Stark – und nicht schwach wie die alte – ist die neue Türkei, bestimmend in ihrer Region und nicht länger ein Anhängsel Europas. Hinweggefegt sind die alten Eliten und ihre religionsfeindliche Ideologie des Kemalismus. Vorbei auch ist es mit der Vormundschaft der Generäle, die sich nach Belieben in die Politik einmischte und gewählte Regierungen fast nach eigenem Gusto stürzen konnten. Jetzt herrscht das Volk und in seinem Namen der direkt von ihm gewählte Präsident. Demokratisch ist deshalb die neue Türkei und – mehr als das – auch kulturell authentisch. Denn nicht länger drängt der Staat sich zwischen die Gläubigen und ihre Religion. Im Gegenteil, die neue Republik befördert den Glauben und die dazugehörige Moral, weshalb die Bürger erstmals in Ruhe und Gewissensfrieden leben.

Nur zwei Schönheitsfehler kann Erdogan an seiner neuen Türkei noch entdecken, Residuen der überkommenen Malaise gewissermaßen. Der erste ist der Terrorismus. An ihm ist vorrangig das Ausland schuld. Der Westen pöppelt die Terroristen, weil ihm Kraft und Potenz der neuen Türkei den Schweiß aus allen Poren treiben. Bleibt Manko Nummer zwei: der Parlamentarismus, ein Regierungssystem, mit dem kein Staat zu machen ist und das deshalb geändert werden muss. Koste es, was es wolle. Es braucht ein Präsidialsystem, das alle Macht in die Hände des Präsidenten legt. Nur wenn Erdogan allein entscheiden und regieren kann, bringt er genügend Schwung in seinen Laden. Nur unter einheitlicher Regie kommt die Bürokratie auf Trab, werden notwendige Gesetze schnell beschlossen und werfen Gerichte der Politik keine Knüppel mehr zwischen die Beine. Dann haben Terroristen keine Chance mehr, die Unternehmer investieren, das Ausland kuschelt – und die Türkei ist bald so stark wie früher das Osmanenreich. Gelingt das nicht, dann nimmt der Terror überhand. Dann wird das Land noch mehr zum Spielball finsterner Mächte in Washington und in Berlin, in Teheran und Tel Aviv. Am 16. April entscheidet sich deshalb das Schicksal der Türkei. Wer bei dem Verfassungsreferendum zur Einführung des Präsidialsystems mit Nein stimmt, der unterstützt den Terrorismus, der ist vermutlich selbst ein Terrorist und ohne Zweifel Vaterlandsverräter.

Für Erdogan und die Regierung ist klar: Wer mit Nein stimmt, ist Vaterlandsverräter.

Gegner werden verteufelt So und nur so argumentieren der Staatspräsident und die Regierung. Das ist die Botschaft, die unablässig aus fast allen Kanälen auf die Bevölkerung einprasselt. Statt den Wähler mit den Regelungen der geplanten Verfassungsänderung zu überzeugen, malt die Regierung den Untergang des Landes an die Wand und verteufelt ihre Gegner. Wer ablehnt, „der stellt sich auf die Seite der Putschisten“, die im Sommer vergangenen Jahres einen erfolglosen Staatsstreich inszenierten, sagt Erdogan. „Schaut nur, wer alles ‚Nein‘ sagt, und richtet daran Eure Entscheidung aus“, ruft Premier Binali Yıldırım seinen Anhängern zu und nennt als Nein-Sager nur die PKK, die Kurdenpartei HDP und die Gülen-Bewegung. „Alles Terroristen!“, lautet die Botschaft. So wird der Volksfeind definiert.

Kein Wunder, dass sich gewaltsame Angriffe auf Oppositionelle häufen. Noch brodelte die Volksseele nicht, doch manche zündeln mit Begeisterung. Kürzlich hetzte im westanatolischen Manisa ein Funktionär der Regierungspartei deren Anhänger auf: „Wird die Vorlage abgelehnt, bereitet Euch auf einen Bürgerkrieg vor.“ Ein Aufschrei ging durchs Land. Hatten sich doch Größen der Partei wie der Anka-



Am 16. April wird in der Türkei über eine Verfassungsreform abgestimmt – inmitten außen- und innenpolitischer Umwälzungen.

© picture-alliance/Winfried Rothermel

raner Bürgermeister Melih Gökçek und Erdogans Berater Seref Malkoç öffentlich für die Bewaffnung der Parteimitglieder ausgesprochen. Oppositionspolitiker Sinan Ogan behauptete neulich schon, die AKP baue heimlich bewaffnete Milizen auf. Dabei ist die Mobilisierung der Strafe gar nicht nötig, denn die Regierung hat das Land ohnehin im Griff. Zum zweiten Mal ist der Ausnahmezustand bereits verlängert worden. Demonstrationen aller Art sind generell verboten. Die Regierung erlässt eine Notverordnung nach der anderen, gegen die die Gerichte nicht anrufen werden können. 151 Journalisten sind wegen „Unterstützung von Terrororganisationen“ inhaftiert, darunter so bekannte und geachtete wie Kadri Güsel, Mitglied im Verwaltungsrat des von der Europäischen Kommission geförderten Internationalen Presse-Instituts. Ein aktueller Bericht des Europarats spricht von 4.500 entlassenen Akademikern, 158 verbotenen Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehern und nahezu 12.000 gesperrten Internetseiten. Anfang des Jahres saßen wegen „Terrorverdachts“ über 41.000 Personen in Untersuchungshaft, gegen über 100.000 liefen strafrechtliche Ermittlungen, fast 36.000 mussten sich regelmäßig bei der Polizei melden und weitere 5.000 standen auf der Fahndungsliste. Unter den Verhafteten befinden sich über 2.000 Rich-

ter und Staatsanwälte. Die Justiz ist tief verunsichert und funktioniert inzwischen fast reibungslos im Interesse der Regierung.

Rechtlosigkeit und Willkür Längst geht es nicht mehr nur um vermeintliche Unterstützer der Putschisten oder nur gegen Linke, Kurden oder sonstige Aktivisten. Auf der Welle organisierter Rechtlosigkeit und Willkür schwimmen Karrieristen, die sich durch extreme Auslegung der Notverord-

nungen und Jagd auf Liberale beim Staatspräsidenten in ein günstiges Licht setzen, Beamte, die Konkurrenten aus dem Weg räumen, und früher Getretene, die alte Rechnungen begleichen wollen. Selbst unter Parteigängern der AKP ist die Befürchtung groß, Opfer eines solchen Dolchstoßes zu werden. So willkürlich erfolgen die Festnahmen, dass mancher blauäugige Parteifreund meint, für die Auswüchse seien bislang nicht aufgedeckte Gülenisten in der Justiz verantwortlich.

Außenpolitisch ist das Land fast isoliert und voller Zweifel den USA und Russland gegenüber.

Während der Staat auf diese Weise im Innern gewissermaßen implodiert, gibt sich der Präsident als Kriegsherr und Stratege. Mit viel Tamtam ist die Armee in Syrien einmarschiert und hat verhindert, dass die dortigen Kurden die von ihnen gehaltenen Territorien unter einer Verwaltung zusammenführen. Die dafür notwendigen Gefechte mit dem „Islamischen Staat“ haben

geworfen hat, will nicht nur Assad retten, sondern setzt sich auch für eine kurdische Autonomie in Syrien ein. In Russland steht zudem die PKK noch nicht einmal auf der Terrorliste.

Gespaltene Nation Das „Neue“ an Erdogans Türkei ist deshalb ihre Schwäche. Außenpolitisch ist sie fast isoliert und voller Zweifel den USA und Russland gegenüber. Im Lande selbst befinden sich alle zentralen Institutionen in der Krise. Die vorgesehene Verfassungsänderung schwächt das Parlament und damit die Parteien. Die Justiz ist überpolitisiert. Polizei und Geheimdienste sind ausgedünnt und mit sich selbst beschäftigt. Die Universitäten sind ihrer besten Köpfe beraubt. Das staatliche Schulwesen wird islamisiert und die privaten Schulen orientieren sich fast ausschließlich am Kommerz. Die Presse ist mundtot gemacht, der öffentliche Raum eine Ansammlung von Tabus. Fast unversöhnlich stehen sich Erdoganisten und ihre Gegner gegenüber. Die Nation ist nicht stark, sie ist gespalten. Günter Seufert

Das Autor ist Senior Fellow der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ in Berlin.



Der türkische Ministerpräsident Binali Yıldırım warb in Begleitung seiner Frau Semiha bei einem heftig umstrittenen Auftritt in Oberhausen vor seinen Landsleuten für Zustimmung zum Verfassungsreferendum.

© picture alliance/AA

EDITORIAL Nicht hinnehmbar

VON JÖRG BIALLAS

Während vom Wahlkampf für die Bundestagswahl am 24. September allenfalls Vorgeplänkel zu vernehmen sind, hat das Werben um türkische Wähler hierzulande Fahrt aufgenommen. Vor Wochenfrist trat Ministerpräsident Binali Yıldırım in Oberhausen auf, um seine in Deutschland lebenden Landsleute von dem umstrittenen Präsidialsystem zu überzeugen. Darüber gibt es Mitte April einen Volksentscheid. Findet die Verfassungsreform eine Mehrheit, würde Staatsoberhaupt Recep Tayyip Erdogan auf Kosten des demokratischen Parlamentarismus noch mehr Macht zuteil. Unterdessen wird der Ausnahmezustand in der Türkei augenscheinlich zum Normalfall. Nach wie vor sitzen tatsächliche oder vermeintliche Gegner der Regierung Erdogan zu Zehntausenden in Haft – Politiker, Soldaten, Juristen, Journalisten, Lehrer und Beamte. Ohne Aussicht auf faire Behandlung, ohne Chance, wieder ein auskömmliches Leben in ihrer Heimat aufzubauen.

Die Prinzipien einer freiheitlichen Grundordnung sind nicht nur ausgesetzt. Sie werden mit Füßen getreten. Ziel ist es, demokratische Strukturen dauerhaft zu zerstören. In Deutschland werden ebendiese Strukturen hingegen wie selbstverständlich genutzt, um für ein autokratisches System zu werben. Es gehört zur Demokratie, trotz weit verbreiteter Fassungslosigkeit über die Politik der türkischen Mächteliche solche Veranstaltungen wie in Oberhausen zuzulassen. Allerdings ergibt sich daraus auch das Recht, mit klaren Worten gegen Erdogans Reformabsichten einzutreten und den Vorwurf, das sei eine Einmischung in innere Angelegenheiten der Türkei, zurückzuweisen. Trotz der aktuellen Irritationen bleibt das Land ein Partner, mit dem umzugehen sein wird. Besonders die Europäische Union hat wirtschaftliche Interessen am Bosphorus; militärisch ist die Türkei als strategisches Scharnier zum Nahen Osten und nach Nordafrika ohnehin von Bedeutung. Auch hat die Türkei geholfen, die Flüchtlingswelle nach Mitteleuropa zu kanalisieren.

Dennoch muss das Ausland die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen kritisch begleiten. Ausfälle gegenüber diesen Kritikern müssen zudem als das bezeichnet werden, was sie sind: als nicht hinnehmbar.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

EU-BEITRITSVERHANDLUNGEN BEENDEN?

Bizarres Spiel

PRO



Sven Weidlich, »Frankfurter Neue Presse«

Es war richtig, dass die Europäische Union im Jahr 2005 Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufnahm. Der damalige türkische Ministerpräsident Erdogan hatte mit Reformen die Demokratie im Land gestärkt und die Todesstrafe abgeschafft. Heute strebt er als Präsident nach dem Gegenteil. Er verwandelt die Türkei in einen autoritären Staat. Die EU-Staaten sollten deshalb die Beitrittsverhandlungen beenden. Erdogan nutzt den gescheiterten Putsch in der Türkei für seine Zwecke aus. Seine Regierung entließ Tausende missliebige Richter und Staatsanwälte. Sie schloss Zeitungen, Radio- und TV-Sender und unterbindet damit eine kritische Berichterstattung. Und sie macht der Opposition das Leben schwer. Will die EU wirklich ihr bizarres Schauspiel weiter durchführen und so tun, als gäbe es in Sachen Beitritt noch etwas zu verhandeln? Jeder weiß doch, dass die Türkei mit Erdogan niemals Mitglied der EU werden wird. Und erreicht der türkische Präsident sein Ziel und das Volk stimmt im April der neuen Präsidentschaftsverfassung zu, dann ist es endgültig vorbei mit einem Beitritt. Befürworter argumentieren, dass die Verhandlungen eine Möglichkeit seien, um Einfluss auf Ankara zu nehmen. Welchen Einfluss? Erdogan pfeift auf die EU. Seine Regierung hat Zehntausende Staatsdiener entlassen, mit denen ein kritischer Dialog möglich gewesen wäre. Übrig bleiben nur Erdogan-Getreue. Der türkische Präsident hat damit gedroht, das Flüchtlingsabkommen aufzukündigen. Die Vereinbarung ist wichtig. Mit ihr gelang es, das Schlepplagerwesen in der Ägäis einzudämmen. Die EU muss sich aber gegen den Eindruck stemmen, sie lasse sich von Erdogan erpressen. Das kann sie, indem sie die Beitrittsverhandlungen beendet.

Herr Mutlu, Mitte April soll das türkische Volk über eine Verfassungsreform abstimmen, die Präsident Erdogan umfangreiche Machtbefugnisse einräumen soll. Wie gefährlich ist dieses Referendum?

Brandgefährlich. Ist es erfolgreich, bedeutet das die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie in der Türkei; die Autokratie würde manifestiert. Erdogan hätte mit einem Schlag alle Macht über die Exekutive, die Legislative und die Judikative. Er könnte jederzeit Minister entlassen, hohe Richter benennen oder entlassen, nach Belieben Neuwahlen ausrufen und als Parteichef bestimmen, wer ins Parlament kommt. Die Abgeordneten der Regierungsfraktion werden dann natürlich einen Teufel tun, Erdogan zu kritisieren.

Welchen Ausgang erwarten Sie?

Sollte das Referendum fair und gerecht ablaufen, wird die türkische Bevölkerung Nein sagen zu Erdogans Plänen. Sie hat sich in der Vergangenheit immer kurz vor dem Abgrund für den richtigen Weg entschieden. Ich habe jedoch Zweifel, dass es fair und gerecht zugehen wird. Die Medien in der Türkei sind nahezu gleichgeschaltet, die Opposition kommt in der Berichterstattung kaum noch vor. Seit dem gescheiterten Putsch im Sommer vergangenen Jahres sind 5.000 Journalisten arbeitslos geworden, mehr als 130 sitzen im Gefängnis. Etwa 110.000 Staatsbedienstete, darunter Staatsanwälte, Richter, Polizisten und Lehrkräfte wurden vom Dienst suspendiert, viele sogar inhaftiert. Der Ministerpräsident der Türkei, Binali Yıldırım, hat kürzlich in einer Fernsehansprache gesagt: Alle, die Nein sagen zum Referendum, unterstützen den Terror, die PKK und die Gülen-Bewegung, die angeblich hinter den Putschversuch steckt. Andere drohen, wenn die Vorlage abgelehnt wird, gibt es einen Bürgerkrieg. Es wird also massiv Druck auf die Bevölkerung ausgeübt und Angst geschürt.

Ist ein Bürgerkrieg ein realistisches Szenario?

Wenn die Bevölkerung das Referendum ablehnt, werden Erdogan und die AKP-Regierung das nicht einfach hinnehmen. Wir haben das bereits bei den Wahlen im Juni 2015 erlebt, da war ich OSZE-Wahlbeobachter. Erdogan hat damals im Wahlkampf öffentlich gesagt: Gebt mir 400 Mandate und dann ist das alles friedlich gelöst. Diese 400 Mandate brauchte er, um die Verfassung zu ändern. Doch die AKP verlor zehn Prozent und damit ihre Regierungsmehrheit. Was geschah? Plötzlich gab es etliche Terroranschläge, Bomben explodierten inmitten von Demonstrationen. Die Regierungsbildung scheiterte, die Wahlen wurden wiederholt. Und die Menschen wählten tatsächlich wieder AKP.

Ihr Parteichef, Cem Özdemir, hat Sanktionen gefordert, falls die Türkei ihren antidemokratischen Kurs fortsetzt. Der richtige Weg?

Wenn wir mit Appellen und Dialog nichts erreichen, müssen wir als Ultima Ratio auch über Sanktionen nachdenken. Das ist vielleicht die einzige Sprache, die Ankara versteht. Dass sie wirken, haben wir gesehen, als die türkische Luftwaffe im November 2015 über dem türkisch-syrischen Grenzgebiet ein Kampfflugzeug der Russen abgeschossen hatte. Wladimir Putin erhob daraufhin weitreichende Wirtschaftssanktionen gegen die Türkei; das Ergebnis war, dass Erdogan persönlich nach Moskau gereist ist und alles tat, um das Verhältnis beider Staaten wieder ins Lot zu bringen.

Die Türkei ist bereits seit 1999 Beitrittskandidat der Europäischen Union. Doch sie scheint sich entschieden zu haben – gegen Europa, für eine stärkere Zuwendung nach Asien. Warum sollte die

»Das ist die rote Linie«

ÖCZAN MUTLU Ein Ja zu Erdogans Verfassungsreform wäre das Ende der Demokratie in der Türkei – und der EU-Beitrittsverhandlungen, warnt der Grünen-Politiker



© gruene-bundestag.de

EU dem Land weiterhin eine europäische Perspektive einräumen?

Weil die Verbindungen zwischen Europa und der Türkei seit Jahrhunderten bestehen und Ankara ein wichtiger Partner ist – in der Flüchtlingsfrage, aber auch wirtschaftlich und sicherheitspolitisch. Zudem leben Millionen von Türken in Europa. Statt die Verhandlungen zu beenden, sollten wir neue Kapitel eröffnen – vor allem die, bei denen es um Justiz, Grundrechte und Freiheit geht. Wenn wir die Gespräche stoppen, spielen wir Erdogan nur in die

Hände. Er kann sich dann in der Türkei weiterhin als Opfer Europas zelebrieren.

War es ein Fehler, den EU-Beitritt des Landes zu verstoßen?

Definitiv. Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk hat sich, als er 1923 die Republik ausrief, klar für einen Kurs Richtung Westen ausgesprochen. Vor sieben Jahren war das Land auch unter Erdogan viel weiter als viele der zehn Beitrittskandidaten, die wir 2004 aufgenommen haben. Damals hat sich in Umfragen mehr als zwei Drittel

der türkischen Bevölkerung für einen Beitritt ausgesprochen und ein Drittel dagegen. Heute ist es umgekehrt. Warum? Weil Europa das Land immer an der langen Leine gehalten und den Demokratisierungsprozess nicht hinreichend gefördert hat. Wir haben Erdogan so zu seiner Allmacht verholfen und eine riesige Chance vertan.

Wo ist die rote Linie für die weiteren Verhandlungen über einen EU-Beitritt?

Sie ist überschritten, wenn die parlamentarische Demokratie und die Gewaltenteilung abgeschafft und eine faktische Diktatur geschaffen wird. Und wenn die Todesstrafe wieder eingeführt wird. Dann können wir die Verhandlungen beim besten Willen nicht fortsetzen. Wichtig bleibt aber, jene Menschen in der Türkei zu unterstützen, die für die Demokratie und universelle Werte, wie Menschenrechte, Presse- und Meinungsfreiheit, kämpfen.

An der Volksabstimmung können sich auch die rund 1,4 Millionen wahlberechtigten Türken in Deutschland beteiligen. Wie stark ist Erdogans Basis hier?

Bedauerlicherweise ist der Einfluss Ankaras auf die Deutsch-Türken in Europa, speziell in Deutschland, sehr groß. Bei den Parlamentswahlen 2015 hat die AKP in der Türkei 49 Prozent bekommen, in Deutschland 59 Prozent. Auftritte wie der von Premier Yıldırım vor einigen Tagen in Oberhausen befördern diese Popularität noch. Das spaltet die türkische Community und ist Gift für die Integration.

Sollten solche Veranstaltungen dann besser verboten werden?

Nein, damit treiben wir die Menschen nur noch mehr in Erdogans Arme. Er wird dann sagen: Seht nur, das sind Scheide- demokraten. Sie wollen Euch nicht, sie können es nicht mal ertragen, dass wir nach Deutschland kommen und mit Euch reden. Das kann nicht unser Ziel sein.

Warum ist Erdogan bei den Deutsch-Türken so populär? Viele leben doch schon in dritter, vierter Generation in Deutschland, sie haben hier ihre Ausbildung gemacht, wurden hier sozialisiert.

Viele leben zwar mit den Füßen auf deutschem Boden, aber mit dem Kopf und mit dem Herzen in der Türkei. Ein Grund ist auch, dass es die deutsche Gesellschaft jahrzehntlang nicht vermocht hat, diesen Menschen eine neue Heimat zu bieten. Wir haben ihnen zu wenig Anerkennung und Respekt entgegengebracht und sind auch institutionell kaum auf sie zugegangen. Warum haben wir zum Beispiel so wenig deutsch-türkische Lehrer an den Schulen? Warum keinen Türkischunterricht als Wahlpflichtfach oder als zweite Fremdsprache? Warum bilden wir nicht selbst Imame aus, die auf dem Boden unserer Verfassung stehen? Und weshalb gibt es kaum theologische Fakultäten mit Schwerpunkt Islam bei uns? Wir müssen den jungen Menschen, die hier geboren und aufgewachsen sind, klar machen: Nicht, was in Ankara entschieden wird, ist wichtig für Euch. Entscheidend für Euch ist, was in Berlin, was hier im Bundestag, in den Landtagen und Kommunen passiert.

Das Gespräch führte Johanna Metz. ||

Özcan Mutlu (49) ist bildungs- und sportpolitischer Sprecher der Grünen im Bundestag und stellvertretender Vorsitzender der deutsch-türkischen Parlamentariergruppe.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Nur neue Nahrung

CONTRA



Hans Monath, »Der Tagesspiegel«, Berlin

Was ihr Urteil über den Weg der Türkei angeht, sind sich die meisten Bundestagsabgeordneten einig: Das Land marschiert mit großen Schritten in Richtung Autokratie. Präsident Recep Tayyip Erdogan opfert rücksichtslos demokratische Standards, um seine Machtstellung auszubauen. Seit dem Militärputsch vom Sommer 2016 wurden und werden Journalisten und kurdische Oppositionspolitiker verhaftet, Medienhäuser geschlossen, Universitäten und andere Bildungseinrichtungen von vermeintlichen Gülen-Anhängern gesäubert. In Richtung EU und Berlin sendet Ankara derweil selbst bei Spitzentreffen böse Töne. Und das deutsche Versammlungrecht lässt auch noch zu, dass türkische Politiker in der Bundesrepublik vor hier lebenden türkischen Wahlberechtigten dafür werben, bei der Volksabstimmung Mitte April für den Umbau zu einem Präsidentsystem zu stimmen. Keine Frage: Mit den Kopenhagener Kriterien der Europäischen Union sind Erdogans Praktiken nicht vereinbar. EU-Vertreter haben auch klargestellt: Mit Wiedereinführung der Todesstrafe würde jede Beitrittsperspektive für die Türkei enden. Dennoch wäre es falsch, wenn die EU nun die Beitrittsverhandlungen von sich aus für gescheitert erklären würde. Der Einfluss der EU auf Ankara scheint minimal oder gar nicht mehr vorhanden, aber das ist kein Grund, letzte Lock- oder Drohmittel aus der Hand zu geben. Die demonstrative Beendigung der Gespräche durch die EU würde nur Erdogans Propaganda von der gedemütigten Türkei neue Nahrung geben. Deshalb kann die Devise nur lauten: Zähne zusammenbeißen, an den eigenen Prinzipien festhalten, weitermachen. Entscheiden über ihr Verhältnis zur EU muss die Türkei allein.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 16. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Ruhrgebietlerin: Michelle Müntefering

Schneller Mittagsimbiss am Schreibtisch. Michelle Müntefering kommt gerade von einer Begegnung mit drei türkischen Schulklassen, die sich in Deutschland umschauen – Erasmus-plus-Programm der EU für Bildung, Jugend und Sport. Es geht also nach wie vor etwas zwischen der Türkei und Europa. Doch wie läuft das zwischen beiden Volksvertretungen? Die 36-jährige SPD-Politikerin, Ehefrau des ehemaligen Parteichefs Franz Müntefering, managt die deutsch-türkische Parlamentariergruppe – eine von zahlreichen solcher Gruppen, die Kontakte zu anderen nationalen Parlamenten halten. Könnte doch sein, dass inzwischen die Türen zwischen Bundestag und türkischer Nationalversammlung fest verrammelt sind. „Nein“, versichert sie. „Wir erleben immer noch ein großes Interesse, mit Deutschland und dem Bundestag ins Gespräch zu kommen und wir lassen diesen Dialog nicht abbrechen.“ Das gelte auch für Abgeordnete, die Erdogans Kurs stützen. Auch mit einigen von ihnen redete sie beim letzten Besuch vor Ort. Und natürlich mit Vertretern der Oppositionspartei. Indes: Just in der Vornacht vor ihrer Visite waren führende Köpfe in Haft genommen worden. Müntefering: „Auch deswegen haben wir mit dem bewährten Programm ‚Parlamentarier schützen Parlamentarier‘ ein Zeichen gesetzt.“ Das geht über die reine Symbolik der Solidarität hinaus: „Wir machen öffentlich aufmerksam auf die Lage in der Türkei. Wir schreiben Briefe gerade auch an die Inhaftierten. Wir wissen, dass ihnen das viel bedeutet, weil sie merken, dass ihr Schicksal nicht vergessen ist.“

© DDB/Anchim-Medie



»Auch die Türkei ist auf Europa angewiesen, bei finanzieller Unterstützung zur Versorgung der Geflüchteten etwa.«

solcher Einsatz ist nicht auf den Politik-Bereich begrenzt. Michelle Müntefering kennt eine Reihe von türkischen Journalisten, Wissenschaftlern, Intellektuellen aus den auswärtigen Kultur- und Bildungsbeziehungen, sie ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und Sprecherin der SPD in dessen Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Eine Hilfe sei, sie nach Deutschland zu holen. Müntefering kritisiert es als „fatalen Fehler“, dass die Mehrheit der türkischen Nationalversammlung bei der Selbstentmachtung mit-

frühere Journalistin allenfalls gut bedingt so. Klar: „Fragen der weltweiten Migration und Flucht müssen wir mit den Partnern besprechen, die wir in der Welt haben.“ Dazu gehöre die Türkei, die drei Millionen Geflüchtete aufgenommen habe. Doch Erdogans Position sei „nicht so stark, wie viele meinen“. Zum einen: „Auch die Türkei ist auf Europa angewiesen, bei finanzieller Unterstützung zur Versorgung der Flüchtlinge etwa. Wenn die Türkei den Flüchtlingsdeal platzen ließe, hätte sie hier nur noch wenig zu erwarten.“ Zum anderen: „Viele der Flüchtlinge haben schon in der Türkei Wurzeln geschlagen oder warten dort auf eine mögliche Rückkehr in ihre Heimat.“ Mithin: „Auch Drohgebärden ändern daran nichts.“ Nach ihrem Einzug in den Bundestag 2013 als direkt gewählte Abgeordnete des Wahlkreises Herne-Bochum II musste die gebürtige Herenerin „erst erfahren, was Diplomatie bewirken kann“ – auch wenn sie „schon während der aktiven Zeit in der Kommunalpolitik auch immer Interesse an internationaler Politik“ gehabt habe. Schnell war sie mit sich im Reinen: „Nach acht Jahren Schulpolitik im Stadtrat von Herne war Außenpolitik ein ganz neues Politikfeld. Nun, nach drei Jahren, ist zum Aufgabenfeld Türkei auch noch die Berichterstattung Naher und Mittlerer Osten hinzugekommen.“ Wobei „Außen“ und „Lokal“ eine Klammer hat: Ihr spezielles Interesse an der Türkei. „Die Verbindung in das Ruhrgebiet sind nicht zuletzt die vielen Deutsch-Türken, die im Ruhrgebiet zuhause sind. Hier sehen wir, wie Integration gelingen kann, und auch, welche Fehler wir nicht wiederholen sollten.“ Franz Ludwig Averdunk ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Redaktionsschluss
24. Februar 2017

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurthosenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unvollständige Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Ditzingen
Telefon (089) 8 58 53-8 32
Telefax (089) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fs-medien@intime-media-services.de

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (030) 227-305 15
Telefax (030) 227-365 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Sören Christian Reimer (scr)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Ditzingen
Telefon (089) 8 58 53-8 32
Telefax (089) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fs-medien@intime-media-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitschrift „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

Von Feinden umzingelt

ERDOGAN Trotz Wirtschaftskrise und Terrorangst bleibt der Staatschef beliebtester Präsident, den die Türkei je hatte



„Idol für viele Menschen“ – Erdogan hat sich vom politischen Außenseiter zum mächtigsten Mann in der Türkei hochgearbeitet.

© picture-alliance/AA

Den Zustand der türkischen Wirtschaft, da ist sich Cihan Köz sicher, kennt niemand so gut wie er. Seit 17 Jahren flitzt der Teemann mit einem Silbertablett durch den Großen Basar von Istanbul, serviert zwischen Seidenschals, Lederwaren und Goldschmuck zuckrigen Cay. Ob es seiner Heimat gut oder schlecht geht, erkennt er dabei an der Zahl der Gläschen, die die Basarhändler bei ihm bestellen. „Früher habe ich jedem Händler am Tag fünf bis zehn Tees gebracht“, erinnert er sich. „Aber jetzt verdienen sie so wenig, dass sie sich den ganzen Tag an einem Gläschen festhalten.“ Cihan stand schon in seiner ein Quadratmeter großen Kochnische, als die AKP 2002 die Regierung in der Türkei übernahm. Innerhalb weniger Jahre blühte sein Geschäft auf, ein zweiter Teekocheher musste her, neue Gläser, eine Aushilfe. Der neu gewählte Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan sorgte für Aufbruchsstimmung und Zuversicht. Istanbul und sein 500 Jahre alter Basar wurden zu einem der beliebtesten Tourismusziele Europas.

Heute dampfen gerade einmal zwei Tees auf dem Tablett, mit dem sich Cihan durch das Shoppinglabyrinth schlängelt. In der Gasse der Juweliere lassen die Händler gelangweilt die Backgammonwürfel klickern. Kunden hatten sie heute noch keine. „Um 80 Prozent sind die Touristenzahlen hier eingebrochen“, klagt einer. „Die vielen Anschläge, der anhaltende Ausnahmezustand, die ständigen Verhaftungen und Antiterrorinsätze... Wer will in so einem Land schon noch Urlaub machen, geschweige denn investieren?“ Ein Drittel der insgesamt 4.000 Läden im Basar seien inzwischen von der Schließung bedroht, warnt die Vereinigung der Basarhändler. Auch Hunderte Hotels und Restaurants in Istanbul historischem Zentrum mussten bereits aufgeben. Aus der Hochstimmung von einst ist Frust geworden. Und das nicht nur hier. Überall in der Türkei spukt inzwischen das Gespenst von der nahenden Krise. „Aber wissen Sie, was das Absurdeste ist?“, fragt Teemann Cihan zum Abschied: „Trotz allem lieben die Leute Erdogan weiter!“ Tatsächlich: Trotz Wirtschaftslaute, Terrorangst und Ausnahmezustand ist und bleibt Erdogan der beliebteste Politiker, den die Türkei je hatte. Millionen strömen auf die eigens angelegten Versammlungsplätze am Rande Istanbul, wenn der „Große Meister“ seinen Besuch ankündigt. Schals, T-Shirts und Kopftücher werden mit seinem Profil bedruckt, Kinder und Fußballclubs nach ihm benannt. Jahrelang schien er diesen Erfolg vor allem dem wirtschaftlichen Aufschwung zu verdanken. Dem Pro-Kopf-Einkommen, das sich unter seiner Regierung von 3.500 auf 10.000 Dollar im Jahr fast verdreifachte, den Flachbildfernsehern, Autos und Eigentumswohnungen, die sich selbst einfache Familien plötzlich leisten konnten. Auch die Annäherung an Europa und der Frie-

denprozess mit den Kurden überzeugte viele, sorgte doch beides für Sicherheit und Investitionen. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten brachten die türkischen Abendnachrichten keine Meldungen mehr von im Kampf mit der PKK getöteten Soldaten. Heute aber häufen sich die Todesmeldungen wieder – und nach Dutzenden Anschlägen gehören Terror und Angst auch in großen Städten wie Istanbul und Ankara zum Alltag dazu. Die lange Zeit Hoffnung versprechende EU gilt derweil immer öfter als Feind. 70 Prozent der türkischen Bevölkerung glauben nicht mehr an einen Beitritt. „Die Türken sind verunsichert und verängstigt wie schon lange nicht mehr“, fasst der Istanbul Wahlforscher Hakan Bayrakti die Stimmung im Land zusammen. „Sie brauchen nur mal eine türkische Zeitung aufzuschlagen und sich in die hiesigen Leser hineinzuversetzen: Die PKK, der IS und das Gülen-Netzwerk, die die Türkei scheinbar allesamt vernichten wollen, die wachsende Inflation, die eine Wirtschaftskrise ankündigen scheint, die EU, dieser so genannte Christenclub, der die Türkei bei jeder Gelegenheit zurechtweist. Die Menschen fühlen sich umzingelt von Feinden.“ Das Fazit des Wahlforschers: Nicht trotz, sondern wegen der katastrophalen Lage seines Landes bleibt Erdogans Anhängerschaft groß. „Was sich ein einfacher Familienvater in diesen unsicheren Zeiten

wünscht, ist nicht etwa Pressefreiheit, sondern ein starker Führer, der ihn und seine Familie beschützen kann.“ Oder anders: Nicht abstrakte Demokratieversprechen locken Wähler, sondern das schmerzlich vermischte Gefühl von Größe und Stärke. Wer einmal einen Auftritt von Erdogan besucht hat, der weiß: Keiner vermittelt das eindrucklicher als der charismatische Self-made-Politiker aus dem Istanbuler Arbeiterviertel Kasimpasa, der sich gegen alle Widerstände an die Spitze des Staates boxte. So politern, pathetisch und peinlich Erdogans Reden auf westliche Zuschauer wirken mögen, so anziehend und authentisch erscheinen sie seinen Anhängern. Wenn er vor laufenden Kameras den Tod eines syrischen Kindes beweint – nicht ohne dabei auf die Untätigkeit des Westens zu verweisen –, dann weinen und schimpfen Millionen mit ihm. Wenn er mit geballter Faust über seine Kritiker herzieht, dann fragen türkische Frauen eher bewundernd als erschrocken: Kennen wir solche Wutausbrüche nicht auch von unseren Brüdern und Vätern zuhause? „Sein ganzer Stil, seine Art zu laufen oder zu sprechen... All das gibt Millionen Türken, die in den vergangenen Jahrzehnten von Dörflern zu Städtern geworden sind, aber in vielerlei Hinsicht nie richtig angekommen sind, das Gefühl: Das ist einer von uns“, glaubt Wahlforscher Bayrakti. Die Strategie der

Opposition, diesem Gebaren betont bescheiden auftretende Kandidaten wie den CHP-Vorsitzenden Kemal Kilicdaroglu entgegenzusetzen, hält er für hoffnungslos. „Erdogan ist ein Idol für die vielen Menschen in dieser Gesellschaft, die versuchen, etwas zu erreichen. Sie träumen davon, wie er zu sein. Und obwohl er als Präsident unglaubliche Macht hat, gibt er ihnen immer das Gefühl von Nähe.“ Ein Aspekt, der dabei eine wichtige Rolle spielt, ist die Religion. Egal ob der Präsident Brücken eröffnet oder Schulen besucht, ob er den drei Millionen syrischen Flüchtlingen im Land weitere Hilfe verspricht oder der PKK den Kampf ansagt. Der Bezug auf den Islam darf in keiner seiner Reden fehlen. Zwar warnt der Istanbul Wahlforscher Adil Gür ausdrücklich: „Es ist falsch zu glauben, dass die AKP Wahlen gewinnt, weil sie eine religiöse Partei ist. Sie ist eine Partei der Mitte, die alle Teile der Bevölkerung erreicht.“ Dennoch kommt das Image vom tiefgläubigen Moslem gut an in einer Gesellschaft, die sich zu 99 Prozent als religiös bezeichnet, in der jedoch alles Religiöse über Jahrzehnte unterdrückt, verschleierte Frauen von Beruf und Bildung ausgeschlossen wurden. Erdogan und die AKP gaben der entrechteten Mehrheitsbevölkerung mit ihrem Wahlsieg 2002 eine Stimme gegen die kemalistische Elite – vor deren Rückkehr sie seitdem kontinuierlich warnen.

Die Steine, die dem politischen Außenseiter in den Weg gelegt wurden – vor allem vom einst so mächtigen, heute entmachteten Militär – ließen ihn selbst als großen Verfechter von Demokratie und Menschenrechten dastehen. Erst als bei seiner dritten Wiederwahl im Jahr 2011 Macht und Möglichkeiten schier unendlich schienen, ging der Demokratieanspruch verloren, glauben Beobachter wie Hakan Bayrakti. Inzwischen gibt es praktisch keine Kraft mehr in der Türkei, die Erdogans Machtanspruch eindämmen kann. Die Opferrolle des von in- und ausländischen Kräften bedrohten Kämpfers aber prägt seine Politik weiter, zieht sich in Form von Anschuldigungen und Verschwörungstheorien durch jede seiner Reden. „Die aktuelle Türkei leidet an einer Art Massenpsychose, in der jeder Andersdenkende als gefährlich eingestuft wird“, glaubt der Istanbulische Gesellschaftspsychologe Murat Paker. Bestes Beispiel dafür: der Wahlkampf für das im April anstehende Verfassungsreferendum (siehe Text unten). Als Unterstützer der Putschisten vom vergangenen Sommer bezeichnete Erdogan jeden, der gegen das von ihm angestrebte Präsidialsystem stimmen will. Im Umkehrschluss: Wer sein Vaterland liebt und die Türkei vor ihren Feinden retten will, muss zu Erdogan halten und in zwei Monaten für das Präsidialsystem stimmen. Je größer Angst und Unsicherheit in der Bevölkerung bis dahin bleiben, desto größer die Erfolgsaussichten des Präsidenten.

Luise Sammann

Die Autorin ist freie Journalistin in der Türkei.

»Die Türken sind verunsichert und verängstigt wie lange nicht mehr.«

Hakan Bayrakti, Wahlforscher

»Die aktuelle Türkei leidet an einer Art Massenpsychose.«

Murat Paker, Gesellschaftspsychologe

Ein »Evet« mit weitreichenden Folgen

REFERENDUM Mitte April entscheiden die Türken über einen Verfassungsentwurf, der dem Land ein Präsidialsystem bringen soll. Kritiker warnen vor einem Abdriften in die Diktatur

Schock und Verzweiflung standen den türkischen Oppositionspolitikern ins Gesicht geschrieben, die am 21. Januar 2017 vor die Medien traten. Im Morgengrauen hatte das Parlament in Ankara mit 339 zu 142 Stimmen einen Verfassungsentwurf zugestimmt, der der Türkei schon bald das so genannte Erdogansche Präsidialsystem bringen könnte. Die nationalistische MHP hatte der regierenden AKP Schützenhilfe geleistet und so für die nötige Mehrheit von mindestens 330 Stimmen gesorgt. Von einer „Katastrophe“ sprach Kemal Kilicdaroglu, der Vorsitzende der größten Oppositionspartei CHP. Das „Ende der türkischen Demokratie“ prophezeigte gar seine Parteisprecherin Selin Sayek Böke. Nur ein „Nein“ beim für Mitte April erwarteten Volksreferendum kann das Projekt nun noch abwenden. Doch ob es dazu kommen wird, ist unklar. Meinungsfragen sehen das „Nein-“ und das „Evet“-Lager zur Zeit etwa gleich auf. Denn was für die Opposition eine Horravorstellung gleicht, ist in den Augen vieler regierungstreuer Türken genau das, was ihr krisengeschütteltes Land braucht. „Nehmen Sie eine Familie: So, wie dort Chaos herrscht, wenn es keinen starken Vater an der Spitze gibt, so ist es auch in unserem Staat“,

meint ein Istanbul Erdogan-Anhänger. Ein anderer pflichtet ihm bei: „Koalitionen sind in der Türkei immer nur gescheitert. Was wir brauchen, ist eine zentrale Führung. Und was könnte demokratischer sein, als wenn die dann auch noch vom Volk gewählt wird?“ Tatsächlich gehört die Tatsache, dass sowohl der Präsident als auch das Parlament laut Verfassungsentwurf alle fünf Jahre vom Volk gewählt werden sollen, zu den Hauptargumenten derer, die dieser Tage von einem demokratischen Fortschritt schwärmen. Auch Levent Korkut, einer der bekanntesten Rechtswissenschaftler der Türkei, warnt davor, Präsidialsysteme vorzeitig mit Diktaturen gleichzusetzen. „Es ist falsch zu sagen, dass ein solches System automatisch weniger demokratisch ist als ein parlamentarisches“, betont der 65-Jährige. „Wenn bestimmte Standards für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit eingehalten werden, dann können beide Systeme demokratisch sein.“ Genau das aber, argumentieren Kritiker, ist in dem vorliegenden Entwurf nicht der Fall. Dafür sorgen Details, etwa dass er als Präsident das Parlament in Zukunft bei Bedarf auflösen können soll, oder dass Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zeit-

gleich stattfinden würden – und nicht wie zum Beispiel in den USA mit zeitlichem Abstand. Die Wahrscheinlichkeit, dass Präsident und Parlamentsmehrheit dem gleichen Lager angehören und jede Opposition unmöglich machen, ist dadurch hoch. Auch das Gebot der Überparteilichkeit des Präsidenten soll entfallen. Es ist die Aushebelung zweier Grundprin-

zipien der Demokratie, die den Gegnern der türkischen Verfassungsreform Sorgen bereitet: Gewaltenteilung und das so genannte „Checks-and-Balance-System“, also die gegenseitige Kontrolle der Verfassungsorgane. Beides wäre in der Türkei nicht mehr gegeben. „Nehmen sie zum Vergleich die Präsidialsysteme Nord- und Südamerikas“, erklärt

Tanju Tosun, Professor für Internationale Beziehungen an der renommierten Ege-Universität in Izmir. „Dort hat der Präsident ganz bewusst nicht das Recht, das Parlament aufzulösen. Warum? Weil Legislative und Exekutive dort klar voneinander getrennt sind. Bei uns aber wäre die Legislative durch dieses Recht ja völlig abhängig vom Wohlwollen der Exekutive.“ Auch das vorgesehene Recht des Präsidenten, per Dekret Gesetze zu erlassen, die weder vom Parlament gebilligt noch sonst irgendetwas beschränkt wären, widerspricht allen demokratischen Grundsätzen. „Was, wenn der Präsident morgen zentrale Grundrechte der Bürger per Dekret abschafft?“, fragt Tosun. In anderen demokratischen Staaten würde hier die dritte Gewalt im Staat, die Judikative, eingreifen. Das Verfassungsgericht könnte Dekrete für ungültig erklären – so wie jüngst in den USA geschehen, wo das von Präsident Trump verfügte Einreiseverbot gegen Bürger aus sieben überwiegend muslimischen Staaten zurzeit nicht angewendet werden darf. Doch die Unabhängigkeit der Judikative wäre in Erdogans System praktisch aufgehoben: Laut Verfassungsentwurf dürfte der Präsident mit der Ernennung des Justizministers sowohl über den Vorsitzenden

des Hohen Rats der Richter und Staatsanwälte als auch über sechs seiner dreizehn Mitglieder bestimmen.

Ohne Beispiel Kritikern gegenüber verweist Erdogan gern auf die USA oder Frankreich, die trotz ihrer Präsidialsysteme selbstverständlich als Demokratien gelten. Wer seine Pläne anfechte, messe mit zweierlei Maß. Politikwissenschaftler Tosun winkt ab. „Es gibt kein einziges demokratisches Beispiel auf der Welt, das dem hier geplanten System gleicht. Auch dort, wo die Exekutive allein in der Hand eines Führers liegt, hat das Parlament immer noch eine Kontrollmacht. Eine Exekutive aber, die nicht mehr von der Legislative kontrolliert werden kann, bedeutet den Wechsel zum Autoritarismus.“ Wenn die Türken im April über ihre neue Verfassung abstimmen, geht es damit letztlich nicht um ein System, sondern um einen Regimewechsel.

Is



Prätzige Machtdemonstration: Im Oktober 2014 weihte Erdogan seinen neuen 270 Millionen Euro teuren Präsidentenpalast in Ankara ein.

© picture-alliance/AP Images

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



FAKTEN UND DATEN

Bevölkerung

Einwohner: 79,82 Millionen, Geburtenrate: 2,07, Durchschnittsalter: 31 Jahre, Lebenserwartung: 75,16 Jahre
Ethnien: 70-80 Prozent Türken, 9-14 Prozent Kurden, Minderheiten: Zaza, Tscherkessen, Bosniaken, Araber, Albaner, Lasen
Religionen: 99 Prozent Muslime (davon 82 Prozent Sunniten); 16 Prozent Aleviten; 1-2 Prozent Aleviten; 0,2 Prozent Christen

Politisches System

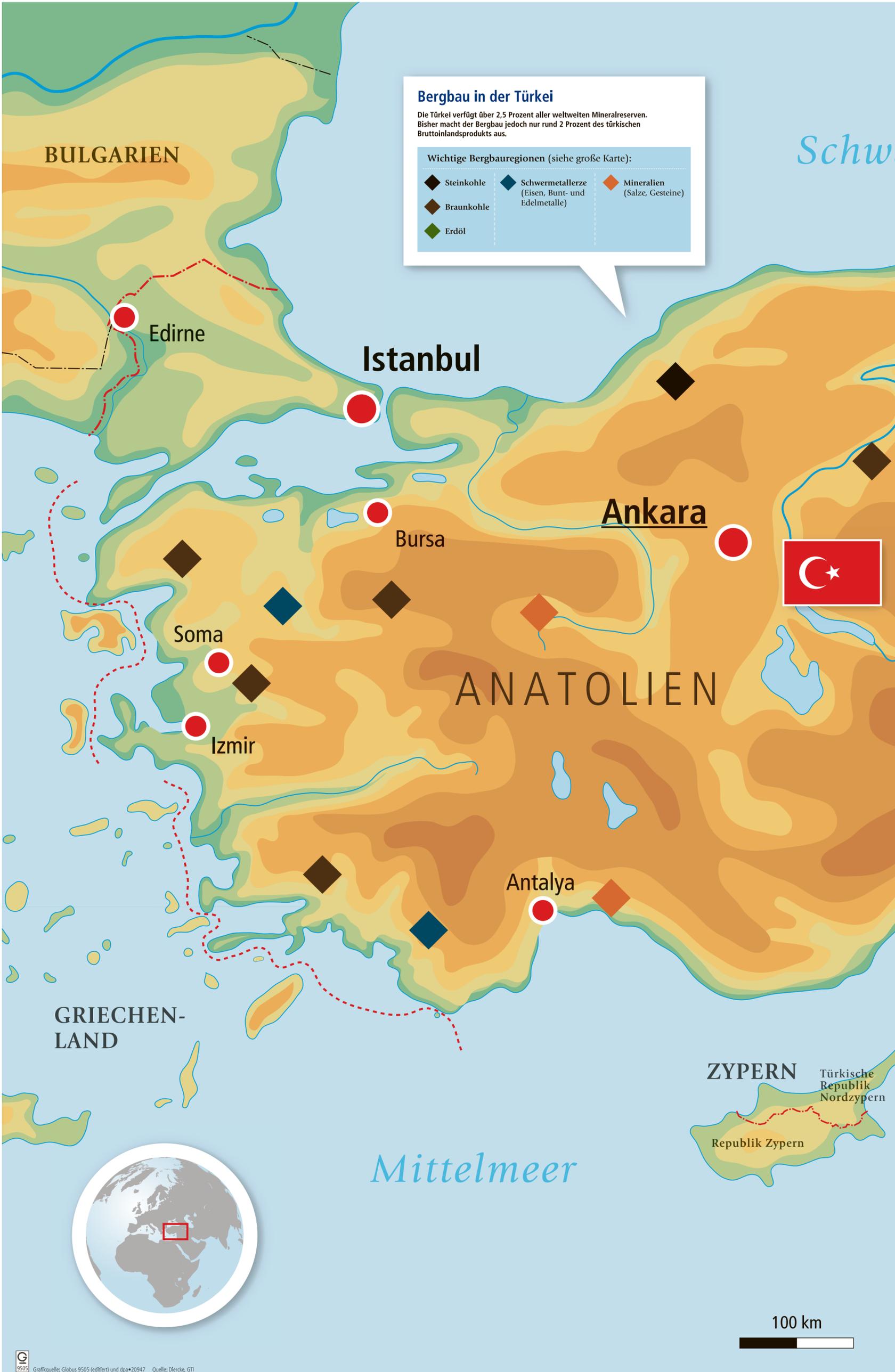
Staats-/Regierungsform: Republik/Parlamentarische Demokratie
Staatspräsident: Recep Tayyip Erdogan (AKP) seit 27. August 2014
Regierungschef: Ministerpräsident Binali Yıldırım (AKP) seit 24. Mai 2016
Parlament: Türkische Große Nationalversammlung (550 Sitze) auf vier Jahre gewählt. Parlamentspräsident İsmail Kahraman (AKP)
Regierungspartei: AKP (Partei für Fortschritt und Gerechtigkeit), 317 Sitze im Parlament
Opposition: CHP (Republikanische Volkspartei) 134 Sitze im Parlament; MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) 40 Sitze; HDP (Demokratische Partei der Völker) 59 Sitze

Wirtschaft und Finanzen

Bruttoinlandsprodukt (BIP): 735,72 Milliarden US-Dollar (Dienstleistungen: 64,96 Prozent, Industrie: 26,51 Prozent, Landwirtschaft: 8,53 Prozent)
Wirtschaftswachstum: 3,28 Prozent
Arbeitslosenquote: 10,17 Prozent
Export: Güter im Wert von 143,88 Milliarden US-Dollar; wichtigste Exportländer: Deutschland, Großbritannien, Irak, Italien, USA, Frankreich
Import: Güter im Wert von 207,2 Milliarden US-Dollar; wichtigste Importländer: China, Deutschland, Russland, USA, Italien
Staatsquote: 37,25 Prozent des Bruttoinlandsproduktes
Staatsverschuldung: 30,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes

CHRONIK

1918: Niederlage des Osmanischen Reichs im Ersten Weltkrieg.
1919-1920: Griechisch-türkischer Krieg endet mit dem Sieg über die griechische Invasionstruppen.
1923: Vertrag von Lausanne bringt die internationale Anerkennung der Türkei. In Ankara wird die Republik Türkei ausgerufen. Mustafa Kemal wird erster Präsident.
1924: Erste Verfassung wird verabschiedet und das Kalifat abgeschafft.
1925-1929: Kemalistische Reformen: Verbot religiöser Orden, Hutgesetz, Kalenderreform, Abschaffung des islamischen Rechts und Übernahme europäischer Gesetze, Abschaffung des Islam als Staatsreligion und des Religionsunterrichts.
1939-1945: Neutralität während des Zweiten Weltkriegs. Erst 1945 erklärt die Türkei auf Drängen der westlichen Alliierten dem Deutschen Reich den Krieg.
1950-1960: Einbindung der Türkei in den Westen wird durch Nato-Beitritt und Antrag auf Assoziierung mit der EWG vertieft. 1955 kommt es in der ersten Zypernkrise zu Ausschreitungen gegen Griechen, die zu einem erneuten Exodus führen.
1960/61: Putsch und Bildung einer Militärregierung. Beginn der „zweiten Republik“ durch neue Verfassung und Stärkung der liberalen Demokratie.
1961-1971: Herausbildung eines pluralistischen Politik- und Parteienspektrums.
1963/64: Scheitern des griechischen-türkischen Gemeinschaftsstaates Zypern. Beginn der faktischen Teilung und Stationierung einer UN-Friedenstruppe.
1963: Assoziierungsabkommen der Türkei mit der EWG.
1974-1980: Wechselnde Koalitionsregierungen. Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten führen zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen in einigen Gebieten. Staatsbankrott wird nur mit internationaler Hilfe abgewendet.
1974/75: Besetzung Nordzyperns und Proklamation eines türkischen Staates.
1978: Gründung der marxistischen kurdischen Untergrundbewegung PKK.
1980: Militärputsch, Kriegsrecht, Verhaftung und Verurteilung von Politikern, Journalisten und Intellektuellen.
1982/83: Verabschiedung einer neuen Verfassung und Parlamentswahlen, vorsichtige Demokratisierung.
1984: Beginn des bewaffneten Kampfes der PKK. Kämpfe weiten sich im Südosten in den 1990er-Jahren zu einem „Bürgerkrieg auf niedrigem Niveau“ aus.
2001: Liberalisierung der Verfassung, mehr Spielraum für Meinungsäußerung und politische Betätigung, Verbesserung der Rechtsstellung der Frau.
2003-2005: Reformpaket der AKP-Regierung, um Bedingungen für EU-Beitrittsverhandlungen zu erfüllen.
2004: Europäischer Rat beschließt Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.





Siedlungsgebiet der Armenier

Das heutige Armenien hat rund 3 Millionen Einwohner. Darüber hinaus leben zwischen 7 und 10 Millionen Armenier außerhalb des Landes.

■ historisches armenisches Siedlungsgebiet
■ letztes Armenisches Königreich bis 1375
□ Armenische Republik von 1918 bis 1920
■ heutiges Armenien
■ Berg Karabach

Quelle: Armenia.org, Heinfich-Böll-Stiftung Grafikquelle: dpa•23930

TÜRKEI

NATO-Luftwaffenstützpunkt

Das Osmanische Reich

■ Ausdehnung 1683*
■ Ausdehnung 1914

*mit Vasallenstaaten Quelle: dtv Atlas Weltgeschichte Grafikquelle: dpa•15358 (editiert) heutige Ländergrenzen

Kurdengebiete in der Türkei und Umgebung

■ Kurdische Siedlungsgebiete □ Kurdische Autonomiegebiete im Irak

Quelle: ETH Zürich, Council on Foreign Relations, dpa Stand Januar 2016 Grafikquelle: dpa•23705 (editiert)

Fremde kommen selten nach Nusaybin, und man kann es ihnen auch nicht empfehlen. Diese Stadt in der südöstlichen Türkei an der syrischen Grenze mit rund 90.000 Einwohnern ist gesichert wie eine Garnison. Überall patrouillieren gepanzerte Fahrzeuge der hochgerüsteten Antiterrorpolizei. Rathaus, Gericht, jede Polizeistation werden mit Betonbarrieren geschützt, während große Teile der Stadt Ruinenlandschaften sind wie in Aleppo. Auch wer sich nur kurz in der Stadt aufhält, spürt die nervöse Spannung. Hunderte junge Kurden führten hier im Frühjahr 2016 einen bewaffneten Aufstand gegen den Staat, der mit Panzern und Artillerie brutal niedergeschlagen wurde. Der kurdische Bevölkerungsanteil in Nusaybin beträgt rund 90 Prozent, viele haben Verwandte auf der anderen Seite der Grenze in der syrischen Schwesterstadt Kamischli, der inoffiziellen Hauptstadt von „Rojava“, wie sich die drei Kurdenkantone Syriens nennen, die sich 2013 für autonom erklärten. Dort herrscht seit Beginn der Rebellion in Syrien 2011 die sozialistische Partei der Demokratischen Union (PYD), eine Schwesterpartei der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK in der Türkei. Das ist der wichtigste Grund für die massiven Sicherungsanlagen, die die Türkei an der Grenze errichtet. Aber sie nützen wenig gegen das Einsickern der Autonomie-Idee. Wie unter einem Brennglas kann man in Nusaybin den ungelösten Kurdenkonflikt der Türkei studieren. Bei den jüngsten Wahlen trug die linke prokurdische Demokratische Partei der Völker (HDP) hier wie in anderen Grenzorten einen Erdrutschsieg mit knapp 90 Prozent der Stimmen davon. Doch die Regierung in Ankara hat nicht nur in Nusaybin die gewählten HDP-Bürgermeister inzwischen durch staatliche Verwalter eingesetzt und viele Mitglieder der zweitgrößten Oppositionspartei des Landes ins Gefängnis werfen lassen, weil sie angeblich PKK-Terroristen unterstützten. Nusaybin ist eine belagerte Stadt.

Nicht anerkannt Doch die kurdische Frage drängt nach einer Lösung. Mit etwa 30 Millionen Menschen sind die Kurden das größte Volk der Welt ohne eigenen Staat. In der Türkei leben rund 18 Millionen Kurden, die übrigen verteilen sich auf den Irak, den Iran, Syrien, Armenien und Aserbaidschan. Autonomiebestrebungen sind nirgends gut angesehen, denn sie würden nicht ohne Anziehungskraft für die Kurden in den Anrainerstaaten bleiben.

In der Türkei wurden die Kurden nach der Republikgründung 1923 nicht als ethnische Minderheit anerkannt, Kurdisch durfte nicht auf der Straße gesprochen werden, schon das Wort „Kurdistan“ machte (und macht) die 1978 gegründete marxistische Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) illegal. Die auch in den USA und Europa verbotene Gruppe gilt den einen als brutale Terrororganisation, anderen als Freiheitsbewegung und Hoffnungsträgerin. Ihr Chef Abdullah Öcalan begann 1984 einen bewaffneten Guerillakampf gegen den türkischen Staat, der bis heute mehr als 45.000 Tote kostete. Der 68-jährige Öcalan verbüßt seit 1999 eine lebenslange Freiheitsstrafe auf der Gefängnisinsel Imrali im Marmarameer vor Istanbul in weitgehender Isolation. Trotzdem ist sein Einfluss auf die Kurden in der Türkei ungebrochen. „Er ist und bleibt unser Präsident“, sagt Abdullah Demirtas, Ex-HDP-Bürgermeister der Altstadt der Kurdenhochburg Diyarbakir. Seitdem sich die PYD in Syrien etablierte, ist Öcalans politische Bedeutung weiter gewachsen. Längst hat der PKK-Chef der Gewalt abgeschworen und propagiert statt Separatismus die kommunale Selbstverwaltung und die Gleichberechtigung der Geschlechter. Neben der bewaffneten PKK gab es innerhalb der linken kurdischen Bewegung im-



Ein Spielplatz vor einem zerstörten Viertel der hauptsächlich von Kurden bewohnten Stadt Nusaybin an der Grenze zu Syrien, aufgenommen im Oktober vergangenen Jahres. © picture-alliance/dpa / Can Meray

In der Spirale

KURDEN Der Friedensprozess ist neuer Gewalt gewichen

mer auch Aktivisten, die ähnliche Ziele verfolgten, aber auf parlamentarische und zivilgesellschaftliche Arbeit setzten. Doch hatten prokurdische Parteien lange Zeit wegen ihrer Nähe zur PKK nie eine Chance, die Zehnprozenthürde bei Parlamentswahlen zu überspringen. Das änderte sich, als Öcalan 2014 durchsetzte, die HDP für andere gesellschaftliche Gruppen und ethnische Minderheiten in der gesamten Türkei zu öffnen. Mit dem jungen Menschenrechtsanwalt Selahattin Demirtas fand die Partei einen charismatischen Co-Parteichef, der linke und säkulare Wähler auch in der Westtürkei ansprach. Zu jener Zeit führte die Regierung noch Friedensgespräche mit der PKK-Führung in den nordirakischen Kandil-Bergen. Der damalige Minister- und spätere Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan hatte zu Beginn seiner Amtszeit versprochen, das Kurden-thema friedlich zu lösen. Er räumte ein, dass es ein „Kurdenproblem“ gebe, entkriminalisierte den Gebrauch der kurdischen Sprache, ließ kurdische Medien zu und investierte massiv in die Infrastruktur des Südostens. So gewann er viele Kurden für sich. 2010 ging er einen entscheidenden Schritt weiter. Damals begannen Geheim-

treffen zwischen dem Geheimdienst MIT und der PKK in Oslo, um den bewaffneten Konflikt zu beenden. Sie wurden ab 2013 offiziell in der Türkei fortgesetzt und liefen immer über Öcalan, der seitens der PKK einen Waffenstillstand bekannt gab.

Wahlsieger HDP Erdogan glaubte, dass der populäre Friedensprozess seiner islamisch-konservativen Regierungspartei AKP bei den Wahlen im Juni 2015 die kurdischen Stimmen zutreiben und ihm ermöglichen würde, das von ihm angestrebte exekutive Präzidentensystem einzuführen. Doch diese Rechnung ging zunächst nicht auf. HDP-Co-Chef Demirtas gelang es mit der Losung „Herr Erdogan, mit uns wird es keine Super-Präsidentschaft geben“ 13 Prozent der Stimmen zu erreichen und in den mehrheitlich kurdischen Provinzen Wahlsieger zu werden. Erdogans AKP, auch wegen ihrer konservativ-religiösen Agenda der einzige ernstzunehmende HDP-Konkurrent im Südosten, büßte erstmals seit 2002 die parlamentarische Mehrheit ein. Für Erdogan war das eine Katastrophe. Einen brutalen Mord der PKK an zwei Polizisten nahm er wenig später zum Anlass, sein wichtigstes innenpolitisches Projekt

aufzukündigen. Er kehrte zur nationalistischen Sprache zurück, ließ Hunderte Kurden verhaften und führte seit Mitte Juli 2015 wieder Krieg.

Doch der eigentliche Bruch fand schon im Herbst 2014 statt. Damals verspielte Erdogan die Sympathien von Millionen Kurden, als er der syrisch-kurdischen Grenzstadt Kobane keine militärische Hilfe gegen die Angreifer des IS gewährte. Seinen Satz „Kobane wird bald fallen“ werden ihm viele Kurden nie verzeihen. Doch die kurdischen YPG-Milizen konnten den IS schließlich mit US-amerikanischer Luftunterstützung aus Kobane vertreiben. Damals verloren auch die militärischen PKK-Führer Cemil Bayik und Murat Karayilan das Vertrauen in den Friedensprozess und bereiteten sich wieder auf Krieg vor. Sie waren ohnehin skeptisch, da Erdogan keine substantiellen Zugeständnisse etwa bei der geforderten Amnestie für Guerillakämpfer gemacht hatte. Obwohl der Wahlerfolg der HDP 2015 ein klares Zeichen war, dass viele Menschen sich Frieden wünschten, waren weder die PKK-Führung noch Erdogan bereit, dies zu akzeptieren. Während die Kampfjets wieder bombten und die Guerilla Sprengstoff zündete, prä-

sentierten mehrere kurdische Bürgermeister in der Begeisterung über den Wahlerfolg „Autonomieerklärungen“, in denen sie ihre Gemeinden für unabhängig erklärten. Als die Polizei daraufhin kurdische Aktivisten verhaftete, hoben jugendliche PKK-Anhänger in einem Dutzend Städten Gräben aus und errichteten Barrikaden; die HDP hinderte sie nicht daran.

Kurz nach der neuerlichen Parlamentswahl im November 2015, in der die AKP die absolute Mehrheit zurückholte, befahl Erdogan der Armee, die Aufstände niederzuschlagen. Die Regierung verhängte monatelange Ausgangssperren, ließ Artillerie, Hubschrauber und sogar Kampfjets kurdische Wohnviertel in Grund und Boden bombardieren. Tausende Menschen starben, ein Dutzend Städte wurden zu großen Teilen verwüstet. Seit herrscht Resignation und Enttäuschung in den Kurdengebieten – auch über die HDP, die sich wieder auf die Linie der PKK hatte zwingen lassen. Immerhin äußerten sich die HDP-Führer nach PKK-Terroranschlägen so kritisch über die Guerilla wie nie zuvor eine kurdische Partei. Doch Erdogan nutzte die nationalistische Stimmung angesichts der Kämpfe, um die HDP mit der PKK gleichzusetzen und die Immunität fast aller HDP-Parlamentarier im Juni 2016 mit Hilfe der anderen Oppositionsparteien aufheben zu lassen – der Versuch, die Partei zu zerstören, ohne sie zu verbieten. Nach dem gescheiterten Putschversuch vom Juli 2016 bestand für einen Moment die Chance, den „Lösungsprozess“ neu zu beleben. Doch Erdogan grenzte stattdessen die HDP aus dem gesellschaftlichen Nach-Putsch-Konsens aus und rückte sie immer stärker in die Nähe von Terroristen, um sich die Nationalistenstimmen für sein Verfassungsreferendum zu sichern.

Abgeordnete in Haft Die HDP-Chefs Figen Yüksedag und Selahattin Demirtas sowie zehn weitere HDP-Abgeordnete sind seit November inhaftiert. Fast alle gewählten HDP-Bürgermeister wurden durch staatliche Zwangsverwalter ersetzt, mehr als 2.500 Parteimitglieder verhaftet. Der HDP-Abgeordnete Ziya Pir hält die Auswirkungen für katastrophal. „Die jungen, aber auch viele ältere Kurden wenden sich immer stärker vom gemeinsamen Staat Türkei ab und dem kurdischen Nationalismus zu, was wir nicht für richtig halten.“

Doch jeder in der Türkei weiß, dass weder Parteiverbote, Massenverhaftungen noch Bombardements die Spirale der Gewalt in der Vergangenheit stoppen konnten. Obwohl das seit 30 Jahren so geht, reden die AKP-Politiker wieder von der „endgültigen Ausmerzung des Terrors“. Doch die Entwicklungen in Syrien, wo die USA und Russland mit den YPG-Milizen zusammenwirken, haben Auswirkungen auf die Stellung der PKK und sprechen dafür, dass die Lösung des Kurdenkonflikts in der Türkei nach dem Verfassungsreferendum wieder auf die Tagesordnung rücken könnte. Derzeit lässt Ankara keine Bereitschaft dazu erkennen. Mitte Februar entzog die gelenkte Justiz der inhaftierten HDP-Co-Chefin Figen Yüksedag nach einer Verurteilung wegen „Terrorpropaganda“ das Parlamentsmandat – ein einmaliger Vorgang. Gleichzeitig verurteilte ein anderes Gericht Selahattin Demirtas zu fünf Monaten Gefängnis wegen „Herabwürdigung der türkischen Nation“, sodass er ebenfalls in den Referendumswahlkampf nicht eingreifen kann. Doch das verschafft Erdogan allenfalls vorübergehende Entlastung. „Jetzt versucht der Staat, alle unsere Politiker einzusperren“, sagt ein älterer Kurde in Nusaybin. „Was glauben die denn, was das bei uns auslöst?“

Frank Nordhausen

Der Autor lebt als Türkei-Korrespondent der „Berliner Zeitung“ und der „Frankfurter Rundschau“ in Istanbul.

KURDISCHE GRUPPIERUNGEN

Demokratische Partei der Völker (HDP)

Der pro-kurdischen Demokratischen Partei der Völker (HDP) gelang bei der letzten Parlamentswahl 2015 mit 10,8 Prozent der Stimmen zum zweiten Mal der Sprung über die Zehn-Prozent-Hürde. Sie setzt sich für eine Wiederaufnahme des Friedensprozesses zwischen der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK und der islamisch-konservativen AKP-Regierung ein. Die Regierung sieht die HDP jedoch als verlängerten Arm der PKK und geht gegen deren Politiker vor. Schon vor dem Putschversuch vom Juli 2016 wurde die Immunität zahlreicher HDP-Abgeordneter aufgehoben. Die HDP-Chefs Selahattin Demirtas und Figen Yüksedag waren im November 2016 wegen Terrorwürfen verhaftet worden; weitere HDP-Abgeordnete sind ebenfalls in Haft.

Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Die türkisch-kurdische Arbeiterpartei Kurdistans ist in der Türkei verboten und steht auch in der EU und den USA auf der Terrorliste. In Deutschland ist sie seit 1993 verboten. Von 1984 an kämpfte die PKK mit Waffengewalt und Anschlägen für einen kurdischen Staat oder ein Autonomiegebiet im Südosten der Türkei. Ihr Chef Abdullah Öcalan sitzt seit 1999 in Haft. 2013 verkündete die PKK eine Waffenruhe. Bemühungen der AKP-Regierung und der PKK um einen Friedensprozess endeten 2015. Die Türkei bombardierte wieder PKK-Einrichtungen im Nordirak und die PKK verübte Mordanschläge auf türkische Sicherheitskräfte.

Freiheitsfalken Kurdistans (TAK)

Die aus der PKK hervorgegangene militante Splittergruppe „Freiheitsfalken Kurdistans“ hat sich zu einer Reihe schwerer Anschläge in der Türkei bekannt. Die TAK gibt sich als unabhängig von der PKK aus, Experten sprechen jedoch von engen Verbindungen zwischen beiden Organisationen.

Volksschutzeinheiten in Nordsyrien (YPG)

Die kurdischen Volksschutzeinheiten YPG in Nordsyrien sind eng mit der PKK verbunden. Sie sind der bewaffnete Arm der Kurden-Partei PYD in Syrien, die ihrerseits ein Ableger der PKK ist. Die YPG sind in Syrien ein wichtiger Partner des von den USA geführten Bündnisses gegen die Terrororganisation IS. Mittlerweile beherrscht die YPG große Teile der Grenze zur Türkei. Das stößt auf Unwillen der Türkei, die einen weiteren Quasi-Kurdenstaat nach dem Nordirak an ihrer Grenze verhindern will.

Peschmerga – Militäreinheiten der irakischen Kurden

Die Peschmerga sind die Militäreinheiten der irakischen Kurden. Sie erhalten Waffen aus Deutschland und anderen Ländern; die Bundeswehr und verbündete Armeen bilden ihre Kämpfer im Kampf gegen den IS aus. Seit vergangenen Herbst beteiligen sie sich an der Offensiv irakischer Streitkräfte gegen den IS in der Metropole Mossul. stolmit dpa

Kurswechsel ins Ungewisse

NAHOST Ankaras Flirt mit arabischen Nachbarn dauerte nur kurz. Heute ist die Türkei tief in die Konflikte der Region verstrickt

Unter normalen Umständen wäre ein nationaler Aufschrei der Empörung zu erwarten gewesen, aber die türkischen Zeitungen spielten das Ereignis herunter. Am 9. Februar bombardierte ein russischer Kampfjet eine türkische Stellung am Rand der nord-syrischen Kleinstadt Al-Bab. Drei türkische Soldaten starben, elf weitere wurden verletzt. Doch die AKP-Regierung in Ankara und die weitgehend gleichgeschalteten Medien verbreiteten eine Erklärung des türkischen Generalstabs, es habe sich bei dem Beschuss um ein Versehen gehandelt, und protestierten nur lau, als der Kreml behauptete, die Zielkoordinaten von der türkischen Armee bekommen zu haben. Die Umstände sind eben nicht normal. Die Türkei hat sich in Syrien in ein militärisches Abenteuer mit ungewissem Ausgang verstrickt. Ihre Operation „Euphrat-schild“ steht beispielhaft für die Nahostpolitik Ankaras seit dem Arabischen Frühling: Außer der Eindämmung kurdischer Ge-

bietsansprüche gibt es kaum klar definierte Ziele, keine Exit-Strategien. Nicht selten widersprechen sich sogar amtliche Aussagen verantwortlicher Politiker und Militärs. Die frühere türkische Nahostpolitik folgte der Maxime „Null Probleme mit allen Nachbarn“ des damaligen Außenministers Ahmet Davutoglu, der die Türkei als ein Land mit vorwiegend wirtschaftlichen Interessen definierte, das seine „soft power“ dafür einsetzen müsse, ein friedliches regionales Umfeld zu schaffen, damit türkische Händler und Unternehmen davon profitieren könnten. Mit dem Beginn der Aufstände in Tunesien und Ägypten Ende 2010 änderte sich diese Sichtweise.

Neo-Osmanismus Damals vollzogen Davutoglu und sein Premier Recep Tayyip Erdogan einen außenpolitischen Paradigmenwechsel, der als „Neo-Osmanismus“ bekannt wurde. Als sunnitische Vormacht wollten sie den schiitischen Rivalen Iran in seine Schranken weisen, die Türkei zur wichtigsten Regionalmacht erheben und so verlorene imperiale Größe neu beleben. Die AKP-Regierung begann, sich in die Rebellionen einzumischen und Gruppen zu unterstützen, die ihr ideologisch nahestanden: Ägyptens Muslimbrüder und ihre



Ein Flüchtlingslager nahe der syrischen Grenze. Die Türkei hat mehr als drei Millionen syrische Flüchtlinge bis heute ins Land gelassen. © picture-alliance/ZUMA Press

Schwesterparteien in Libyen, Syrien oder Tunesien. Das „türkische Modell“ versprach den Kampf gegen autoritäre Strukturen und für „sunnitischen Pluralismus“. Anfangs schien diese Strategie aufzugehen. Im September 2011 bereiteten Zehntausende Ägypter Erdogan in Kairo einen begeisterten Empfang. Der damalige türkische Staatspräsident Abdullah Gül sprach von

einer „Achse der Demokratie zwischen den beiden größten Nationen unserer Region“, während Erdogan den demokratisch gewählten Präsidenten Mohammed Mursi von den Muslimbrüdern nach Kräften unterstützte. In Syrien konnte er nach einem kurzen Vermittlungsversuch alle Verbindungen zum Präsidenten Baschar al-Assad und unterstützte fortan Rebellen ohne An-

sehen ihrer ideologischen Ausrichtung, solange sie nur dessen Sturz betrieben.

Zugleich ließ Erdogan bis heute mehr als drei Millionen syrische Flüchtlinge in die Türkei. 2012 ermittelte eine türkische Denkfabrik, dass die Türkei in sieben arabischen Staaten, darunter Ägypten, das populärste Land war. „Im Nahen Osten kann kein Thema mehr ohne die Türkei diskutiert werden“, frohlockte Davutoglu im März 2013. Doch der Flirt mit den arabischen Nachbarn dauerte nur kurz. Die AKP-Politiker unterschätzten die politischen und gesellschaftlichen Dynamiken der Region, auch die Interessen ihrer sunnitischen Rivalen in Riad und Kairo. Heute sind Erdogans Erzfeinde von Assad in Syrien bis zum Militärherrscher al-Sissi in Ägypten weiter an der Macht und können ihre Position mit russischer, US-amerikanischer, iranischer und arabischer Hilfe konsolidieren. Auch im Irak machte sich Erdogan zuletzt keine Freunde, als er eine umstrittene türkische Militärgarnison nahe Mossul verstärkte, dabei Ansprüche auf die zweitgrößte Stadt des Iraks geltend zu machen versuchte und den Grundlagenvertrag von Lausanne aus dem Jahr 1923 in Frage stellte. Iraks Premier Haider al-Abadi sprach daraufhin von einem möglichen

Krieg mit der Türkei, „falls nötig“ und forderte den Abzug aller türkischen Truppen.

Tief verstrickt So wurden aus „null Problemen mit den Nachbarn“ Konflikte mit fast allen Anrainern. Als sich die Türkei immer weiter isolierte, wechselte Erdogan seinen Premier Davutoglu im Frühjahr 2016 durch Binali Yildirim aus, der die Wiederannäherung an Russland und Israel besorgte. Doch die Beziehungen zu Ägypten sind weiter gespannt, und Ankaras sunnitische Verbündete Katar und Saudi-Arabien fördern weiter salafistische Netzwerke, die in zwischen die Türkei selbst bedrohen. Sie ist heute tief in die nahöstlichen Konflikte verstrickt: Sunniten gegen Schiiten, Ost gegen West. Ob sie sich als Friedensstifter für Syrien im Dreiergepann mit Russland und dem Iran bewährt, bleibt abzuwarten. Vor allem die Kurden-Frage hat das Potential, die nähere Region in ihren Grundfesten zu erschüttern. Gleichwohl halten regierungsnahen türkischen Kommentatoren daran fest, dass die Verbindung mit Russland Ankara helfe, die US-Politik im Nahen Osten auszubalancieren. Der tödliche Zwischenfall von Al-Bab hat einige nun ins Grübeln gebracht, ob das wirklich den Tatsachen entspricht. fr





Polizisten vor dem Sitz der regierungskritischen Koza-Ipek-Holding in Istanbul. Die Unternehmensgruppe betrieb neben Industrie- und Handelsfirmen auch zwei Zeitungen und einen TV-Sender. Im Oktober 2015 wurde sie unter staatliche Zwangsverwaltung gestellt und drei Monate später aufgelöst.

© picture-alliance/ AP Photo

Griff nach den Vermögen

ENTEIGNUNGEN Per Notstandsdekret gelangen derzeit Milliarden in die Hände des Staates

Nevin Ipek war außer sich vor Wut, als sie das Foto sah. „Die frommen Damen sitzen auf meinem Sofa und schämen sich nicht“, beschwerte sich die Unternehmersgattin per Twitter aus dem Exil in London. Auf einem Zeitungsfoto in der türkischen Presse hatte sie zwei

»Jedes Unternehmen von Fetullah Gülen ist ein Hort des Terrorismus.«

Recep Tayyip Erdogan, türkischer Präsident

beschlagmakt, seit Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan dies am 1. September vergangenen Jahres mit einem Dekret nach dem Notstandsrecht ermöglichte. Den Gesamtwert der eingezogenen Firmen bezifferte Vize-Ministerpräsident Nurettin Canikli im Januar auf knapp zehn Milliarden Euro, und die Liste wird wöchentlich länger: Seit Jahresbeginn kamen wieder etliche Firmen dazu. Nach den Notstandsdekreten reicht zur Enteignung eines Unternehmers schon der Vorwurf der politischen Nähe zu dem islamischen Prediger Fetullah Gülen (siehe Text unten), ein Einspruch ist nicht möglich. Die Gülen-Bewegung müsse wirtschaftlich zerschlagen werden, begründet Erdogan die Enteignungswelle. „Jede ihrer Schulen und Universitäten, jede ihrer Firmen und Unternehmen ist ein Hort des Terrorismus“, sagte er auf einer Tagung der türkischen Handelskammern. „Jeder Cent, der dieser Bewegung gespendet wurde, ist eine Kugel gegen die Nation.“ Gefahr sei im Verzug, sagt der Staatspräsident, und verweist auf den Putschversuch vom vergangenen Sommer, für den er Gülen und dessen Anhänger verantwortlich macht.

Beginnen hatte der staatliche Griff nach dem Vermögen der Gülen-Anhänger allerdings schon lange vor dem Putschversuch, nämlich mit dem Bruch zwischen den beiden einstigen Bündnispartnern. Jahrzehntlang waren Erdogan und Gülen vereint in ihrem Machtkampf gegen die säkularistischen alten Eliten der Türkei. Als der Kampf gewonnen und die alte Elite besiegt war, fielen die einstigen Weggefährten übereinander her. Der offene Bruch zwischen den beiden Anführern des politischen Islam in der Türkei erfolgte 2013. Die Industriellenfamilie Boydak aus dem anatolischen Kayseri zählt zu den treuen Unterstützern der Erdogan-Gülen-Allianz, die von dem Zerwürfnis kalt erwischt und ruiniert wurden. Als „anatolische Tiger“ wurden die frommen Unternehmer noch vor wenigen Jahren gefeiert, weil sie aus ihrer Möbelschreinerei einen Konzern mit zwei Milliarden Euro Umsatz gemacht hatten. Die Familie wurde für ihre Wohltätigkeit gerühmt, weil sie großzügig für die Schulen von Fetullah Gülen spendete, und noch 2001 überreichte Erdogan persönlich dem Boydak-Vorstand eine staatliche Auszeichnung. Heute sitzen die Gebrüder Boydak hinter Gittern und auf der Anklagebank: Zu spät hatten sie die Zeichen der Zeit erkannt und sich öffentlich von Gülen distanziert; schon im September 2015 wurden sie erstmals festgenommen,

also lange vor dem Putschversuch. Ihren milliarden schweren Konzern hat der Staat inzwischen nach dem Notstandsrecht eingezogen. **Zwangsverwaltung** Ähnlich erging es den Ipeks, die sich neben zahlreichen Industrie- und Handelsfirmen auch zwei Zeitungen und einen TV-Sender leisteten. Weil diese Medien seit dem Zerwürfnis zwischen Gülen und Erdogan zunehmend kritisch über die Regierung berichteten, wurden sie schon im Herbst 2015 unter staatliche Zwangsverwaltung gestellt und im Februar 2016 geschlossen. Auch die anderen Unternehmen des Ipek-Imperiums wurde schon vor dem Putschversuch unter Zwangsverwaltung gestellt und seither komplett eingezogen; ihre Stiftungsuniversität wurde geschlossen. Da war die Unternehmerfamilie längst nach England geflohen, doch als Zugabe ließ Erdogan im Januar noch ihr persönliches Vermögen einziehen, bis hin zu ihren Autos. Doch nicht nur Wirtschaftskrisen werden nach den Notstandsdekreten enteignet. Im Dezember wurde das Eigentum von 54

Journalisten eingezogen, die für Gülen-nahe Zeitungen gearbeitet hatten und dafür seit Monaten hinter Gittern sitzen; ihre Zeitungen galten noch vor wenigen Jahren als besonders regierungsfreundlich. Es trifft aber nicht mehr nur Gülen-Anhänger. Fassungslösungen mussten die Betreiber des alternativen Radiosenders „Radyo Özgür“ im Januar zusehen, wie ihre Mischpulte, Mikrofone und Schreibtische unter Polizeischutz auf einen Lastwagen verladen und abtransportiert wurden – auf Grundlage der Notstandsdekrete nun Staatsbesitz. Der Bankenaufsichtsbehörde TMSF fließt alles beschlagnahmte Eigentum zu. Mit einem neuen Dekret ermächtigte Erdogan die Behörde im Februar, die ihr unterstellten Firmen nach Gutdünken zu verkaufen oder aufzulösen – und den Erlös an die Staatskasse zu überweisen. „Wir werden alle ihre Wurzeln in der Wirtschaft mit Stumpf und Stiel ausreißen“, kündigte Erdogan an. „Wir werden kein Erbarmen haben, mehr noch: Wer sich ihrer erbarmt, der wird es bereuen.“

Susanne Güsten

Die Autorin ist freie Korrespondentin in der Türkei.

Vom Freund zum Feind

GÜLEN-BEWEGUNG Den Machtkampf mit Erdogan hat das islamische Netzwerk verloren. Auch im Ausland gerät es immer mehr unter Druck

Präsident Recep Tayyip Erdogan und seine Regierung sind überzeugt: Die Gülen-Sekte ist verantwortlich für die Ereignisse des 15. Juli 2016. Seit dem Putschversuch sitzen offiziell rund 44.000 Personen in Haft. Sie werden beschuldigt, entweder aktiv daran teilgenommen oder ihn durch Beziehungen zur Bewegung des Predigers Fetullah Gülen unterstützt zu haben. Hatte es schon zuvor massive Repressionen gegen die Bewegung gegeben, so wurde nach dem 15. Juli eine regelrechte Hexenjagd entfacht. Noch in der Putschnacht ließ Erdogan 3.000 Richter, Staatsanwälte und andere Justizangehörige, denen eine Nähe zur Gülen-Bewegung unterstellt wird, aus ihren Ämtern entfernen. Bis heute wird fast täglich ein angeblicher Sympathisant aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Betroffen sind vor allem der Justizapparat, Polizei und Geheimdienst, das Militär und der gesamte Bildungsbereich. Es reicht, ein Konto bei einer Bank unterhalten zu haben, die angeblich von Gülen-Anhängern gemanagt wurde, um seinen Job zu verlieren. Wer eine bestimmte Kommunikations-App namens Bay Look nutzt, wird zum inneren Kreis der Putschisten gezählt und landet im Gefängnis. Die Kampagne zielt klar darauf ab, einen politischen Gegner zu beseitigen, den Erdogan und seine AKP sehr gut kennen und

dessen Macht ihnen zuletzt als größte Bedrohung erschien. Erdogan weiß um den Einfluss der Sekte, weil Gülen und seine Bewegung über zehn Jahre seine engsten Verbündeten waren. Als seine neu gegründete AK-Partei bei den Wahlen im November 2002 überraschend die absolute Mehrheit gewann und die alleinige Regierung stellen konnte, war sie hilflos einer überwiegend vom politischen Gegner geprägten Bürokratie ausgeliefert und brauchte dringend Unterstützung. Das war die Stunde von Gülen. Die Bewegung, die in der Türkei zumeist nur „Cemaat“ Gemeinde genannt wird und sich selbst „Hizmet“ („Die Dienenden“) nennt, war bereits in den 1990er Jahren die einflussreichste islamische Sekte der Türkei. Ihr Gründer und unumschränkter Chef ist der Prediger Gülen. Er stammt aus der erzkonservativen Stadt Erzurum im Osten des Landes, war zunächst ein staatlicher Imam, verließ aber in den 1970er Jahren den Staatsdienst und widmete sich ganz dem Aufbau seiner Bewegung. Er entwickelte ein Lehrgebäude, in dem Wissenschaft und Glauben miteinander kompatibel sind und Wissen einen hohen Stellenwert hat. Trotzdem vertritt Gülen einen konservativen Islam, in dem Koran und Scharia sehr traditionell ausgelegt werden, die Gleichheit der Geschlechter verneint

und Homosexualität verdammt wird. Ihr Wissen soll die Muslime der Türkei dazu befähigen, nach und nach die Macht im Land von den säkularen Kemalisten zurückzuerobieren. Gülen gründete Nachhilfeschoolen und Internate, in denen begabte muslimische Kinder gefördert werden. Daraus entwickelte sich mit den Jahren ein ganzes Bildungsimperium, von Privatschulen bis zu eigenen Universitäten. Die Netzwerke der Absolventen wurden ihr Rückgrat, Firmen die von Gülen-Schülern gelei-



Fetullah Gülen

tet werden, spenden regelmäßig große Summen, mit denen unter anderem Medien aufgebaut werden, die die Botschaft Gülen unter die Leute brachten. Gülen wollte die Macht durch den Marsch durch die Institutionen erobern. Ende der 1990er Jahre wurde jedoch ein Video publik, in dem Gülen seine Anhänger aufforderte, Schlüsselpositionen im Militär und der Polizei anzustreben, um den Kemalisten etwas entgegenzusetzen zu können. Gülen wurde angeklagt, setzte sich aber vor Prozessbeginn in die USA ab, wo er bis heute lebt. Wie gut das Netzwerk im Staatsapparat war, zeigte sich, als die AKP an die Macht kam. Mithilfe von Gülen gelang es der Partei, den Staatsapparat, die Justiz, die Polizei und auch Teile des Militärs unter ihre Kontrolle zu bringen. In großen Schauprozessen wurden von 2008 bis 2011 säkulare Militärs, kemalistische Intellektuelle und Geschäftsleute als Putschisten von Gülen nahen Staatsanwälten angeklagt, ins Gefängnis gesteckt und entmachtet. Doch die erfolgreiche Zusammenarbeit zeigte 2012 erste Risse. Nachdem die gemeinsamen Gegner weitgehend ausgeschaltet waren, begann ein Machtkampf im Innern. Erdogan wurden die Forderungen der Gülen-Leute zu dreist und die Gülen-Bewegung wollte Erdogan loswerden, um

auch die AKP unter ihre Kontrolle zu bekommen. Heute muss man feststellen, dass die Sekte den Kampf zumindest in der Türkei verloren hat. Ihre Leute sitzen im Gefängnis oder sind ins Ausland geflohen. Doch sie ist längst international aufgestellt. Sie hat hunderte Schulen in Europa, in den USA, in Zentralasien und Afrika. In Deutschland und den USA gibt die Bewegung sich tolerant und hat sich das Image erworben, sie stünde für den Dialog der Religionen. Doch auch im Ausland stehen die Gülen-Leute immer mehr unter Druck. In Deutschland werden sie von den zahlreichen Erdogan-Anhängern innerhalb der türkischen Community angefeindet und bekämpft. In den USA haben sie im Präsidentschaftswahlkampf mit Großspenden auf Hillary Clinton gesetzt und fürchten nun, dass die Trump-Administration Fetullah Gülen an die Türkei ausliefern könnte.

Jürgen Gottschlich

Der Autor ist Korrespondent der „taz“ in der Türkei.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Die guten Zeiten sind vorbei

WIRTSCHAFT Die Mitte Februar veröffentlichten Arbeitslosenzahlen des letzten Quartals 2016 sprechen eine klare Sprache: Danach waren mit 12,1 Prozent gut eine halbe Million mehr Menschen arbeitslos als Ende 2015, die Jugendarbeitslosigkeit ist gar auf knapp 23 Prozent gestiegen. Dabei bilden diese 3,7 Millionen Arbeitslosen nur die offizielle Statistik ab. Experten gehen davon aus, dass die tatsächliche Arbeitslosigkeit knapp doppelt so hoch ist. Tatsache ist, dass der jahrelange Aufschwung der türkischen Wirtschaft am Ende ist. Der Putschversuch im Juli 2016, der Ausnahmezustand, Terroranschläge und der neuerliche Krieg mit der kurdischen PKK – all das hat dazu beigetragen, dass ausländische Investoren ihr Geld aus der Türkei abziehen, der Konsum einbricht und die türkische Lira gegenüber dem Dollar und Euro 2016 um fast ein Viertel an Wert verloren hat. Ratingagenturen haben türkische Staatsanleihen mittlerweile auf Ramschniveau herabgestuft.

Maßnahmenpaket Die zunehmende Rechtsunsicherheit führt dazu, dass sich niemand mehr in der Türkei engagieren will, heißt es in Kreisen der deutsch-türkischen Handelskammer. Die türkische Regierung spricht von einer Momentaufnahme und geht davon aus, dass spätestens im Sommer die Konjunktur wieder anzieht. Doch offenbar glaubt sie selbst nicht daran, denn sie hat in den vergangenen Wochen ein hektisches Maßnahmenpaket entwickelt, mit dem vor allem kurzfristige Erfolge erzielt werden sollen. Das Problem von Erdogan und der AK-Regierung ist die Volksabstimmung über das Präsidialsystem am 16. April. Zumindest bis dahin sollen die Wähler möglichst wenig von der Wirtschaftskrise zu spüren bekommen. Die Regierung hat deshalb veranlasst, dass die Steuern beim Kauf eines Autos, einer Wohnung oder einer Waschmaschine für drei Monate drastisch gesenkt werden. Auf einer Konferenz mit den wichtigsten türkischen Unternehmern hat Erdogan zudem persönlich gefordert, dass jedes Unternehmen entsprechend seiner Größe spätestens im März zusätzliche Leute einstellen soll. Wer nicht mitmacht, bekommt zukünftig keine Staatsaufträge mehr. Für die besonders armen Gebiete im Osten des Landes wird der Staat erhebliche Investitionsanreize bereitstellen. Wer sich traut, dort ein Geschäft oder gar eine Produktionsstätte zu eröffnen, soll vom Staat 70 Prozent der Investitionssumme als zinslosen Kredit bekommen.

Neuer Fonds Da das alles Geld kostet und der Staat sich aufgrund der schlechten Ratings nur noch schwer Geld beschaffen kann, hat Erdogan per Dekret im Januar die Schaffung eines Vermögensfonds angeordnet. Fast der gesamte staatliche Besitz wird dort eingebracht; der Fonds soll als Sicherheit für Kredite dienen und damit angeblich die Kreditkosten senken. Ob das funktioniert, hat Erdogan Mitte Februar bei einer Geldsammeltour in Bahrain, Saudi-Arabien und Katar ausprobiert. Ob und in welcher Höhe die Scheichs vom Golf bereit sind, in der Türkei zu investieren, wurde nicht öffentlich bekannt. Doch selbst wenn noch einmal einige Milliarden vom Golf in die Türkei fließen, wird das nach Meinung der meisten Experten höchstens noch für ein Strohfeder reichen. Die guten Zeiten sind auch wirtschaftlich in der Türkei erst einmal vorbei.

jj

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253

Der kurze Frühling ist vorbei

MINDERHEITEN Nach einer Zeit der Toleranz werden Andersgläubige in der Türkei nun ausgegrenzt und sogar attackiert

Als sich nach dem Putschversuch in der Türkei im vergangenen Sommer mehrere Millionen Türken zu einer Kundgebung der nationalen Einheit in Istanbul versammelten, da saßen auch der Patriarch von Konstantinopel, der Oberrabbiner der Türkei und der armenische Patriarch auf der Ehrentribüne. „Ein Volk, eine Fahne, ein Vaterland“ lautete das Motto, unter dem Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan seine Anhänger und die nationalistischen Teile der Opposition auf dem Yenikapi-Kundgebungsort zusammengekommen hatte. Den christlichen und jüdischen Würdenträgern dürfte schon das nichts Gutes geschwunden haben, denn nationale Einheit bedeutet in der Türkei stets Ausgrenzung der religiösen und ethnischen Minderheiten. Doch selbst wenn die Geistlichen gehofft haben sollten, dass der Geist der „neuen Türkei“ ein anderer sein werde als der alte, wurden sie schon auf der Kundgebung eines Besseren belehrt: Vor der jubelnden Menge wurden ihre Gemeinden als landesverräterische Elemente denunziert.

Zahlen und gehorchen

Über die „Enkel Konstantins“, den Vatikan und die „armenischen Banden“, die das Land unterwandern, zerstückeln und dem Westen ausliefern wollten, schimpfte der Chef der Nationalistenpartei MHP am Rednerpult – und erntete dafür tosenden Beifall. „Diese Leute betrachten alle, die nicht so sind wie sie selbst, als „zimmi“, schrieb der kritische Berichterstatter Ahmet Saymadi anschließend mit Bezug auf den Begriff für die nicht-muslimischen Minderheiten im Osmanischen Reich – „also als Menschen, die nur von Gnaden der Muslims in einem islamischen Land leben und ihnen Steuern zahlen und gehorchen müssen.“ Was sich damals ankündigte, hat sich seither bewahrheitet: Der kurze Frühling für die Minderheiten in der Türkei ist vorbei. Die Nationalistenpartei MHP ist zum Quasi-Koalitionspartner der Regierungspartei AKP avanciert, indem sie ihr zur Mehrheit für ein Referendum zur Umstellung von der parlamentarischen Demokratie auf ein Präsidialsystem verhalf. Die AKP hat ihre früher fortschrittliche Minderheitenpolitik über Bord geworfen, um im nationalen Becken zu fischen. Die Zeit der Hoffnung für die türkischen Minderheiten ist vorüber. „Wenn ich eines sicher weiß, dann, dass es

»Ich weiß, dass es ab jetzt nur schlimmer wird.«

Mihail Vasiliadis, Chefredakteur

ab jetzt nur schlimmer wird“, sagte Mihail Vasiliadis kürzlich der Zeitung „Cumhuriyet“. Der 78-jährige Vasiliadis ist Chefredakteur von „Apoyevmatini“, der traditionsreichen Zeitung der Konstantinopler Griechen. Ihre Auflage fiel von einst 30.000 auf heute noch 600, weil die meisten Griechen seit der Pogromnacht von 1955 und der Massenausweisung von 1964 fort sind. Ein paar Jahre lang war in der Gemeinde die Hoffnung aufgelebt, als die AKP im ersten Jahrzehnt ihrer Regierungszeit ab 2002 gesetzliche Schritte zur Gleichberechtigung der Minderheiten unternahm. Doch mit der neuen Wendung in der Türkei hat sich der Trend wieder umgekehrt, und von den etwa 1.800 verbliebenen Griechen packen einige die Sachen.

Vasiliadis hat sich nämlich nicht getäuscht. Kaum eine Woche vergeht inzwischen mehr ohne einen Angriff der nationalistischen Presse auf den orthodoxen Patriarchen von Konstantinopel, der sich zwar strikt aus der türkischen Politik heraushält, aber dennoch bei jeder Gelegenheit als Agent fremder Mächte denunziert wird, die es auf die Einheit der Türkei abgesehen haben. „Patriarch befiehlt: Nehmt den Türken beim Referendum ihren Führer weg“, betitelte die Zeitung „Milat“ erst Mitte Februar wieder einen frei erfundenen Artikel.

Angriffe auf Christen Auch auf den Straßen der Türkei ist diese Stimmung zu spüren. Zur Weihnachtszeit tauchte auf den Häuserwänden von Istanbul ein Plakat auf, das einen Moslem im Fez zeigte, wie er Sankt Nikolaus mit der Faust ins Gesicht schlägt. „Wir sind Moslems“, stand dazu auf dem Plakat: „Nein zu Weihnachten!“ Ein Flugblatt forderte die Türken auf, sich ihrer „moslemischen Identität“ zu besinnen und von „Weihnachtsfeiern, Alkohol und Prostitution“ fernzuhalten. In einer Provinzstadt gingen nationalistische Weihnachtsgegner so weit, einem als Nikolaus verkleideten Mann eine Pistole an die Schläfe zu halten. Statt gegen die Kampagne einzuschreiten, beteiligten sich auch einige Behördenvertreter daran und versandten Dienstankündigungen, in denen sie Feierlichkeiten zu Weihnachten oder auch Neujahr verboten. Besonders verletzlich sind in diesem Klima die protestantischen Christen der Türkei, die anders als Griechen, Armenier und Juden vom türkischen Staat nicht als religiöse Minderheit anerkannt werden und da-



Christen in der Türkei – hier ein orthodoxer Priester bei einer Zeremonie in Izmir – werden in dem überwiegend muslimischen Land kritisch gesehen.

© picture-alliance/AA

her noch weniger Rechte genießen. Noch in der Putschnacht am 15. Juli wurde eine protestantische Kirche im ostanatolischen Malatya von nationalistischen Demonstranten angegriffen. Die Vereinigung protestantischer Kirchen in der Türkei beklagte in einem im Januar veröffentlichten Bericht zahlreiche solche Angriffe und anhaltende Diskriminierung gegen Christen. Besonders zu schaffen macht den Protestanten das staatliche Vorgehen gegen ihre ausländischen Pastoren, auf die sie angewiesen sind, weil sie selbst keine Geistlichen ausbilden dürfen. Seit dem Putschversuch wurde drei amerikanischen Pastoren die Aufenthaltserlaubnis entzogen. Einer von ihnen wurde Anfang Oktober als „Gefahr für die nationale Sicherheit“ festgenommen und sitzt seither hinter Gittern – offenbar als Unterpfand für die Verhand-

lungen mit der US-Regierung über eine Auslieferung des islamischen Predigers und Erdogan-Intimfeindes Fethullah Gülen. Erst kurz zuvor war nach neun Jahren endlich ein Urteil im Prozess um die Ermordung des deutschen Pastors Tilman Geske und zweier Leidensgenossen im April 2007 im osttürkischen Malatya gefallen. Erwartungsgemäß wurden zwar die fünf Messerstecher zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt, die mutmaßlichen Anstifter im staatlichen Sicherheitsapparat aber laufen gelassen. Während es den Protestanten reichen würde, wenn sie einfach in Ruhe gelassen würden, bräuchten andere Minderheiten in der Türkei die aktive Unterstützung des Staates, wenn sie eine Zukunft in der Türkei haben sollen – und davon kann derzeit keine Rede mehr sein. Das orthodoxe Patriarchat

von Konstantinopel hat seit 45 Jahren keinen theologischen Nachwuchs mehr ausbilden dürfen. Jahrelang hatte Erdogan die Erlaubnis zur Wiedereröffnung des Priesterseminars in Aussicht gestellt, doch als der Patriarch ihm beim jüngsten Empfang zum Nationalfeiertag danach fragte, antwortete der Präsident nicht einmal und entließ ihn mit einem knappen Nicken.

Juden wandern aus In verzweifelter Lage sind auch die syrisch-orthodoxen Christen im Südosten der Türkei, deren Siedlungsgebiet wieder im Krieg zwischen der türkischen Armee und der kurdischen PKK zerrieben wird. Hunderte Christen waren im Jahrzehnt der Hoffnung zwischen 2002 und 2012 aus Deutschland zurückgekehrt, um ihre Häuser wieder aufzubauen und ihre Familien in der alten Heimat anzusie-

deln. Mit wenigen Ausnahmen sind sie nun alle wieder nach Deutschland zurück geflohen. Die jahrtausendealte Kulturlandschaft mit ihren frühchristlichen Kirchen und Klöstern steht jetzt vor dem Aus. Pessimistisch ist auch die jüdische Gemeinde. Nach einem Bericht der „Jerusalem Post“ beantragten in jüngster Zeit rund 2.600 türkische Juden die spanische Staatsbürgerschaft, wie es ihnen neuerdings möglich ist; Hunderte weitere bemühten sich um portugiesische Pässe. Nach Israel siedelten 2016 doppelt so viele türkische Juden über wie im Vorjahr. Insgesamt sahen sich damit rund 20 Prozent aller Juden in der Türkei nach einer neuen Heimat um.

Susanne Güsten

Die Autorin arbeitet als freie Korrespondentin in Istanbul.

Am Ende bleibt nur der Galgenhumor

ARMENIER Der Völkermord an der christlichen Volksgruppe von 1915/16 ist in der Türkei weiter ein Tabu-Thema

Als der armenisch-türkische Journalist Hayko Bagdat im vergangenen August von einer Auslandsreise nach Istanbul zurückkehrte, nahmen ihn bei der Einreise zwei Grenzbeamte beiseite. „Mitkommen“, hieß es, auf der Wache wurde ihm der Reisepass abgenommen. „Mir soll nun keiner mehr sagen, ich solle doch rübermachen und in einem anderen Land den Mund aufreißen“, witzelte Bagdat auf Twitter. „Das geht jetzt nämlich nicht mehr.“ Bagdat hatte Glück und bekam seinen Reisepass im Gegensatz zu vielen anderen kritischen Intellektuellen schon am nächsten Tag wieder. Bei allem Galgenhumor hatte der Armenier aber erkannt, was die Stunde geschlagen hatte. Inzwischen lebt er in Berlin und gibt dort zusammen mit dem türkischen Journalisten Can Dündar die Oppositionszeitung „Özgürüz“ heraus.

Im Parlament niedergebrüllt Den neuen Wind, der in der Türkei seit den erbitterten Wahlkämpfen von 2015 und noch schärfer seit dem Putschversuch vom Juli 2016 weht, bekommen auch die rund 60.000 verbliebenen Armenier des Landes zu spüren. So etwa der armenisch-stämmige Abgeordnete Garo Paylan, als er im Januar bei der Parlamentsdebatte über die Einführung des Präsidialsystems das Wort ergriff und mit Verweis auf die Grauen der Geschichte vor der Abschaffung der parlamentarischen Demokratie warnen wollte. In seltener Eintracht brüllten die Abgeordneten aller Parteien außer der kurdischen HDP den Armenier nieder, weil er dabei das Wort „Völkermord“ erwähnte. Dann beschlossen sie mit großer Mehrheit, ihn



Garo Paylan bei seiner umstrittenen Rede im türkischen Parlament

© picture-alliance/abaca

für drei Sitzungen vom Plenum zu suspendieren. Pünktlich zum zehnten Jahrestag der Ermordung des armenischen Journalisten Hrant Dink beantwortete die Volksvertretung damit die Frage, welche Fortschritte die Türkei im Umgang mit der Vergangenheit gemacht haben mag. Dink wurde am 19. Januar 2007 in Istanbul vor seiner Wochenzeitung „Agos“ erschossen, mit der er sich für eine gesellschaftliche Aufarbeitung der osmanischen Massaker an den Armeniern von Anatolien eingesetzt hatte. Wie kein anderer stand Dink für Vergangenheitsbewältigung und Versöhnung, doch das türkische Tabu, das auf den Geschehnissen von 1915 lastet, erwies sich als stärker. Sein jugendlicher Mörder wurde in manchen Kreisen als Na-

tionalheld gefeiert, doch viele Türken waren von der Tat schockiert und gingen dagegen auf die Strafe. Eine Zeit lang sah es so aus, als könnte Dink im Tod bewirken, was er im Leben nicht geschafft hatte, und eine gesellschaftliche Aufarbeitung der Vergangenheit anstoßen. Diese Hoffnung ist nun vom Winde verweht. „In diesem Land hat es nie einen Völkermord gegeben“, schrien Abgeordnete aus den Reihen der Regierungspartei AKP und der nationalistischen MHP sowie Vertreter der kemalistischen CHP den armenischen Abgeordneten nieder. „Hören Sie auf, die Geschichte dieser Nation zu beleidigen!“ Schließlich schaltete sich Parlamentsvizepräsident Ahmet Aydin ein, der die Sitzung leitete: „Kollege Paylan, bitte

berichtigen Sie ihre Worte“, wies Aydin den armenischen Abgeordneten an. „Es hat keinen Völkermord gegeben.“ Schließlich wurde abgestimmt: Mit großer Mehrheit suspendierte die Volksvertretung Paylan vom Parlament. Seine Ansprache wurde aus dem Parlamentsprotokoll gelöscht.

Mangelnde Aufarbeitung Dies markiert einen Rückschritt in der türkischen Vergangenheitsbewältigung, die nach der Ermordung von Hrant Dink einige Fortschritte gemacht hatte. In der Öffentlichkeit und in der Forschung wurden die Ereignisse von 1915 seither offener diskutiert – einige der besten und kritischsten aktuellen Forschungsarbeiten zu dem Thema stammen heute von jungen türkischen Wissenschaftlern, die sich auch nicht scheuen, vom Völkermord zu sprechen. Und erstmals seit einem halben Jahrhundert wurden im Juni 2015 drei armenische Abgeordnete in das türkische Parlament gewählt, darunter Paylan. Doch als Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan dieses Parlament nach wenigen Monaten auflöste, um neu wählen zu lassen, drehte sich der Wind wieder hin zum extremen Nationalismus. Das Armenier-Thema sei in der Türkei nicht ansatzweise bewältigt, sagte Paylan dieser Zeitung und gab zu bedenken: „Deutschland ist ein anderes Land geworden, indem es sich nach dem Zweiten Weltkrieg mit seinen Verbrechen auseinandergesetzt hat.“ In der Türkei stehe die Aufarbeitung ein Jahrhundert später noch immer aus. „Es war gut, dass der Bundestag letztes Jahr die deutsche Mitverantwortung anerkannt und die Türkei aufgerufen hat, sich mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen“, fügte Paylan mit Blick auf die Armenien-Resolution (18/8613) hinzu, die mit breiter Mehrheit angenommen wurde. Dass die Türkei dieser Einladung in absehbarer Zeit nachkommt, ist allerdings nicht zu erwarten.

sg

Gefangen im Abseits

FLÜCHTLINGE Kaum Perspektiven für Syrer in der Türkei

Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl zeichnet ein düsteres Bild von der Lage der syrischen Flüchtlinge in der Türkei. Zwar habe das Land mit fast drei Millionen Flüchtlingen mehr Menschen aufgenommen, als die Europäische Union (EU) zusammen, sagte Europareferent Karl Kopp dieser Zeitung. Jedoch hätten die meisten Flüchtlinge in der Türkei keine Perspektive und lebten unter prekären Bedingungen in einem Land, das sich nach dem Putschversuch im Juli 2016 auf einem politisch bedenklichen Weg befinde. Das vor einem Jahr vereinbarte Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei hat für die Betroffenen offenbar kaum Besserungen gebracht. Das am 18. März 2016 beschlossene Abkommen sieht vor, dass Syrer, die ab dem 20. März 2016 illegal mit Booten auf griechischen Inseln anlanden, in die Türkei zurückgeschickt werden. Zugleich soll für jeden dieser Flüchtlinge ein Syrer aus der Türkei in die EU umgesiedelt werden. Das Ziel ist, die gefährliche illegale Einreise in die EU zu verhindern. Jedoch ist aus Sicht griechischer Behörden die Türkei kein sicherer Drittstaat, was die Rückführung grundsätzlich infrage stellt. Nach Angaben von Pro Asyl sitzen 15.000 Flüchtlinge seit gut einem Jahr auf den griechischen Inseln fest und wissen nicht, ob sie in die Türkei zurück müssen oder auf das EU-Festland dürfen. Kopp sprach von einem „Desaster“ auf den Inseln und einem „permanenten Notstand“. Im Winter habe es mehrere Todesfälle gegeben. Die Menschen verelendeten. Laut Kopp fällt auch das Umsiedlungsprogramm dürrig aus. Bisher seien nur rund 3.000 syrische Flüchtlinge aus der Türkei

durch Resettlement in EU-Staaten angesiedelt worden. Aus EU-Sicht gehe es offensichtlich nur darum, die Flüchtlingszahlen nach Europa zu begrenzen. Auch die Lage der Flüchtlinge in der Türkei selbst ist anhaltend schwierig. Nach Angaben der Migrationsexpertin Dogus Simsek, die an der privaten Koc Universität in Istanbul forscht, haben viele Flüchtlinge keinen Zugang zu staatlicher Unterstützung. Wenige Betroffene lebten in staatlichen Lagern, die meisten seien über das Land verteilt. Unterbringung, Ernährung, Bildung und medizinische Versorgung seien problematisch. Mehr als 400.000 syrische Kinder in der Türkei sollen nicht zur Schule gehen. Nach Angaben von Pro Asyl haben die Flüchtlinge auch kaum Chancen auf dem türkischen Arbeitsmarkt. In der Folge komme es zu Kinderarbeit und sexueller Ausbeutung von Frauen, sagte Kopp. Vergangene Woche berichtete das ARD-Magazin „Fakt“ über syrische Flüchtlinge in der Türkei, die aus Not eine Niere oder einen Leberlappen spenden, um an Geld zu kommen. Die Organ spenden würden über das Internet angeboten und mit Hilfe illegaler Händler vermittelt. Käufer sind den Angaben zufolge Patienten aus dem Westen oder auch aus Saudi-Arabien. Der Preis für eine Niere liege auf dem türkischen Schwarzmarkt zwischen 6.000 und 11.000 Euro. Mit dem Geld, so heißt es, wollten syrische Flüchtlinge die Türkei verlassen und sich nach Europa durchschlagen. Ein UNHCR-Sprecher merkte an, die Türkei habe in der Flüchtlingsaufnahme eine „enorme Vorleistung“ erbracht. Knackpunkt sei nun jedoch die weitere Entwicklung in Syrien.

Claus Peter Kosfeld

»Viele Leute haben Angst, dass die Türkei in die Diktatur abrutscht.«

Karl Kopp, Pro Asyl

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Allahu Akbar. Mit diesem Schlachtruf stürmten religiöse Fanatiker Ende vergangenen Jahres die Kunstmesse Contemporary Istanbul (CI). Eine Frauenstatue des Istanbuler Künstlers Ali Elmaci mit dem Porträt Sultan Abdülhamids II. auf dem Badeanzug hatte ihren Unmut erregt. Dass der Künstler die Arbeit schließlich dauerhaft vom Stand der chilenischen Isabel Croxatto Galleria abzog, war ein Zeichen für den neuen Aggregatzustand, der die türkische Kunstszene derzeit durchzieht: Angst und Selbstzensur. Spätestens mit dem versuchten Ikonoklasmus dürfte die „Art Boom“-Blase, welche die New York Times 2012 am Bosphorus entdeckt hatte, erst einmal geplatzt sein.

Ihren Urknall darf man auf das Jahr 1987 datieren. Mit der damals von einer Gruppe Unternehmer ins Leben gerufenen „Istanbul Biennale“ versuchte das Land am Bosphorus Anschluss an das internationale Kunstgeschehen zu gewinnen. Kuratoren wie Beral Madra, die 1942 geborene Grand Dame der Istanbuler Kunstszene oder Vasif Kortun, Jahrgang 1958, entwickelten die junge Biennale zu einer viel beachteten Alternative zum Biennale-Modell à la Venedig. Für die 3. Ausgabe 1992 wählte Kortun das Motto: „Produktion kultureller Differenz“. Er schaffte die nationalen Pavillons ab und lud junge Künstlerinnen aus dem Balkan und Osteuropa ein. 2005 verließ er mit der Biennale die historischen Sehenswürdigkeiten am Goldenen Horn und öffnete Alltagsräume im europäischen Teil Istanbul für die Schau. Organisiert wurde die Biennale von der „Istanbuler Stiftung für Kunst und Kultur (IKSV)“, einer privaten Initiative der Pharmaunternehmer Eczacıbaşı. Neben der alle zwei Jahre stattfindenden Kunstschau organisiert die IKSV außerdem ein Theater-, ein Jazz-, ein Filmfestival und seit 2012 auch eine Design-Biennale.

Erosion Die Kunstbiennale wurde zum Kristallisationspunkt und zum Katalysator einer neuen Künstlergeneration. Zu den Gründerfiguren dieser „Generation der 1990er“ zählen mit Hale Tenger, Gülsün Karamustafa und Ayşe Erkmen drei Frauen. Nationale Identität, die Beziehung der Geschlechter und die Rolle des Staates waren ihre Themen. Im historischen Moment der Erosion des kemalistischen Systems kam der Kunst dabei die Rolle einer Ersatzöffentlichkeit für solche lang tabuisierten Fragen zu. Mit allen Konsequenzen: Wegen ihrer Installation „Ich habe solche Freunde“ – die türkische Nationalflagge, zusammengesetzt aus Hunderten kleiner Bronzepenisse – wurde Tenger 1992 vor den Kadi gezerrt. Um diesen „kritischen Kern“ lagerten sich eher klassische Kunst-Institutionen an. Getragen werden sie – wegen des Fehlens einer staatlichen Kulturpolitik – allesamt von wohlhabenden, liberalen Unternehmerdynastien, die sich davon nicht nur Prestige, sondern den Erhalt einer liberalen Öffentlichkeit versprechen. 2002 öffnete zum Beispiel die Unternehmerfamilie Sabancı ihr Privatmuseum mit Schwerpunkt Klassische Moderne und osmanischer Kalligraphie im Nobelviertel Emirgan. 2004 gründeten die Pharmaunternehmer Eczacıbaşı zusätzlich das private Kunstmuseum „Istanbul Modern“ im alten Istanbuler Hafen. 2010 zog Ömer Koç, kunstsiniger Spross einer der vermögendsten Clans, mit dem Kunstraum „Arter“ auf Istanbul Shoppingmeile İstiklal Caddesi nach. 2011 öffnete die rund 600 Werke starke Kunstsammlung der Borusan-Holding im Firmensitz des Unternehmens in dem mehr als 100 Jahre alten, osmanischen Baudenkmal Perili Köşk ihre Pforten. Ihr Schwerpunkt: Zeitge-

Auf gepackten Koffern

ISTANBUL Die Stadt hat sich mit international viel beachteten Schauen zur Kunstmetropole entwickelt. Jetzt machen sich Angst und Selbstzensur breit



„Nachtigall“ - eine Installation der türkischen Künstlerin Sükran Moral bei der Kunstmesse Contemporary Istanbul 2016

© picture-alliance/AA

nössische Medienkunst. Auch die Galeriszene florierte. Gab es zu Beginn der 1990er Jahre gerade einmal eine Handvoll Galerien, stieg ihre Zahl bis zum Jahr 2010 auf fast 200. Flaggschiff dieser ausgeweiteten Kunstzone ist das 2011 eröffnete Salt-Kunsthause. Um das, 2001 von Vasif Kortun zunächst als „Garanti-Plattform“ gegründete, innovative Kunstzentrum mit Archiven, Bibliothek, Ausstellungsräumen und Forschungszentrum dürfte manche europäische Metropole Istanbul beneiden. Träger ist die Garanti-Bank, eines der größten Geldinstitute

der Türkei. Die Initiativen und Ausstellungen, die Vasif Kortun von hier aus lancierte, begründeten seinen Aufstieg zum einflussreichsten Matador der türkischen Kunstszene. In Salt organisierte er nicht nur Retrospektiven türkischer Künstler wie Hüseyin Alptekin. Salt wurde auch bekannt wegen kulturgeschichtlicher Querschnittsschauen – zur außerparlamentarischen Kunstbewegung der 1970er Jahre in der Türkei, zur Baugeschichte des umkämpften Symbolplatzes Taksim im liberalen Stadtteil Beyoğlu oder zur Kultur der Sommerhäuser an der Ägäis.

Der kulturelle Klimasturz begann zweifellos mit den Protesten von Gezi im Jahr 2013. Anfang 2016 musste unter ominösen Umständen eines der zwei Häuser des Salt-Kunsthause schließen. Die private Akbank sagte im selben Jahr eine Woche vor der Eröffnung eine „Post-Peace“-Ausstellung ab, die sich mit Fragen von Krieg und Frieden befasste. Unmittelbar nach dem Putsch wurden zwei kleine Regional-Biennalen in Çanakkale an den Dardanellen und Sinop am Schwarzen Meer abgesagt. Und der Londoner Messe-Unternehmer Sandy Angus schloss die gerade erst gegründete

Kunstmesse ArtInternational. Im Oktober 2016 kündigte die Türkei ihre Mitgliedschaft in dem EU-Kulturprogramm „Kreatives Europa“ auf, weil das Programm ein Konzert der Dresdner Sinfoniker zur Erinnerung an den Genozid an den Armeniern unterstützt hatte. „Der Hotspot Istanbul ist zu einem ‚Frosty Spot‘ geworden“, kommentierte Kuratorin Beral Madra den plötzlichen Niedergang der Szene. Zwar macht die vorerst weiter wie bisher. Im neuen Hotspot Bomontiada, einer alten Bierfabrik im Stadtteil Şişli, hat der neue „Alt Art Space“ geöffnet – ebenfalls ein Pro-

jekt der Garanti-Bank. Im Stadtteil Dolapdere wächst das neue Museum für zeitgenössische Kunst der Koçs aus dem grauen Schlamm des ehemals proletarisch geprägten Bezirks. Es soll ebenso 2018 öffnen wie der Bau, den die verstorbene Architektin Zaha Hadid für die über 2.000 Werke umfassende Sammlung des Unternehmerpaars Demet und Cengiz Çetindogan entwarf. Zur letzten CI-Kunstmesse vergangenen November kamen mehr als 90.000 Besucher. Immer wieder gelangen den Häusern kritische Nadelstiche. Zur Jahreswende 2015/16 zeigte das die Schau „Bare, Naked, Nude“ zum Tabuthema Nacktheit in der türkischen Malerei. Das alles kann freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kunst am Bosphorus in die soziale Defensive geraten ist.

Bildende Künstler hat Erdogans Säuberungswut zwar noch nicht erfasst – sieht man von der Internierung der Istanbuler Künstler Pinar Ögürcü und Atalay Yeni ab, die im Dezember 2015 an dem „I am walking for peace“-Marsch teilgenommen hatten, der sich gegen den Feldzug der Regierung gegen die Kurden richtete. Es grenzt an ein Wunder, dass der unabhängige Istanbuler Kunstraum „Depo“ noch nicht geschlossen wurde. Das ehemalige Tabakwarenlager, 2005 für die Istanbul-Biennale erstmals als Kunstraum genutzt, ist seit 2009 der wichtigste „Independent“-Artspace Istanbul. Getragen wird er von der „Anadolu Kultur Stiftung“, deren liberaler Chef Osman Kavala, einer der einflussreichsten Wirtschaftskapitäne des Landes, Spitzname: „Der rote Millionär“, inzwischen auch ins Visier der Herrschenden geraten ist. Im „Depo“ residieren zahlreiche Initiativen und das Acik Radyo, ein Sprachrohr vieler Umwelt- und Menschenrechtsgruppen, das schon die Gezi-Proteste von 2013 begleitet hatte.

Exodus „Are you still alive“ hieß der Titel einer Ausstellung im vergangenen Herbst. Der kurdische Künstler Berat Şik thematisierte darin die Lebensbedingungen der Bevölkerung in dem von den türkischen Sicherheitskräften verheerten Diyarbakir. Den Satz kann man aber getrost auch über die Istanbuler Kunstszene insgesamt schreiben. Denn die über 150 inhaftierten Journalisten in der Türkei führen der Kunst drastisch vor Augen, dass auch sie jederzeit betroffen sein kann. Kein Wunder, dass viele Künstler und Kuratoren auf gepackten Koffern sitzen. „Exodus“, „Plan B“ und „Survivalmodus“ sind die meistgehörten Vokabeln derzeit in der Stadt. Die Video-Künstlerin Selda Asal, die 1999 mit „Apartman Projesi“ einen der ersten unabhängigen Kunsträume Istanbul eröffnete, hat ihre Initiative in diesem Jahr endgültig nach Berlin-Neukölln verlegt. Der Istanbuler Avantgarde-Galerist Moize Zilberman eröffnete vergangenes Jahr eine permanente Dependence in Berlin-Charlottenburg. Auch CI-Chef Gürel hat sich ein Haus an der Spree gekauft.

Noch bereitet die IKSV-Stiftung trotz der angespannten Lage die 15. Ausgabe der Istanbul-Biennale im September unter dem Titel „A good neighbour“ vor. Fragt sich nur, ob man das offene schwule Kuratorenpaar Elmgreen & Draget ungehindert arbeiten lässt – verprügelt doch einen Tag nach dem Terroranschlag im Istanbuler Nachtclub Reina zu Silvester Hooligans den homosexuellen Designer Barbaros Şansal auf dem Istanbuler Flughafen. Kein Zweifel: Die Türkei ist auf dem Weg einer schleichenden Faszisierung. Umso wichtiger, dass europäische Kulturinstitutionen nicht nur von Solidarität reden, sondern den Austausch mit den Künstlern und Museen dort intensivieren.

Ingo Arend

Der Autor arbeitet für die „taz“ und „Deutschlandradio Kultur“.

Mit Erdogan an die Tabellenspitze

FUSSBALL Einige Clubs machen aus ihrer AKP-Nähe keine Geheimnis und sind damit auch sportlich erfolgreich. Ein personalisiertes Ticketsystem soll derweil regierungskritische Fans aussieben

Spätestens seit Ende Januar darf sich der Istanbuler Fußballklub Medipol Başakşehir zu den großen Teams der Bosphorus-Metropole zählen: Mit Emmanuel Adebayor, bekannt durch Engagements bei Arsenal und Manchester City, hat der Verein nun auch einen in die Jahre gekommenen internationalen Fußballstar in seinen Reihen. Die britische Fußballpresse reagierte irritiert, waren es doch weder die erfolgreichen Istanbuler Clubs Fenerbahçe noch Galatasaray, die den Stürmer vorstellten, sondern der wenig glamouröse Vorstadtverein Başakşehir. Wenig glamourös war auch Adebayors Einstand. Keine jubelnden Fanscharen am Flughafen, stattdessen ein unpräzises Foto mit Klubpräsident Gökşel Gümüşdağ für die sozialen Netzwerke. Bei Heimspielen tauchen im Schnitt nicht einmal 3.000 Zuschauer auf, obwohl eine Dauerkarte teils weniger kostet als der Besuch eines Istanbuler Derbys.

Aufsteiger Der bislang geringe Enthusiasmus für den Verein hat indes wenig Einfluss auf seinen sportlichen Erfolg. Aus den Untertönen der zweiten türkischen Liga kommend, wurde 2015 sofort die Qualifikation für die Europa League erreicht. In der aktuellen Saison spielt Başakşehir um die Meisterschaft mit. Hinter den beachtlichen Ergebnissen stehen finanzstarke Unternehmer aus dem Dunstkreis der Regierungspartei AKP. Hauptsponsor und Namensgeber ist

die Krankenkassette Medipol, dessen Besitzer Fahrettin Koca der Leibarzt von Präsident Recep Tayyip Erdogan sein soll. Auf den Trikots wirbt Makro İnşaat, ein Bauunternehmen, das stark von der radikalen Stadterneuerungspolitik in Istanbul unter der AKP profitiert hat. Auch zum türkischen Fußballverband TFF bestehen gute Verbindungen: Klubpräsident Gökşel Gümüşdağ ist aktuell Vorsitzender der türkischen Fußballklubvereinigungen. Zudem ist er mit Erdogans Ehefrau Emine verwandt.

Başakşehirs Vorstoß in die oberen Ränge des türkischen Fußballs ist kein Zufall. Der Wiederaufstieg in die Süper Lig und die Umstrukturierung der ehemaligen Betriebsmannschaft der Istanbuler Stadtverwaltung samt Umzug in den neu gebauten, konservativ geprägten Stadtteil Başakşehir – all das passierte rund ein Jahr nach den Anti-Regierungsprotesten am Istanbuler Taksimplatz im Sommer 2013. Dort bekam der damalige Ministerpräsident Erdogan zum ersten Mal zu spüren, dass seine Politik bei einer Vielzahl von Menschen, vornehmlich in den Metropolen des Landes, auf Widerstand stieß. Eine wichtige Säule des Aufstands waren die Fan- und Ultragruppierungen der drei großen Istanbuler Klubs Fenerbahçe, Galatasaray und Beşiktaş. Sie waren durch unzählige Straßenkämpfe im Umgang mit der Polizei geschult und stellten sich an die



Ultra-Fans von Beşiktaş Istanbul waren im Juni 2013 treibende Kraft der Proteste gegen die Politik des Premiers Erdogan und seiner AKP-Partei.

© picture-alliance/AP Photo

Seite der Protestierenden am Gezi-Park. Die demonstrative Geschlossenheit zwischen den sonst zutiefst verfeindeten Fans sorgte zusätzlich für Euphorie am Taksimplatz. In Regierungskreisen blieb die Positionierung der Ultras nicht unbemerkt. Fußball war einer der letzten öffentlichen Bereiche, der sich bis dahin erfolgreich dem Einfluss der AKP entzogen hatte. Zunächst wurde versucht, die Fanszene der großen Klubs mit regierungstreuen Leuten zu unterwandern. Als dies misslang, folgten Sanktionen: Politische Äußerungen im Stadion wurden unter Strafe gestellt, Dutzende Fans, die an den

Gezi-Protesten teilgenommen hatten, wurden zu Haftstrafen verurteilt. Die Urteile zielten insbesondere auf die linksgerichteten Ultras von Beşiktaş. Die landesweit bekannten „Çarşı“ waren eine treibende Kraft am Taksimplatz und hatten schon zuvor ihre Ablehnung gegenüber dem Erdogan-Regime mehrfach ausgedrückt. Rund ein Jahr nach den Protesten wurden mit dem Passolig-System personalisierte Tickets eingeführt – der fadiale Griff nach Kontrollen. Jeder Platz im Stadion war von nun an eindeutig einer Person zuzuordnen, deren persönliche Daten in einer von der Aktif

Bank verwalteten Datenbank gespeichert wurden. Die Aktif Bank ist Teil der Çalik Holding, deren Geschäftsführer bis 2015 Berat Albayrak war, Präsident Erdogans Schwiegersohn und derzeitiger Energieminister. Als Reaktion boykottierten die meisten Ultras das System: Das subversive Element war endgültig aus den Stadien verschwunden.

Feldzug Sportlich profitierten in jüngerer Zeit weitere Vereine, die entweder direkte Verbindungen zur Regierung haben, oder zumindest aus ihrer ideologischen Nähe zur AKP keinen Hehl machen. Mit Başakşehir, Konyaspor und Osmanlispor konnten sich in dieser Saison sogar drei Vereine in der Europa League auf der internationalen Bühne präsentieren. Osmanlispor ist an die AKP-regierte Stadtverwaltung Ankaras angegliedert, die durch ihren Oberbürgermeister Melih Gökçek teils noch radikalere Ansichten als die Landespartei vertritt. Vor Osmanlisports Europapokalspiel gegen den griechischen Verein Olympiakos Piräus wünschten die Kollegen aus Başakşehir per Twitter Erfolg für den „Feldzug gegen Byzanz“. Osmanlispor bedeutet auf Deutsch soviel wie „Osmanischer Verein“. In seiner Selbstdarstellung nutzt der Klub Symbole der unter der Ägide Erdogans romantisierten Anfangszeit des Osmanischen Reiches und lässt schon einmal vor Anpfiff die Fahnen der

16 historischen turkstämmigen Dynastien schwenken.

Ähnlich wie bei Başakşehir befinden sich bei Osmanlispor die Zuschauerzahlen noch auf einem überschaubaren Niveau. Langfristig wollen beide Vereine aber den etablierten Teams Konkurrenz machen und setzen auf eine starke Nachwuchsarbeit – bei Spielen und Fans. Zielgruppe sind junge Fußballenthusiasten, die nicht mit der berüchtigten türkischen Fußballkultur der letzten Dekaden groß geworden sind und aus der Gegend des Vereins stammen. Mittlerweile gibt es sogar schon Ultra-Gruppierungen, die sich das Ziel gesetzt haben, eine friedliche Alternative zu den großen Klubs zu formen. „Friedlich“ heißt auch, dass man den Kurs der aktuellen Regierung stützt und dies in den sozialen Medien oder mit Sprechchören kundtut. Strafen drohen den Fans nicht: Für derlei politische Äußerungen ist nun Platz in türkischen Stadien.

Denes Jäger

Der Autor schreibt als freier Journalist unter anderem für das Fußballmagazin „11 Freunde“.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Wenn der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan wie geplant Anfang März nach Moskau reist, wird

es schon sein zweiter Besuch in Russland binnen sieben Monaten. Dabei war nach dem Abschluss eines russischen Kampfflugzeugs durch die türkische Luftwaffe im November 2015 zeitweise eine militärische Eskalation zwischen beiden Staaten befürchtet worden. Von Präsident Wladimir Putin abwärts, der von einem „Stoß in den Rücken“ durch „Komplizen von Terroristen“ sprach, richtete das Moskauer Politpersonal Anschuldigungen an die Türkei, Erdogan und dessen Familie. Wütend vergebenerwartete man historische Rivalitäten in Zentralasien und im Schwarzmeerraum, zumal die Türkei als Fürsprecherin der krimtatarischen Minderheiten auf der russisch besetzten Krim auftritt. Dutzende Türken wurden aus Russland abgeschoben, Eier und Farbbeutel auf die türkische Botschaft in Moskau geworfen. Die Kampagne endete schlagartig, als Ende Juni 2016 ein Schreiben aus Ankara kam, das Moskau als Entschuldigung für den Abschuss präsentierte. Es folgte die schnelle Rückkehr zu altem Pragmatismus. Im August 2016 in Sankt Petersburg sprach Erdogan schon von seinem „lieben Freund Wladimir“. Russische Touristen durften wieder in die Türkei, im Oktober schloss man einen Vertrag über das – zwischenzeitlich auf Eis gelegte – Gasprojekt „Turkish Stream“ ab.

Einigung Die Annäherung hatte vor allem Folgen für den Syrien-Konflikt. Ohne sie wäre die Einnahme Ost-Aleppos durch Kräfte, die für das von Moskau unterstützte Assad-Regime kämpfen, nach monatelangen russischen Luftangriffen wohl nicht möglich gewesen. Diplomaten berichteten von einer Einigung zwischen Putin und Erdogan: Ankara behinndere die Aleppo-Offensive nicht maßgeblich und dürfe dafür eine Einflusszone in Nordsyrien sichern, um die Entstehung eines kurdischen Quasi-Staates entlang der Grenze zu verhindern. Den wiedergefundenen Ausgleich der beiden Präsidenten, die oft als autokratische Brüder im Geiste beschrieben werden, trübte auch der Mord an dem russischen Botschafter in Ankara Andrej Karlow im Dezember nicht.

Eine Folge der Annäherung sind die Syrien-Gespräche in der kasachischen Hauptstadt Astana, die erstmals im Januar und Mitte Februar stattfanden. Dort treten die Assad-Unterstützer Russland und Iran einerseits und die Türkei als Unterstützerin aufständischer Gruppen andererseits als „Garantmächte“ auf. Russland hat dafür die Existenz einer „gemäßigten Opposition“ akzeptiert; zuvor hatte Moskau entsprechende Gruppen stets mit dem Zusatz „sogenannte“ erwähnt und sie faktisch zusammen mit dem Damaszener Regime als Terroristen präsentiert. Aber die Gespräche in Astana verliefen bisher zäh und nur indirekt, und die Waffenruhe, die seit Ende Dezember in Syrien gelten soll, ist brüchig. Das Assad-Regime erhebt regelmäßig Vorwürfe gegen die Türkei wegen deren Unterstützung für Aufständische und wegen Ankaras eigener Militäroperation in Syrien. Dem kann sich Moskau nicht entziehen. So teilte die russische Delegation in Astana mit, man verhandle mit Ankara über „schärfere Kontrollen“ der „illegalen“ Nachschublieferungen aus der Türkei.

Auch zwischen Moskau und Ankara bleiben gravierende Differenzen. Gerade mit Blick auf die Kurden, Erdogans Erzfeinde. Streitpunkt ist zum Beispiel ein Verfassungsentwurf, den Moskau den Vertretern von Regime und Aufständischen in Astana im Januar vorlegte. Ankara stört sich unter

Rückkehr zum Pragmatismus

RUSSLAND Moskau und Ankara haben ihren Streit nach dem türkischen Abschuss eines russischen Kampfflugzeugs beigelegt, die Differenzen im Syrien-Konflikt aber bleiben



Nach Monaten der Funkstille trafen Russlands Präsident Wladimir Putin (links) und der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan (rechts) 2016 mehrfach aufeinander - wie hier beim Weltenergiegipfel in Istanbul. © picture-alliance/dpa

anderem an vorgesehenen Autonomiegebieten etwa für Kurden. Moskau will auch, dass kurdische Vertreter an den Genfer Syrien-Gesprächen teilnehmen. Ankara ist dagegen und reagiert gereizt auf Moskauer Vermittlungen zwischen Vertretern der Kurden und dem Assad-Regime. Russland vermittelt angeblich auch, um Zusammenstöße zwischen Regimekräften auf der einen und den türkischen Streitkräften sowie der aufständischen Freien Syrischen Armee auf der anderen Seite im Wettlauf um die Eroberung der Stadt Al Bab von der Terrormiliz „Islamischer Staat“ zu verhindern.

Rotes Tuch Weitere Unsicherheiten folgen aus der Unklarheit über die Position der neuen amerikanischen Regierung. Präsident Donald Trump hat sich den „Kampf gegen den Terror“ auf die Fahnen geschrieben, aber seine Bundesgenossen (noch) nicht bestimmt. Die Türkei kokettiert zwar im Westen mit ihren Verbindungen nach

Russland, bleibt aber in die Nato eingebunden und versucht, Washington als Trumpf im Ringen mit Moskau auszuspielen. So sprach sich Erdogan nach einem jüngsten Telefonat mit Trump für „Sicherheitszonen“ im Norden Syriens aus, was Moskau ablehnt, besonders in der von Erdogan favorisierten Form der Flugverbotszonen; dieser Begriff ist für Moskau seit dem Libyen-Einsatz der Nato ein rotes Tuch. Indiz für die Reibungen ist die Reaktion auf einen Vorfall am 9. Februar: Bei einem russischen Luftangriff nahe Al Bab wurden drei türkische Soldaten getötet und elf weitere verwundet. Putin sprach Erdogan sein Beileid aus, aber entschuldigte sich nicht, und Putins Sprecher sagte, man habe aufgrund von Koordinaten „unserer türkischen Partner“ Terroristen angegriffen wollen; die Soldaten hätten nicht dort sein sollen. Ankara wies das zurück: Die Soldaten seien schon zehn Tage vor Ort gewesen, ihre Koordinaten seien der russischen Seite übermittelt worden, zu-

letzt am Vorabend des Angriffs. Die türkische Regierung suchte den Vorfall auf Iran und das Assad-Regime zu schieben, die die türkisch-russischen Verbindungen torpedieren wollten. Spekuliert wurde aber darüber, ob der Angriff nicht ein Warnsignal gewesen sein könnte, in Al Bab nicht zu weit vorzurücken. Oder gar eine Moskauer Machtdemonstration, umso mehr, als sich gerade der neue CIA-Chef Mike Pompeo in der Türkei vorstellte, als die russische Luftwaffe angriff. Über diese geopolitischen Wirrungen gerät ein wenig in Vergessenheit, dass immer noch russische Wirtschaftssanktionen gegen türkische Lebensmittel in Kraft sind, trotz Erdogans Entschuldigungsbrief und obwohl Gespräche zur Aufhebung seit langem laufen sollen. Auch das soll Thema in Moskau sein, wenn Erdogan nun neuerlich zu Putin reist. Friedrich Schmidt

Der Autor ist Russland-Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

»Null Probleme mit den Nachbarn«

AUSSENPOLITIK Westbindung und Regionalmachtsanspruch

Ein „Albtraum von 360 Grad“ sei die türkische Außenpolitik, was der Türkei fehle, sei eigentlich nur noch eine Grenze zu Tschechien. Als der langjährige Leiter des Deutschen Orient-Instituts, Udo Steinbach, in den 1990er Jahren diese Worte wählte, hatte er eine Vielzahl von Krisenherden im Umfeld der Türkei im Blick: Die Nähe zu schwierigen Nachbarn wie dem Iran und dem Irak, Armenien und Aserbaidschan zum Beispiel, daneben aber auch die unterschiedlichen historischen Rivalitäten mit Russland, Griechenland und im arabischen Raum sowie historische gewachsene Bindungen zu Turkvölkern bis nach Zentralasien. Für den Gründer der modernen Türkei, Mustafa Kemal Atatürk, stand fest, dass es eine imperial ausgreifende Außenpolitik war, die das Osmanische Reich letztlich überfordert und zu seinem Zusammenbruch geführt habe: „Frieden daheim, Frieden in der Welt“, hieß deshalb die Parole – nach außen legte man sich Neutralität auf, um zu Hause den Umbau vom Reich zur Republik voranzutreiben.

„Neo-Osmanismus“ Für Ahmet Davutoglu, seit 2009 Außenminister und von 2014 bis 2016 Premierminister der Türkei, ist dieses komplizierte historische und räumliche Beziehungsgeflecht dagegen ganz und gar kein Albtraum. Sein Konzept der „strategischen Tiefe“ kehrte die eigentlich brisante geographische Lage der Türkei zu einem Vorteil um. Davutoglu sah sein Land nicht mehr allein an der Seite des „Westens“, er stellte es vielmehr selbstbewusst in den Mittelpunkt einer geographischen, politischen, religiös und kulturell durch die Geschichte des Osmanischen Reiches geprägten Großregion zwischen Zentralasien und Nordafrika. Das ließ manche Beobachter bereits von „Neo-Osmanismus“ sprechen, zumindest aber einen Bruch mit der kemalistischen Tradition erkennen. Für Davutoglu ging es nach seinen Worten darum, sich stärker dem Nahen Osten, dem Kaukasus und dem Balkan zu widmen und für Sicherheit und Stabilität nicht nur bei sich selbst, sondern auch bei den Nachbarn zu sorgen. Unter der Maxime „null Probleme mit den Nachbarstaaten“ sorgte diese Neuaufstellung der Außenpolitik unter der AKP-Ägide für manche Lockerung: Die Türkei suchte das Gespräch mit den Armeniern, begann Verhandlungen um die Zypern-Frage (siehe Beitrag unten), verbesserte die Beziehungen mit Syrien, dem Libanon, dem Irak – und streckte sogar die Fühler zur kurdischen Regionalregierung im Nordirak aus. Das Gespann aus Staatspräsident Abdullah Gül, Ministerpräsident Erdogan und Davutoglu vermittelte im Libanon, zwischen Israel und Syrien, zwischen Israel und Palästinensern. Auf internationalem Parkett gewann die Türkei an Statur – was sich etwa mit einem Sitz als nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat 2009/2010 ausdrückte, aber auch in der Rolle innerhalb der G20 und beim türkischen Engagement etwa in Somalia.

»Die türkische Außenpolitik ist ein Alptraum von 360 Grad.«

Udo Steinbach, Islamwissenschaftler

»Wir können Nah-Ost, den Kaukasus und den Balkan nicht ignorieren.«

Ahmet Davutoglu, 2009 als Außenminister

Allerdings stieß diese neue Außenpolitik auch an Grenzen: Mit Israel, mit dessen Armee das türkische Militär traditionelle enge Beziehungen pflegte, kam es zum Zerwürfnis, nachdem Erdogan Israel wegen seiner Rolle im Nahen Osten harsch kritisierte. Zum Eklat kam es um das Schiff *Mavi Marmara*, das im Mai 2010 die israelische Seeblockade durchbrechen wollte, um Lebensmittel, Medikamente und andere Hilfsgüter in den Gaza-Streifen zu bringen. Die israelische Armee brachte die Schiffe auf, türkische Aktivisten starben.

Im Sommer 2011 reiste Erdogan durch Ägypten, Libyen und Tunesien – nicht nur dort, sondern auch in westlichen Hauptstädten galt die Türkei als muslimisch geprägtes modernes Land mit beeindruckenden Wohlstandsgewinnen als Modell für die Länder des „Arabischen Frühlings“. Doch es kam anders: In Ägypten regieren heute nicht mehr die von Erdogan mit Sympathien benachauften Muslimbrüder, sondern Ex-General Abd al-Fattah as-Sisi. In Syrien setzte die Türkei auf sunnitische Kräfte, Kritiker sagen: islamistische Terroristen, die das alevitisch geprägte und vom schiitischen Iran unterstützte Regime Baschar bekämpfen und trug damit dazu bei, Syrien weiter in die Katastrophe zu treiben. Im Jahre 2016 sagte manch ein Beobachter, dass von Davutoglus Politik der „null Probleme“ jede Menge Probleme, dafür aber „null Freunde“ übrig geblieben seien: Die Beziehungen mit Israel waren unterkühlt, die Gespräche mit der EU in der blockierten Beitrittsfrage frustrierend, mit Deutschland lag Ankara im Streit wegen der Armenien-Resolution des Bundestages, mit der USA gestalteten sich die Beziehungen kompliziert in der Frage der Unterstützung der syrischen Kurden. Und schließlich drohte nach dem Abschluss eines russischen Kampfflotes über Syrien durch die türkische Luftwaffe auch noch der Bruch mit Russland (siehe Beitrag links).

Der gescheiterte Putsch vom Sommer 2016 verstellte gelegentlich den Blick darauf, welche Kehrtwendung die regierenden AKP bereits zuvor vollzogen hat – eine Wandel, die sich mit den Rückzug Davutoglus als Premier im Mai bereits angedeutet hatte. Ankara leitete die Normalisierung der Beziehungen zu Israel ein, sendete Signale der Entspannung nach Kairo, Erdogan überbrachte Putin die Entschuldigung für den Abschuss des russischen Kampfflotes. Als mancher Beobachter jüngst noch spekulierte, ob mit dem neuen Präsidenten im Weißen Haus die Türkei sich vom Westen und der Nato ab- und Russland und China zuwenden könnte, tauschten der türkische Präsident und Donald Trump Anfang Februar 2017 Freundschaften am Telefon aus. Derzeit sind die beiden Nato-Partner zudem im Gespräch über die Einrichtung von Schutzzonen in Syrien. Zumindest auf dem Feld der Außenpolitik scheint das Pendel derzeit eher zum alten Prinzip der Westbindung zurückzuschlagen. Alexander Heinrich

Die geteilte Insel

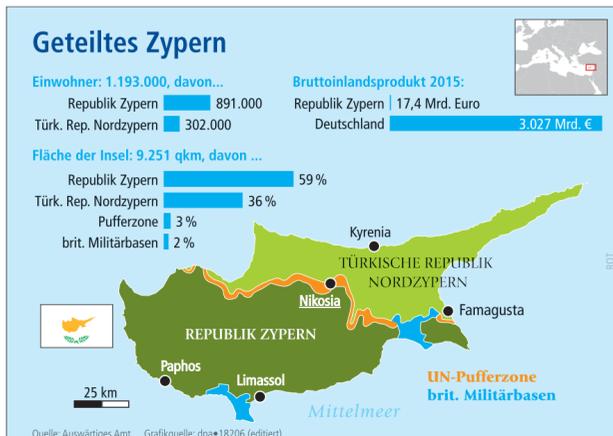
ZYPERN In die Gespräche zur Überwindung der Spaltung ist in den vergangenen Monaten viel Bewegung gekommen. Jetzt gibt es aber erneut einen Rückschlag

Hat da jemand eine Tür zugeschlagen? Die Frage, wer Mitte Februar beim Dialog zu einer Wiedervereinigung Zyperns auf welche Art das Gespräch beendet hat, ist mehr als eine der protokollarischen Höflichkeit. Seit knapp zwei Jahren verhandeln der Präsident der Republik Zypern, Nicos Anastasiades, und der Präsident der international nicht anerkannten Türkischen Republik Nordzypern, Mustafa Akinci, unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen. Es ist beileibe nicht die erst dieser Art von Verhandlungen, nach Meinung vieler Beobachter aber eine der vielversprechendsten. Das Ziel: Die Überwindung der zyprischen Teilung unter einer internationalen Identität und Souveränität bei zwei Bundesstaaten. Anastasiades und Akinci haben damit die Chance, einen Jahrzehnte alten Konflikt zu beenden, der im Kalten Krieg das Zeug dazu hatte, die Nato zu spalten und auch heute noch ein dickes Brett für EU-Beitrittsperspektive der Türkei ist. Wie so häufig in der langen Geschichte der Zypernverhandlungen geht es

im Kern um das Ausbalancieren von Mehrheiten und Minderheitenrechten in Staat und Verwaltung sowie um das Verhältnis Zyperns zu Griechenland und zur Türkei. Rund drei Viertel der Inselbewohner sind Zypriergriechen und ein Viertel Zypertürken beziehungsweise Türken.

Teilung Als Zypern im Jahre 1960 unabhängig wurde, war die junge Republik schnell blockiert von zwei antagonistischen Bestrebungen, die die britische Kolonialmacht nach dem Motto „Divide et impera“ stets gefördert hatte: hier die für den Anschluss an das griechische „Mutterland“ („Enosis“) streitenden Zypriergriechen, dort die für eine Teilung der Insel „Taksim“ eintretenden türkischen Zypriern.

Den nach einem Massaker zypriergriechischer Polizeikräfte an zypertürkischen Zivilisten im Jahre 1963 drohenden Bürgerkrieg und eine womöglich darüber ausbrechende Konfrontation zwischen den Nato-Partnern Griechenland und Türkei konnte eine UN-Mission aufhalten. Als die griechische Militärjunta in Athen 1974 schließlich einen Putsch auf Zypern dirigierte, um die Insel Griechenland einzuverleiben, intervenierte die Türkei militärisch und besetzte knapp 40 Prozent der Inselfläche. Ankara berief sich dabei auf das Zürcher und Lon-



doner Abkommen von 1959, das die Vertragspartner Zypern, Griechenland, Türkei und Großbritannien dazu verpflichtete, dafür zu sorgen, Angliederungs- oder Teilungsbestrebungen zu unterbinden. Mit der türkischen Intervention, der Schaffung einer „Grünen Linie“ und mit einem

Abkommen über den Bevölkerungsaustausch im Jahre 1975 war die politische und ethnische Trennung der Insel in zwei Teile besiegelt: Im Süden die Republik Zypern, im Norden die 1983 ausgerufenen allerdings nur von der Türkei anerkannte „Türkische Republik Nordzypern“. Dort

sind bis heute ungefähr 35.000 türkische Soldaten stationiert. Nicht zuletzt um sie ging es bereits in den Verhandlungen im Vorfeld des EU-Beitritts der Republik Zypern im Jahre 2004. Der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan hatte einen Plan vorgelegt, der eine Konföderation zweier Teilstaaten mit großer Autonomie vorsah sowie eine Reduzierung der türkischen Truppen auf 6.000. Für die griechischen Zypriern waren das immer noch 6.000 Soldaten zu viel: Drei Viertel der Wähler im Süden der Insel lehnten in einem Referendum den Annan-Plan ab, im Norden stimmten zwei Drittel hingegen für ihn.

Auch in den aktuellen Verhandlungen bleibt die türkische Militärpräsenz ein Stein des Anstoßes. Die türkischen Zypriern fürchten eine zyprisch-griechischen Dominanz nach einer möglichen Wiedervereinigung, ein Teil von ihnen möchte wohl an einer Stationierung festhalten. Die griechisch-zyprische Seite verlangt hingegen den Abzug. Präsident Nicos Anastasiades sagte Anfang Januar, dass Zypern als EU-Mitglied schlicht keine Garantiemächte brauche: Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoglu unterstrich allerdings, dass sein Land – anders als Griechenland und Großbritannien – nicht zur Aufgabe des Vertragsstatus als Garantiemacht bereit sei. Überlagert werden die Ver-

handlungen somit einmal mehr vom Geschehen in der Türkei: Dort möchte Präsident Erdogan seine Verfassungsänderungspläne im Frühjahr durchbringen und ist dabei auch auf Stimmen aus dem nationalistischen Spektrum angewiesen, für die wiederum ein Abzug des türkischen Militärs von Zypern indiskutabel sein dürfte. Auf der Insel selbst bleiben beide Seiten im Zugzwang: Die griechischen Zypriern befürchten, mit einem Platzen der Verhandlung oder gar einer abermaligen Ablehnung eines Wiedervereinigungsplanes wie schon 2004 Ankara Argumente in die Hand zu spielen für eine endgültige Trennung oder gar Umwandlung des Inselnordens in eine Provinz der Türkei. Eine solche Aussicht dürfte indes auch die türkischen Zypriern nicht freuen, die ihre eigene säkulare Identität herausstellen und sich heute als alles andere denn als „Fünfte Kolonne“ von Erdogans Re-Islamisierungskurs betrachten. Ein für die vergangene Woche anberaumtes Gespräch wurde von türkisch-zyprischer Seite abgesagt: Grund ist eine Parlamentsresolution der Republik Zypern, die an ein Referendum aus dem Jahre 1950 erinnert: Damals hatte eine überwältigende Mehrheit der Zypriergriechen für eine Vereinigung mit Griechenland gestimmt. ahe





Kleine Unfreundlichkeiten des Gastgebers werden in Kauf genommen: Deutsches Kampfflugzeug auf dem türkischen Flugplatz Incirlik

© picture-alliance/dpa

Innenpolitisch ist die Armee isoliert

MILITÄR Die Hintergründe des Putschversuchs vom 15. Juli 2016 mögen zwar weiterhin unklar sein. Ein Fazit lässt sich dennoch ziehen: Die Zeiten, in denen das türkische Militär demokratisch gewählte Regierungen ohne nennenswerte Gegenwehr absetzen konnte, scheinen vorüber zu sein. Zuletzt, 1997, waren nach den gewaltsamen Staatsstreich von 1960, 1971 und 1980 sogar bloße Drohgebärden ausreichend gewesen, um den Islamisten Necmettin Erbakan zu Fall zu bringen. Nun brach der Coup innerhalb weniger Stunden zusammen. Das Scheitern ist nicht allein darauf zurückzuführen, dass es der Regierung gelang, ihre Anhänger zu mobilisieren und auch die Opposition den Umsturzversuch geschlossen verurteilte. Recep Tayyip Erdogan fuhr vielmehr die Früchte einer Politik ein, die er seit seinem Wahlsieg 2002 hartnäckig betrieben hat. Schritt für Schritt gelang es ihm, die Macht des Militärs auszuhebeln. Am 15. Juli wurde deutlich, dass er das Ringen für sich entscheiden konnte. Für die moderne Türkei stellt dies eine Zäsur dar. Seit den Tagen Kemal Atatürks hatte sich das Militär nicht mit der Rolle eines bloßen Instruments der Politik begnügen wollen, dessen ausschließliche Aufgabe es wäre, den Staat vor äußeren Bedrohungen zu schützen. Es verstand sich zugleich und vor allem als Wächter der inneren Ordnung und sah sich legitimiert, nach eigenem Gutdünken immer dann einzugreifen, wenn deren Grundpfeiler ins Wanken zu geraten schienen. Zu diesen Grundpfeilern zählten insbesondere die nationale Einheit und der säkulare Charakter des Staates. Alle Ansprüche nationaler Minderheiten wie etwa der Kurden auf kulturelle oder gar politische Autonomie und alle Bestrebungen, dem Islam eine identitätsstiftende Rolle im öffentlichen Leben einzuräumen, stießen daher auf entschiedenen Widerstand des Militärs. Erdogan, der anfänglich auch den Kurden Kompromissbereitschaft signalisierte, musste ihm also gleich in doppelter Hinsicht als Widersacher erscheinen.

Nadelstiche gegen Nato

SICHERHEIT Zustimmung zur westlichen Wertegemeinschaft sinkt. Putin bringt sich geschickt ins Spiel

Die nach dem gescheiterten Militärputsch losgetretene Welle von Festnahmen und Entlassungen hat die türkischen Repräsentanten in den Stäben und Kommandos der Nato wie auch die Verteidigungsattachés an Botschaften nicht verschont. Dem Befehl, sich zurück in die Heimat zu begeben, haben zahlreiche der in Ungnade gefallenen Militärs nicht Folge geleistet. Kolportiert wird, dass mehr als 100 türkische Nato-Soldaten stattdessen vor allem in Belgien, den Niederlanden und Deutschland politisches Asyl beantragt hätten.

Suspekt Einige von ihnen vertrauten sich im Schutze der Anonymität Medienvertretern an und beteuerten, weder mit dem Putsch noch mit der als Drahtzieher bezichtigten Gülen-Bewegung etwas zu tun zu haben. Der Regierung erscheine vielmehr bereits jeder als suspekt, der Ausbildungseinrichtungen von Bündnispartnern besucht habe und daher vielleicht als besonders pro-westlich gelten könnte. Die Irritation in der Nato ist nach diesem in ihrer Geschichte beispiellosen Vorgang groß. Was von jenen zu erwarten ist, die mit dem Vertrauen ihrer Regierung im Rücken die Dienstposten der Abberufenen einnehmen, bleibt bislang Spekulation.

Die Signale aus Ankara sind widersprüchlich. So hat das Parlament zwar Anfang Januar die Regierung ermächtigt, die Nato-geführte Mission „Resolute Support“ auch in den kommenden zwei Jahren durch die Entsendung von Truppenkontingenten zu unterstützen. Das schon zu Zeiten der Vorgängermission ISAF substantielle Engagement in Afghanistan hält damit an. Auch nimmt die Türkei unter Berufung auf Artikel 4 des Nordatlantikvertrages weiterhin die Unterstützung der Nato in Anspruch, um die an Syrien angrenzenden Gebiete gegen etwaige Raketenbedrohungen aus dem Nachbarland zu schützen. Andererseits mehrten sich die Nadelstiche gegen das westliche Bündnis. So stellten Regierungsvertreter die Frage in den Raum, ob man der Nato weiterhin die Nutzung der Militärbasis Incirlik gestatten solle, da sie nicht gewillt sei, Luftunterstützung für die türkischen Militäroperationen in Syrien zu leisten (was die Amerikaner im Januar in al-Bab aber nun doch getan haben). In Incirlik ist auch das deutsche Luftwaffenkontingent stationiert, das sich an der Operation „Counter Daesh“ beteiligt.

Türkische Soldaten der Nato beantragen politisches Asyl auch in Deutschland.

Scharfmacher aus der Regierungspartei schüren die Stimmung gegen das Bündnis. Der Abgeordnete Samil Tayyar verstieg sich sogar zu dem Vorwurf, die Nato sei in Wahrheit eine „Terrororganisation“, die nicht anders als der „Islamische Staat“ und die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) die Sicherheit des Landes bedrohe. Äußerungen wie diese mögen zwar weiterhin Ausnahmefälle sein. Die Zustimmung zur Nato ist jedoch in der Türkei, und dies auch schon lange vor dem Militärputsch, eine Minderheitenposition. Über all diese Unfreundlichkeiten und Irritationen könnte die Allianz vielleicht hinwegsehen und sie auf die besonders prekäre Sicherheitslage des Landes zurückführen, wenn da nicht noch ein anderes Problem im Raum stünde. Moskau und Ankara machen einander Avancen in einer derartigen Intensität, dass um die türkische Bündnisloyalität gebangt werden muss. Nach dem Abschluss eines russischen Kampfflugzeuges, das während einer Operation über Syrien kurzzeitig in den türkischen Luftraum eingedrungen war, musste Ende 2015 noch befürchtet werden, dass die Spannungen zwischen beiden Staaten militärisch eskalieren könnten.

Der Putschversuch jedoch ließ sie eine Wende um 180 Grad vollziehen. Während sich die westlichen Verbündeten in der Wahrnehmung Ankaras nur zögerlich zu einer Verurteilung des Coups bequemen, stellte sich Putin entschieden an Erdogans Seite.

Geostrategische Differenzen Das russische Interesse ist dabei leicht zu durchschauen. Im Angesicht der Ukraine-Krise hat die Nato seit dem Gipfel von Wales zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um die Bündnisverteidigung an der Ostflanke sicherzustellen. Vergleichbares möchte sich Moskau im Süden ersparen. Zudem stärkt es die russische Handlungsfreiheit in Syrien, wenn der Schulterschluss mit der Türkei gelingt. Das türkische Interesse kann es allerdings nicht sein, dem Westen gänzlich die kalte Schulter zu zeigen, um sich stattdessen Russland auszuliefern. Die geostrategischen Differenzen zwischen Moskau und Ankara werden nicht durch Augenblicksstimmungen obsolet. Was der Annäherung zwischen Erdogan und Putin allerdings Gewicht verleiht, ist die gemeinsame Einschätzung, ihre innenpolitische Machtstellung wäre durch ausländische Einflussnahme bedroht. Aus der Sicht der Moskauer Führung waren die farbigen Revolutionen im postsowjetischen Raum und die 2012-er Protestwelle im eigenen Land von außen gesteuert. Eine ähnliche Verschwörung mit den gleichen Urhe-

bern sahen Regierungskreise in Ankara bei den Gezi-Park-Protesten und beim Staatsstreichversuch am Werk. Vor diesem Hintergrund ist auch der Flirt der Türkei mit der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SCO) zu sehen, von der sie schon 2012 in den Status eines Dialogpartners erhoben wurde. Die SCO, deren Vollmitglieder derzeit China, Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan sind, ist zwar sicherheits- und verteidigungspolitisch ein Leichtgewicht. Sie hat allerdings das völkerrechtliche Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten auf ihre Fahnen geschrieben. Seit ihrem Beitritt 1952 hat es immer wieder Phasen gegeben, in denen die Interessen der Türkei und der Nato nur mühsam in Einklang zu bringen waren. Im Auf und Ab der Beziehungen setzte sich bislang stets die Erkenntnis durch, dass die Türkei das Bündnis zur Sicherung der eigenen Souveränität und Integrität benötigt, und andererseits das Bündnis auf die Türkei qua ihrer geostrategischen Lage und ihres militärischen Beitrages nicht verzichten kann. Insofern ist die Hoffnung der Nato, mit Geduld auch aus diesem Wellental wieder herauszufinden, die einzige verantwortungsvolle Option.

Peter Boßdorf

Der Autor ist Fachjournalist für Sicherheitspolitik in Bonn.

Das islamische Damoklesschwert

REGION NAHOST Die Beziehungen zwischen der Türkei und Israel ruhen auf wenig stabilen Fundamenten

Am 12. Dezember 2016 empfing der israelische Staatspräsident Reuven Rivlin an seinem Dienstsitz in Jerusalem den neuen türkischen Botschafter Kemal Okem, um dessen Beglaubigungsurkunde in Empfang zu nehmen. Schon in der Woche zuvor hatte Eitan Na'eh sein Amt als israelischer Botschafter in Ankara angetreten. Eine sechsjährige Eiszeit in den diplomatischen Beziehungen beider Staaten scheint damit überwunden zu sein. Ausgebrochen war sie am 31. Mai 2010. Eine von Nichtregierungsorganisationen gecharterte Flottille hatte versucht, die von Tel Aviv verhängte Seeblockade gegen den Gaza-Streifen zu durchbrechen. Bei der Intervention israelischer Spezialkräfte kamen zehn türkische Staatsbürger ums Leben.

nach einer Aufhebung der Seeblockade fallen und sicherte zu, dass Einrichtungen, die die Hamas auf türkischem Boden unterhält, nicht dazu genutzt werden dürfen, Aktionen gegen Israel zu planen. Auch scheint die Türkei nun nicht länger eine Zusammenarbeit zwischen der Nato und ihrem strategischen Partner Israel zu blockieren. Sichtbares Zeichen dafür war im Mai 2016 die Eröffnung einer israelischen Vertretung im Brüsseler Hauptquartier des Bündnisses.

Früchte könnte die Normalisierung der Beziehungen vor allem auf zwei Gebieten tragen. Beide Staaten eint die Sorge, dass sich die inneren Konflikte in Syrien und dem Irak auf die Nachbarn ausweiten könnten. Eine Kooperation auf nachrichtendienstlichem Gebiet ist daher im beiderseitigen Sicherheitsinteresse. Darüber hinaus gibt es Perspektiven, die auch in den vergangenen Jahren unbeeinträchtigt Handelsbeziehungen weiter auszubauen. Im Raum steht die Überlegung, die Erdgasvorkommen vor

der Küste Israels über eine Pipeline in die Türkei international zu vermarkten. Die Wiederannäherung ist in erster Linie von Pragmatismus getragen, hat Israel doch gute Gründe, nicht zuviel Vertrauen in die andere Seite zu investieren. Dies ist, sieht man von der kurzen Phase enger Kooperation in den 1980er und 1990er Jahren ab, nichts Neues. Die Türkei war zwar der erste muslimische Staat, der Israel erkannte. Zugleich hat sie aber immer wieder versucht, das Vertrauen der islamischen Staaten durch Distanz zum jüdischen Staat zu gewinnen und sich dabei die palästinensischen Interessen zu zeigen gemacht. Die Zurückstufung der diplomatischen Beziehungen im Jahr 2010 war kein Einzelfall. Neu ist allerdings, dass eine türkische Regierungspartei der Muslimbruderschaft (und damit auch deren Spross Hamas) nahe steht. Diese weltanschauliche Bindung engt nicht nur die diplomatischen Spielräume in der islamischen Staatenwelt ein. Sie ist auch ein Damoklesschwert über den Beziehungen zu Israel.

pb



Türkische Angehörige von Aktivisten der „Mavi Marmara“ protestieren gegen den Angriff israelischer Spezialkräfte auf das Hilfsschiff.

© picture-alliance/dpa

Anzeige

Entwicklungspolitik von morgen denken

Entwicklungstheorie von heute – Entwicklungspolitik von morgen

Herausgegeben von Prof. Dr. Hans-Jürgen Burchardt, Dr. Stefan Peters und Nico Weinmann

2017, 296 S., brosch., 29,90 €
ISBN 978-3-8487-2613-4
eISBN 978-3-8452-6734-0
nomos-shop.de/25921

Über die Zukunft des 21. Jahrhunderts wird in den Kernthemen Umwelt und Ungleichheit entschieden. Die Entwicklungspolitik verhält sich zu diesen Herausforderungen noch zaghaft. Der Band verkoppelt ökologische und soziale Fragen jenseits von Wachstumsimperativ und Eurozentrismus und zeigt Wege in die entwicklungspolitische Zukunft auf.

Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar: www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Lebenslüge einer Generation

EU-BEITRITTSGESPRÄCHE Der Prozess ist gescheitert, aber im Superwahljahr 2017 sagen das Europas Spitzenpolitiker nicht

Seit mehr als einem Jahrzehnt verhandelt die Türkei mit der Europäischen Union über ihren Beitritt. Der Prozess ist gescheitert. Aber die EU-Staats- und Regierungschefs wollen das nicht offen zugeben. Vor dem Votum im Europäischen Parlament im November 2016 gab sich der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan betont gleichgültig. „Diese Abstimmung hat überhaupt keine Bedeutung“, sagte der AKP-Chef. Als dann aber eine überwältigende Mehrheit der Abgeordneten quer durch die Fraktionen für eine Aussetzung der Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei stimmte, war das der politischen Führungsspitze doch nicht mehr egal. „Europa sollte sich entscheiden, ob es seine Vision der Zukunft mit oder ohne die Türkei gestalten will“, entgegnete in scharfem Ton der türkische Ministerpräsident Binali Yıldırım. Die nicht-bindende Resolution des Europäischen Parlaments war das bisher klarste Zeichen an die Türkei, dass es mit den Verhandlungen um einen EU-Beitritt nicht zum Besten bestellt ist. Die Staats- und Regierungschefs haben es bis heute vermieden, sich klar zu dem Thema zu positionieren. Alleine der österreichische Bundeskanzler Christian Kern forderte offen einen Abbruch der Verhandlungen. Mehr als elf Jahre nach der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen ist mittlerweile offensichtlich, dass der Beitrittsprozess gescheitert ist. Manfred Weber, Vorsitzender der Christdemokraten im Europäischen Parlament, bezeichnet die Vollmitgliedschaft der Türkei als „Lebenslüge einer ganzen Politikergeneration“.

Privilegierte Partnerschaft Europas Verhältnis zur Türkei war von Anfang an schwierig. 1987 stellte die Türkei ihren Antrag auf Mitgliedschaft. Es dauerte beinahe zwei Jahrzehnte, ehe die Union sich entschied, über einen Beitritt auch nur zu verhandeln. Einen solch langen Vorlauf hat es bei keinem anderen Bewerber je gegeben. Der Beschluss zu Gesprächen mit der Türkei fiel im Oktober 2005 nach 30-stündigen Verhandlungen der EU-Außenminister. Wenig später wurde Angela Merkel (CDU) Bundeskanzlerin. Sie stellte den Beschluss der rot-grünen Vorgängerregierung nicht offen in Frage. Allerdings hatte sie zuvor das Konzept einer „privilegierten Partnerschaft“ entworfen und im Jahr 2004 – noch als Oppositionsführerin – Erdogan bei einem Türkei-Besuch unterbreitet. Der konnte mit dem Konzept nichts anfangen und fühlte sich regelrecht versetzt. Das sei, „als komme der Bräutigam zur Hochzeit und sage statt des Jaworts: Lass uns doch einfach gu-



Deutsch-türkische Differenzen hat es immer wieder gegeben – wie beim Besuch von CDU-Chefin Angela Merkel im Februar 2004 bei Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan in Ankara. Den CDU-Vorschlag einer „privilegierten Partnerschaft“ lehnte Erdogan rundheraus ab. © picture-alliance/dpa

te Freunde sein.“ Angela Merkels Konzept geriet danach in Vergessenheit, aber den Verhandlungen mit der Türkei fehlte es von Anfang an Dynamik. Die Vorbehalte einiger EU-Mitgliedsstaaten ließen sich an einem Wort ablesen, das Eingang in die offiziellen EU-Dokumente fand. Die Mitgliedsstaaten hatten sich entschieden, die Verhandlungen „ergebnisoffen“ zu führen – was alles andere als entschlossen klang. Als Bundeskanzlerin hat Merkel das Attribut „ergebnisoffen“ immer wieder gebraucht, um den Wählern zu signalisieren, dass der Beitritt der Türkei keine ausgemachte Sache sei. Alleine die Statistik belegt, wie zäh die Verhandlungen verlaufen. Beitrittsgespräche sind in der EU in 35 Kapitel unterteilt, fein

säuberlich nach Themengebieten gegliedert. In mehr als elf Jahren Verhandlungen wurde gerade ein einziges Kapitel geschlossen, das zu Wissenschaft und Forschung, und auch das nur vorläufig. Insgesamt 16 Kapitel sind aktuell eröffnet. Im November 2015 hatten die 28-EU-Länder der Türkei als Teil des Flüchtlingsabkommens versprochen, den Verhandlungen „neues Leben einzuhauchen“. Seither ist ein einziges Kapitel, das zum Haushalt, eröffnet worden – was den Gipfel-Text als leere Formel entlarvt. „Die Türkei kann die Geschwindigkeit der Verhandlungen beschleunigen, in dem sie die Zielvorgaben und Anforderungen des Verhandlungsrahmens erfüllt und ihren vertraglichen Verpflichtungen nachkommt“, schrieb die EU-Kommission in ih-

rem sehr kritischen Bericht vom vergangenen November. Damit signalisiert Brüssel der Türkei, dass es an ihr liegt, wenn es nicht voran geht.

Verfassungsänderung Erdogans harsche Reaktion auf den versuchten Putsch im vergangenen Juli hat das Verhältnis zu Europa ungemein belastet. Über 100.000 Menschen wurde verhaftet, die Meinungsfreiheit erheblich eingeschränkt. Das Votum im Europäischen Parlament war eine direkte Reaktion darauf. „Angesichts dieser Reinigungsaktion konnte das Europäische Parlament nicht stumm bleiben“, sagt Marc Pierini, früherer EU-Botschafter in Ankara und heute für den Thinktank Carnegie Europe tätig.

Auch im Bundestag wurde Erdogans Vorgehen sehr kritisch gesehen, allerdings nuancierter. Die SPD-Fraktion plädiert dafür, die Beitrittsgespräche aufrecht zu halten, weil in schwierigen Zeiten Dialog notwendig sei. Wenn Erdogan die Todesstrafe einführe, sei allerdings eine rote Linie überschritten. Erdogan bereitet aktuell eine Verfassungsänderung vor, die das Verhältnis zu den Europäern weiter belastet. Das neue Präsidialsystem ist komplett auf ihn zugeschnitten und würde ihm einen erheblichen Machtzuwachs sichern. Voraussichtlich Mitte April sollen die Türken über die Verfassungsänderung in einem Referendum abstimmen. „Bisher schon haben die Beitrittsverhandlungen keine Ergebnisse gebracht“, beobachtet Türkei-Experte Pierini. „Mit der

Verfassungsreform gleiten sie in ein unwiderrufliches Koma.“

Die europäischen Staats- und Regierungschefs werden sich aber hüten, das offen zu sagen. Im europäischen Superwahljahr, in dem Wahlen in den Niederlanden, in Frankreich, in Deutschland und voraussichtlich auch in Italien anstehen, will niemand das Thema Türkei eskalieren lassen. Populär wäre der EU-Beitritt der Türkei ohnehin nicht. In Deutschland sprechen sich nur 15 Prozent der Bürger für eine Aufnahme aus. Die Türken rechnen übrigens selbst schon gar nicht mehr damit, dass die Aufnahme noch klappt. Zwei Drittel erwarten, dass die Türkei draußen bleibt, ergab eine Umfrage der Turkish European Foundation for Education and Scientific Studies.

Die Christdemokraten im Europäischen Parlament wollen in einem Grundsatzpapier der türkischen EU-Mitgliedschaft eine klare Absage erteilen. Wenn die Staats- und Regierungschefs diesen Schritt bisher meiden, dann hat das einen guten Grund: Sie sind auf die Türkei angewiesen, nicht zuletzt wegen des Flüchtlingsdeals. Die Türkei beherbergt derzeit rund 2,7 Millionen Flüchtlinge, mehr als jedes andere Land auf der Welt. Außerdem kann eine Wiedervereinigung Zyprens, über die derzeit verhandelt wird, nur mit der Zustimmung der Türkei passieren. Und ein harsches Nein der Europäer würde Erdogan innenpolitisch wahrscheinlich nutzen. „Wenn der Beitrittsprozess zu einem Ende käme, dann würden wir uns beide in einem Lose-Lose-Szenario befinden“, warnt etwa die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini. Und deswegen plädierte Bundeskanzlerin Merkel bei ihrem jüngsten Türkei-Besuch auch dafür, „den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen.“

An die Stelle der leblosen Beitrittsgespräche dürfte eine „handlungsorientierte Beziehung“ treten, „die von den Interessen der EU-Mitgliedsstaaten bestimmt wird“, erwartet Türkei-Kenner Pierini. Zwei Drittel der Direktinvestitionen in der Türkei kommen aus der Europäischen Union, Fiat und Renault produzieren dort Kleinwagen, Airbus Flugzeugteile und Allianz bedient den türkischen Versicherungsmarkt. Bis jetzt gibt es keinen Exodus aus der Türkei von europäischen Investoren. Die EU will die Zollunion mit der Türkei modernisieren und um Dienstleistungen erweitern. Auch bei der Terrorbekämpfung wollen beide Seiten kooperieren. Die Türkei und Europa werden auf absehbare Zeit zusammenarbeiten – auch wenn noch kein offizieller Titel für die Partnerschaft gefunden ist.

Silke Wettach II

Die Autorin ist Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ in Brüssel.

Endloser Kreislauf der Rache

EXIL Viele Oppositionelle sind in den Westen emigriert, aber die politischen Feindschaften bestehen auch dort weiter

Noch vor ein paar Jahren war Adem Yavuz Arslan ein geachteter Mann in Ankara. Als Hauptstadt-Korrespondent der Zeitung „Bugün“ flog er in der Regierungsmaschine mit und war gefragter Talkshow-Gast im türkischen Fernsehen. Heute schlägt er sich als Chauffeur beim Fahrdienst Über durch – in der US-Hauptstadt Washington, wohin er sich mit seiner Frau und drei Kindern vor der drohenden Verhaftung in der Türkei geflüchtet hat. Seine Zeitung stand der Bewegung des islamischen Predigers Fethullah Gülen nahe, dem einstigen Verbündeten und jetzigen Intimfeind von Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan; seine daheim gebliebenen Kollegen sitzen inzwischen hinter Gittern.

An unbekanntem Orten Nicht nur Gülen-Anhänger bevölkern in zunehmender Zahl als Emigranten die Hauptstädte der westlichen Welt. In Washington etwa sitzt auch Amberin Zaman, langjährige Korrespondentin des britischen „Economist“, die wegen ihrer Berichte über die syrischen Kurden auf der Abschussliste der türkischen Regierung landete und nicht mehr nach Hause kann. In eine südeuropäische Stadt, die er nicht genannt wissen will, hat sich Yavuz Baydar vor der drohenden Festnahme gerettet; er war einst leitender Redakteur bei den Massenblättern „Milliyet“ und „Sabah“. Der Verleger Ragıp Zarakolu hat Zuflucht in Stockholm gefunden – er wird wegen seiner Mitarbeit bei der Kurdenzeitung „Özgür Gündem“ mit Haftbefehl gesucht. Can Dündar, zuletzt Chefredakteur der kemalistischen „Cumhuriyet“, hat sich in Berlin niedergelassen. Und das sind nur einige der prominentesten Emigranten, die Spitze des Eisbergs. Viele



Can Dündar, früherer Chefredakteur der Zeitung „Cumhuriyet“, lebt in Berlin. © picture-alliance/dpa

türkische Journalisten sind nach Schätzungen aus der Exilgemeinde in den Westen geflohen. Nicht alle geben das öffentlich bekannt. Seine früheren Kollegen seien über die ganze Welt verstreut, sagt Ali H. Arslan, bis Frühjahr 2016 noch Washington-Korrespondent der Gülen-nahen Zeitung „Zaman“ und nun selbst im Exil. „Zu einigen Kollegen habe ich Kontakt, aber zu vielen auch nicht“, sagt Arslan. „Viele haben Angst und wollen ihren Aufenthaltsort nicht preisgeben.“ Von einer Opposition im Exil kann schon deshalb keine Rede sein. „Wir sind noch im Schock“, sagt Arslan. „Die Leute sind voll damit beschäftigt, ihre Familien in Sicherheit zu bringen und ein neues Leben aufzubauen.“ Nur die wenigsten seien schon so weit, dass sie politisch oder publizistisch aktiv werden könnten. Das könnte sich ändern, wenn das Trauma der Flucht verarbeitet sei, meint Arslan, doch andere Emigranten bezweifeln das. „Ich will nicht riskieren, dass

ich meinen Job hier verliere oder in den USA als Unruhstifter auffalle“, sagt Emre Uslu, der früherer Kolumnist der regierungskritischen Zeitung „Taraf“ war und nun an einer Universität in Virginia lehrt. Von einem gemeinsamen Vorgehen sind die türkischen Emigranten ohnehin weit entfernt, denn selbst im Exil bleiben sie aufgespalten in ihre politischen Lager: Kemalisten, Kurden, Islamisten und Linke. „Die Emigranten versammeln sich wieder einmal in kleinen Gemeinden von Gleichgesinnten und schließen Andersdenkende aus“, sagt Yavuz Baydar, der sich an sein letztes Exil in Schweden nach dem türkischen Putsch von 1980 erinnert fühlt und entsprechend verbittert ist. Die verschiedenen Lager der entstehenden intellektuellen Diaspora seien noch immer damit beschäftigt, die alten Rechnungen zu begleichen, statt gemeinsam zu handeln. „Das ist ein Holzweg“, sagt Baydar. „Aber ich fürchte, es wird sich nichts daran ändern.“

Die entstehenden Exilmedien sind von dieser Fragmentierung geprägt. Im Gülen-Lager werden mehrere Internetzeitungen produziert. In Berlin starteten 2017 gleich zwei türkische Oppositionsmedien aus dem säkularen Spektrum nebeneinander her: die linke „gazete.taz“ der deutschen „taz“ und „Özgürüz“ von Can Dündar, der aus der kemalistischen Ecke stammt. Fernab all dieser Gruppen arbeiten die Medien der kurdischen Nationalisten, die schon seit Jahrzehnten im Exil sind und daher mit einer Nachrichtenagentur, gedruckten Tageszeitungen und einem Satelliten-TV-Sender großen Vorsprung haben.

Neue Internetmedien Ein Prüfstein für die Exilmedien werde es deshalb sein, ob sie auch andersdenkenden Emigranten ein Forum bieten, meint Amberin Zaman: „Werden sie auch kurdische oder islamistische Dissidenten dort schreiben lassen?“ In Köln startete eine neue Internetzeitung, die zumindest diesen Anspruch formuliert. „Artı Gerçek“ heißt das Portal des Journalisten Celal Baslangic, der zum Sendestart versprach, allen Oppositionsgruppen ein Forum zu bieten – von kritischen Islamisten bis hin zu Sozialisten, von Kurden bis zu Armeniern. Amberin Zaman hofft, dass die gemeinsame Exil-Erfahrung ihre Kollegen veranlasst, ihr Gewissen zu erforschen. Denn bis sie selbst von der Verhaftung bedroht wurden, hätten viele Journalisten weniger Engagement für Pressefreiheit und Demokratie an den Tag gelegt. So hatten die Kemalisten früher nichts dagegen, dass Islamisten, Kurden und Linke verfolgt wurden; die Gülenisten applaudierten der Verhaftung von Kemalisten, Kurden und Linken. Wenn die Emigration nicht zur Selbstkritik genutzt werde, werde es so weitergehen, fürchtet Zaman, die nun an einer Washingtoner Denkfabrik tätig ist – „ein endloser Kreislauf der Rache.“ Susanne Güsten II

Die Autorin ist freie Korrespondentin in Istanbul.

Erdogans geheime Helfer

GEHEIMDIENST Mehr als 6.000 Spitzel in Deutschland

Die mutmaßliche Verwicklung des türkischen Geheimdienstes MIT in Planung und Ausführung von Gewalttaten in Westeuropa macht den Sicherheitsbehörden zunehmend Sorge. Für Beobachter steht jedoch fest, dass die jüngsten Enthüllungen über MIT-Aktivitäten in Westeuropa nicht das Ende der Spitzelerei einleiten werden. Denn die Aktionen der türkischen Agenten sind der Ausdruck eines neuen Rollenverständnisses in Ankara: Die Türkei sieht sich selbst als Regionalmacht, die ihre eigenen Interessen in den Vordergrund rückt.

Das die „Nationale Geheimdienst-Organisation“ (MIT) in Deutschland und anderen europäischen Staaten ein Auge auf die dortigen türkischen und kurdischen Minderheiten hält, ist seit langem bekannt. Zeitweise geschah das wohl mit Billigung der Gastländer, sagt Howard Eissenstat, Türkei-Experte an der US-Universität St. Lawrence. Deutschland habe die Beobachtung von Türlen durch die MIT zumindest vorübergehend „mit einiger Nachsicht betrachtet, um auf diese Weise die gewalttätige Szene unter Kontrolle zu halten“, sagt Eissenstat. Überrascht seien deutsche Sicherheitskreise angesichts der MIT-Aktionen deshalb wohl nicht.

Aktive Spitzel Laut Medienberichten steuern die türkischen Behörden kürzlich in einem Prozess in Deutschland gegen mutmaßliche türkisch-kommunistische Aktivisten eigene „geheimdienstliche Informationen“ bei – und bestätigten damit indirekt, wie aktiv türkische Spitzel in der Bundesrepublik sind. Der türkische Moscheeverband DiTib soll die Anhänger der mit Ankara verfeindeten Bewegung des Predigers Fethullah Gülen ausspioniert haben; der Verband sprach später von einer „Panne“. Die deutsch-türkischen Reibereien wegen der MIT dürften noch weiter zunehmen, sagt Aykan Erdemir, ein früherer türkischer Oppositionspolitiker, der heute bei der Denkfabrik Foundation for Defense of Democracies in Washington arbeitet. An-

ders als Deutschland betrachte die Türkei friedliche Regierungskritiker als Terroristen, sagt Erdemir. Was aus türkischer Sicht eine notwendige Bekämpfung von Staatsfeinden sei, erscheine den Deutschen als Einschüchterung unbescholtener Bürger. „Diese Differenzen werden die Spannungen zwischen den beiden NATO-Partnern wachsen lassen.“ Die Zahl der MIT-Spitzel in Deutschland wird auf mehr als 6.000 geschätzt. Beide Seiten bemühen sich, Konflikte möglichst geräuschlos beizulegen. Der Prozess gegen einen mutmaßlichen MIT-Agentenführer wurde nach Anzeige vor einem Gericht in Koblenz gegen eine Geldstrafe eingestellt.

Mordverdacht Allerdings geht das MIT-Engagement inzwischen weit über die Beobachtung der Opposition im Ausland hinaus. Kürzlich wurde in Hamburg ein mutmaßlicher MIT-Agent festgenommen, der Morde an Kurdenvertretern in Deutschland und Belgien geplant haben soll. In Frankreich kamen Ermittler nach dem Mord an drei kurdischen Aktivisten im März zum Schluss, dass die MIT an der Vorbereitung der Gewalttat beteiligt war. Der Fall wird wohl nie ganz aufgeklärt werden können: Der Hauptverdächtige starb 2016 an einem Hirntumor.

Die Vorwürfe gegen den türkischen Geheimdienst sind kein Zufall, sagte ein türkischer Insider. Seit einigen Jahren betrachte sich die Türkei als eigenständige Regionalmacht. Zudem verdächtige Ankara Deutschland, den Sturz von Staatspräsident Erdogan anzustreben. Öffentlich wirft Erdogan der Bundesregierung vor, Feinde des türkischen Staates auf deutschem Boden gewähren zu lassen. „Erdogan sieht die westlichen Partner nicht mehr als wirkliche Freunde an“, sagt auch Eissenstat. Doch die MIT sei am Ende nur Instrument der türkischen Regierung. Ausgangspunkt der Differenzen zwischen der Türkei und dem Westen sei nicht Geheimdienstchef Hakan Fidan, sondern die politische Führung in Ankara und damit Erdogan. 59 II





Mit Kopftuch und Talar: Absolventinnen der Universität Bonn

© picture-alliance/Ulrich Baumgartner

Zwischen Nähe und Distanz

GASTARBEITER Die Integration war in Deutschland lange kein Thema. Enkel spüren noch heute den Unterschied

Es war ein bitteres Fazit, das Mehmet Daimagüler vor einigen Jahren in seinem Buch „Kein schönes Land in dieser Zeit“ zog. Obwohl der Jurist, der in Harvard und Yale studiert hatte, lange als Musterbeispiel für die Integration türkischer Arbeitsmigranten angesehen wurde und es als Politiker sogar in den FDP-Bundesvorstand geschafft hatte, kam er zu dem Schluss: „Wir bleiben Kanaken, egal, was wir tun.“ Auch noch 50 Jahre nach der Ankunft der ersten türkischen Gastarbeiter in Deutschland unterscheidet man zwischen „wir und ihr“. Und tatsächlich: Obwohl es inzwischen so viele Menschen aus türkischstämmigen Familien gibt, die in Politik, Kultur oder im Sport erfolgreich sind, gilt die türkischstämmige Community in Deutschland vielen noch immer hauptsächlich als Problemfall. Belegt wird das durch zahlreiche Studien: Die Türkischstämmigen sind im Durchschnitt schlechter gebildet, schlechter bezahlt und häufiger arbeitslos als Deutsche, viele von ihnen haben weder einen Schul- noch einen Berufsabschluss. In einem Datenreport des Wissenschaftszentrums Berlin und des Statistischen Bundesamts wurde für die Migranten mit türkischen Wurzeln ein Armutrisiko von 36

Prozent berechnet. Das heißt: Während der deutsche Durchschnittshaushalt monatlich 1.730 Euro netto zur Verfügung hat, sind es im türkischen nur 1.242 Euro.

Fehlende Vorbilder So erschreckend die Zahlen sind, so leicht lassen sie sich begründen. Als Deutschland 1961 ein Anwerbeabkommen für Arbeiter mit der Türkei abgeschlossen hatte, kamen vor allem ungelernete Arbeiter für einfache Arbeiten. Weil man lange dachte, die Gastarbeiter würden nach kurzer Zeit wieder nach Hause zurückkehren, gab es keinerlei Konzepte für ihre Integration – und weder Sprachkurse noch Bildungsangebote. Die Arbeiter siedelten sich überwiegend in einfachen Wohnlagen nah der Betriebe an, in denen sie am Band oder an Hochöfen schufteten. Und weil sie so viele waren, entstanden dort ethnische Enklaven, in denen man Türkisch sprach und nur wenig Kontakt zu Deutschen hatte. Daimagüler beschreibt in seinem Buch anschaulich, was dieses Leben mit sich brachte: dass vor allem die Kinder keine Vorbilder gehabt hätten für ein anderes Leben. Dabei hätten sich ihre Eltern das für sie sehr wohl gewünscht, sagt Caner Aver, Politikwissenschaftler bei der Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrations-

forschung in Essen, und vielfach gehofft, dass ihre Söhne und Töchter Abitur machen und studieren würden. „Die Motivation, ihr Land zu verlassen, war ja für die meisten die Hoffnung auf bessere Lebenschancen. Aber für Eltern aus bildungsfernen Milieus, die kein oder nur schlecht Deutsch sprechen, ist es extrem schwierig, sich im komplizierten deutschen Bildungssystem zurechtzufinden.“ Denn das setze seit jeher auf eine starke Beteiligung der Eltern, die ihren Kindern bei den Hausaufgaben und der Bewältigung des Stoffs helfen sollen. „Für die meisten der Zuwanderer war das schlicht nicht möglich.“ Damit teilten die türkischen Familien vielfach das Schicksal deutscher Arbeiterfamilien – auch sie leiden darunter, dass das deutsche Bildungssystem sehr undurchlässig und der Erfolg der Kinder, wie viele Experten beklagen, traditionell stark abhängig vom Status und der Herkunft der Eltern ist. Das, so Caner Aver, löse sich selbst bei denen, die es schafften, nie ganz auf, weil ihren Familien die entsprechenden Netzwerke fehlten: „Die Arbeitslosenquote unter Akademikern beträgt in Deutschland 2,4 Prozent – bei deutsch-türkischen Hochschulabsolventen liegt sie bei knapp 8 Prozent.“ Und dennoch: Es tut sich etwas. So hat der Münsteraner Religionssoziologe Detlef Pol-

lack in einer repräsentativen Erhebung viel Wandel vor allem in der zweiten und dritten Generation der Türkeistämmigen ausgemacht. So habe sich der Anteil derjenigen ohne Schulabschluss mehr als halbiert und der Anteil derjenigen mit guten und sehr guten Deutschkenntnissen verdoppelt. Insgesamt seien die zweite und dritte Generation sozial und strukturell stärker in die Mehrheitsgesellschaft integriert. Wäh-

rend unter den Befragten der ersten Generation nur jeder zweite angebe, sehr viel Kontakt zu Menschen deutscher Herkunft zu haben, seien es unter den Jüngeren drei Viertel. Auch wenn es um die Einstellungen zur Familie und zur Rolle der Frau gehe, sei eine Annäherung der zweiten und dritten Generation an die Mehrheitsgesellschaft zu verzeichnen. Insgesamt ist die große Mehrheit der Türkeistämmigen mit ihrem Leben in Deutschland zufrieden – 90 Prozent der Befragten bejahten die Frage. Aus den Zahlen ergibt sich: Auch wenn sie im Schnecken tempo verläuft, so kommt die Integration voran.

Schock. Damit wurden Ressentiments föhig, die ich niemals für möglich gehalten hätte.“ Auch Caner Aver erinnert sich an die Diskussionen. Er sagt, in den vergangenen Jahren sei das gegenseitige Misstrauen gewachsen – während die Muslime seit dem 11. September 2001 gegen einen allgemeinen Terrorismusverdacht ankämpfen müssten, hätten die schleppende Aufklärung der NSU-Morde, die Diskussionen um die doppelte Staatsbürgerschaft und die Affäre um den früheren Bundespräsidenten Christian Wulff bei vielen Migranten für das Gefühl gesorgt, hier nicht willkommen zu sein. „Viele glauben, dass er für den Satz, der Islam gehöre zdu Deutschland, abgestraft wurde.“ Dieses Gefühl der Zurückweisung dürfte für einen weiteren Befund von Detlef Pollack verantwortlich sein: das erstarkende Bekenntnis zur islamischen Religion vor allem bei Kindern und Enkeln der Gastarbeiter. Fast drei Viertel bezeichnen sich als sehr oder eher religiös – für Pollack ein „demonstratives Bekenntnis“ zur eigenen kulturellen Herkunft. Was dies für die weitere Entwicklung der Integration bedeutet, muss sich zeigen. *Susanne Kailitz*

Die Autorin ist freie Journalistin in Dresden.

STICHWORT

Türkische Zuwanderung

- > **Arbeitskräfte** Aufgrund des Anwerbeabkommens mit der Türkei kamen ab 1961 fast 900.000 Menschen aus der Türkei zum Arbeiten nach Deutschland.
- > **Einwohner** Rund drei Millionen türkischstämmige Personen leben heute in Deutschland. Die Hälfte von ihnen kam über den Familiennachzug hierher.
- > **Ausbildung** Bei den Kindern und Enkeln der Gastarbeiter hat sich der Anteil derjenigen ohne Schulabschluss mehr als halbiert.

FÜNF FRAGEN ZUR: TÜRKISCHEN ZUWANDERUNG



Detlef Pollack ist Professor für Religionssoziologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Herr Pollack, ist die Geschichte der türkischen Zuwanderung nach Deutschland eine der enttäuschten Hoffnungen?
Nein, das denke ich nicht. Die überwiegende Zahl der Türkeistämmigen fühlt sich in Deutschland sehr wohl und weiß sehr genau, dass es ihr hier deutlich besser geht, als es in der Türkei der Fall wäre – in ökonomischer, sozialer wie rechtlicher Hinsicht. Die Deutschen dagegen haben ohnehin wohl nur wenig Hoffnung in die Türken gesetzt, man hat sie vor allem als Arbeitskräfte gesehen und sich ansonsten wenig mit ihnen befasst.

Heute aber gelten die Deutsch-türken als Problemfall, immer wieder werden sie als Sorgenkinder der Integration gesehen. Ist der Befund wirklich so schlecht?
Sie werden auch deshalb so stark als Problem wahrgenommen, weil sie die größte Gruppe der Migranten sind. Und dass sich die Türkei unter Erdogan auf einem autoritären Kurs befindet und dies von vielen auch hier lebenden Türkei-

stämmigen begrüßt wird, sorgt zusätzlich für erhebliches Befremden. Tatsächlich ist die Integration der hier lebenden Türkeistämmigen vielfach problematisch. Sie leben stärker in geschlossenen Nachbarschaften, suchen ihre Heiratspartner vor allem in der eigenen Community und sprechen oft schlechter Deutsch als andere Zugewanderte. Darüber hinaus trägt der von ihnen vertretene Islam stark traditionale Züge.

Für viele Türkeistämmige der zweiten und dritten Generation wird die Religion wieder wichtiger.
Man kann das als eine Art Trotz sehen – als eine Form der kulturellen Selbstbehauptung. Es scheint da weniger um eine religiöse Praxis zu gehen, als um ein demonstratives Bekenntnis zur eigenen Herkunft.

Steht uns da eine neue Entfremdung bevor?
Ja, das ist eine explosive Mischung und ich sehe hier eine Konfliktschraube: Man hegt ein gegenseitiges Misstrauen und nimmt die jeweils andere Seite vor allem als feindlich wahr, so

dass jedes Missverständnis zur Eskalation führen kann. Viele Türkeistämmige haben das Gefühl, hier nicht willkommen zu sein. Wenn man von ihnen, wie das die Union tut, ein Loyalitätsbekenntnis zur deutschen Werteordnung fordert, so kann das die Spannungen nur verstärken. Wir sollten ihnen meines Erachtens mehr entgegenkommen und sie nicht weiter auf die andere Seite treiben, zu der sie ohnehin schon tendieren.

Was wäre zu tun?
Wir sollten zur Kenntnis nehmen, wie stark insbesondere die zweite und dritte Generation inzwischen aufgeholt hat – etwa in Sachen Sprache, Frauenrechte und Erziehung. Da gab es eine sehr positive Entwicklung. Gleichzeitig brauchen wir mehr Flexibilität und Toleranz von Staat und Recht in der Mehrheitsgesellschaft. Sie muss sich ihrer Stärke wieder bewusst werden und sollte nicht denen das Wort reden, die mehr Härte fordern.

Das Gespräch führte Susanne Kailitz.

Immer wieder mal Streit

GESETZE Bedingungen für Familiennachzug und Einbürgerung

Alles begann mit dem Anwerbeabkommen zwischen der Türkei und Deutschland 1961. Deutschlands Wirtschaft brauchte Arbeitskräfte. Bis zum Anwerbestopp 1973 kamen rund 900.000 türkische Arbeitskräfte ins Land. Gleichzeitig kehrten in diesen Jahren auch 500.000 Gastarbeiter wieder in ihre Heimat zurück. Nach 1973 erfolgte die Zuwanderung aus der Türkei im Wesentlichen über Eheschließungen oder Familiennachzügen, zu einem geringeren Umfang über Asylverfahren.

Verweis auf »Stilhalteklausele In Deutschland wird die Familiennachzugführung über das Aufenthaltsgesetz geregelt. Eine Gesetzesnovelle von 2007 bestimmte, dass die Zustimmung dazu an Sprachkenntnisse gebunden sein sollte. So mussten nachzugswillige Ehegatten für die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung nachweisen, dass sie sich in einfacher Sprache auf Deutsch verständigen können. Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) in Luxemburg von 2014 musste diese Praxis revidiert werden. Seitdem dürfen mangelnde Sprachkenntnisse kein dauerhaftes Hindernis mehr dafür sein, dass ausländische Ehepartner in Deutschland zusammen leben können. Wer sich ein Jahr lang ernsthaft bemüht, Deutsch zu lernen, erhält ein Einreisevisum zur Familiennachzugführung. Auf den Sprachnachweis wird auch verzichtet, „wenn es dem ausländischen Ehegatten nicht zugemutet werden kann, vor der Ein-

reise Bemühungen zum Erwerb einfacher Sprachkenntnisse zu unternehmen“, schrieb das Auswärtige Amt nach Verkündung des Urteils in einem Erlass. Geklagt hatte eine türkische Ehefrau, die als Analphabetin den, teils schriftlichen, Deutschland nicht ablegen konnte. Nach Ansicht des EuGH verstieß der Sprachnachweis gegen die sogenannte Stillhalteklausele, die im Rahmen des Assoziationsratsbeschlusses mit der Türkei 1980 vereinbart wurde und Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und Niederlassungsfreiheit türkischer Staatsbürger verbietet.

Optionspflicht Als integrationspolitische Maßnahme war auch die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts durch die rot-grüne Bundesregierung im Jahr 2000 gedacht. Bis dahin galt das sogenannte Blutrecht. Deutscher war, wer einen deutschen Elternteil hatte. Für eine Einbürgerung musste man mindestens 15 Jahre in der Bundesrepublik gelebt haben. Im Jahr 2000 wurde das Gesetz um das „Geburtsortprinzip“ ergänzt: Wenn ein Elternteil seit mindestens acht Jahren in Deutschland lebt und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht genießt, erwirbt das Kind die deutsche Staatsangehörigkeit. Auch für eine Einbürgerung wurde die vorausgesetzte Aufenthaltsdauer von 15 auf acht Jahre gesenkt. Seit 2008 müssen Einbürgerungskandidaten aber ausreichende Deutschkenntnisse nachweisen und einen Einbürgerungstest bestehen.

Seit Ende 2014 dürfen Kinder ausländischer Eltern, die seit mindestens acht Jahren in Deutschland leben, neben der deutschen auch dauerhaft die Staatsbürgerschaft ihrer Eltern behalten. Mit dem Wegfall der sogenannten Optionspflicht müssen sich die Kinder seither nicht mehr zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr für einen Pass entscheiden, wenn sie sich bis zum 21. Geburtstag acht Jahre in der Bundesrepublik aufgehalten haben. Wenn Türken sich in Deutschland einbürgern lassen wollen, aber ihren türkischen Pass behalten möchten, müssen sie nachweisen, dass ihnen durch die Aufgabe der türkischen Staatsangehörigkeit in der Türkei unzumutbare Nachteile entstehen würden. Seit 2014 haben jeweils nur rund 17 Prozent der Türken, die sich in Deutschland haben einbürgern lassen, ihren türkischen Pass behalten. Weniger als ein Fünftel der türkischstämmigen Menschen in Deutschland besitzt zwei Pässe. Die CDU hat mit einem Parteitagbeschluss Ende 2016 zur Wiedereinführung der Optionspflicht die Diskussion um die doppelte Staatsbürgerschaft neu entfacht. Im Wahljahr 2017 wird das Thema auch so schnell nicht verschwinden. *che*

»Wir sollten nicht denen das Wort reden, die mehr Härte fordern.«



Die Orte Betzdorf und Fürthen im Westerwald sind seit einigen Wochen zu zweifelhafter Berühmtheit gelangt. Denn hier soll der deutsch-türkische Islamverband Ditib Mitglieder der „Hizmet“-Bewegung des Erdogan-Gegners Fetullah Gülen bespitzelt haben. In schriftlichen Mitteilungen an den türkischen Religionsattaché in Köln, die dem Autor vorliegen, werden namentlich neun beziehungsweise sieben Personen nebst ihrer familiären Herkunftsorte in der Türkei genannt. Die Spitzelaktionen in Betzdorf und Fürthen sind kein Einzelfall. Insgesamt soll der Islamverband in mehr als drei Dutzend Fällen Informationen für die Regierung in Ankara gesammelt haben. Der Landesverfassungsschutz Düsseldorf bestätigte, dass allein in Nordrhein-Westfalen und im Norden von Rheinland-Pfalz 13 Imame tätig waren. Daraufhin wurden die Wohnungen von vier Imamen polizeilich durchsucht. Der Grünen-Politiker Volker Beck hatte im Dezember Anzeige wegen Spionageverdachts gestellt. Die Bundesanwaltschaft nahm in Karlsruhe Ermittlungen auf. Inzwischen ist eine intensive Diskussion entbrannt, wie mit dem Islamverband umgegangen werden soll. Mehrere Bundesländer sind auf Distanz gegangen und lassen prüfen, ob die Ditib noch ein geeigneter Partner für die Einführung des Islamunterrichts an öffentlichen Schulen ist. Denn nicht nur in Betzdorf und Fürthen, von wo die spitzelnden Imame unterdessen zurück in die Türkei gegangen sein sollen – angeblich, um sich vor Strafverfolgung zu schützen –, herrscht mittlerweile eine Atmosphäre des Misstrauens. Dabei war die Ditib über lange Jahre willkommener Gesprächspartner, wenn es um die Integration muslimischer Bürger ging. Der Islamverband, der knapp 1.000 von insgesamt rund 2.600 Moscheen in Deutschland unterhält, galt stets als Vertreter eines gemäßigten Islams – wengleich in vereinzelten Ditib-Moscheen Jugendliche gewisse Sympathien für Salafisten gezeigt hatten.

Einfluss der Türkei Ins Zwielicht geraten ist der Verband, weil er teilweise offensiv die Politik des türkischen Staatspräsidenten Erdogan vertritt. So wurden 2016 Bundestagsabgeordnete vom Fastenbrechen im Ramadan ausgeladen, da sie die Verbrennen an den Armeniern im Osmanischen Reich als Völkermord bezeichnet hatten. Zudem betreibt die Ditib seit dem türkischen Putschversuch im Juli 2016 Stimmungsmache gegen Anhänger des Predigers Fetullah Gülen. In der zentralen Freitagspredigt hieß es: „Die Menschen wurden durch Instrumentalisierung der religiösen und nationalen Werte belogen, um die eigenen Ziele und teuflischen Pläne zu verwirklichen.“ Vielen Gülen-Anhängern verwehrt man den Zugang zu Ditib-Moscheen mit der Begründung, sie seien Vaterlandsverräter. Darüber hinaus wird die „Hizmet“-Bewegung auf der Ditib-Webseite mit Attributen bezeichnet, die man bislang nur aus der türkischen Innenpolitik kannte: Sie sei, so heißt es, eine „Terrorgruppe“, die „keinerlei Moral enthält“ und eine „krankhafte Struktur“ hat. Seit ihrer Gründung 1984 ist die Ditib sozusagen der deutsche Arm des Amtes für religiöse Angelegenheiten in Ankara (Diyamet), das direkt dem Ministerpräsidenten untersteht. Die Imame in deutschen Ditib-Moscheen sind mehrheitlich türkische Staatsbeamte und werden für drei bis fünf Jahre nach Deutschland entsandt. Zwar bezieht die Ditib, sie sei unabhängig, doch die Diyanet hat auf den meisten Ebenen ihres deutschen Ablegers eigene Leute positioniert. Entsprechend kann das türkische Religionsministerium bei wichtigen Personal- und Strukturfragen mitbestimmen.



Die Ditib-Moschee in Fürthen in Rheinland-Pfalz wurde Mitte Februar von Fahndern des Bundeskriminalamtes aufgrund von Spionage-Vorwürfen gegen Imame durchsucht.

Wie stark der Einfluss aus der Türkei ist, hat die Direktorin des Forschungszentrums Globaler Islam an der Uni Frankfurt, Susanne Schröter, beschrieben: So ist der Vorsitzende des Ditib-Vorstands Botschaftsrat für religiöse Angelegenheiten in der türkischen Botschaft in Berlin. Ehrenvorsitzender ist der jeweils amtierende Diyanet-Präsident selber. Alle Vorstandsmitglieder werden zudem von einem Beirat vorgeschlagen, dem auch der Diyanet-Präsident vorsteht. Fast alle Beiratsmitglieder sind türkische Religionsattachés und Vertreter von Generalkonsulaten, die ein verbrieftes Mitspracherecht haben.

Scharnier Gerade die Religionsattachés bilden eine wichtige Scharnierfunktion zwischen türkischer Politik und Seelsorge in Deutschland. Denn die Ditib-Imame sind ihnen rechenschaftspflichtig. Kein Wunder, dass die Vorbeter aus Betzdorf und Fürthen ihre Information dem Kölner Attaché zukommen ließen. Die dominante Stellung zeigte sich auch vergangenen Sommer in Hessen, als der dortige Ditib-Landesvorsitzende ausgewechselt wurde. Dem zuständige

gen Attaché soll er zu liberal gewesen sein. Die Diskussion um den Islamverband Ditib zeigt, dass Deutschland inzwischen zum Schauplatz innerschweizer Konflikte geworden ist. Sie zeigt zudem, dass die deutsche Politik Fragen nach der Finanzierung von Moscheen und Imamen zu lange vor sich herschoben hat – mit unliebsamen Folgen. Solange nämlich Imame aus dem Ausland bezahlt werden, dürfte die Integration von Muslimen unnötig schwierig bleiben. Getreu dem Ausspruch „Wes' Brot ich ess', des Lied ich sing' werden sich die Vorbeter im Konfliktfall eher nach ihren Geldgebern richten statt nach den Bedürfnissen der deutschen Gesellschaft. Deshalb ist immer öfter zu hören, die Ditib möge sich von der Türkei lossagen. Dies ist aber leichter gesagt als getan. Denn wie sollen dann die Imame des Islamverbandes bezahlt werden? Noch gibt es kein alternatives Finanzierungskonzept. Ulrich Pick

Der Autor ist Redakteur in der Redaktion „Religion“ beim SWR. Er war zuvor Hörfunkkorrespondent der ARD in Istanbul.

Im Zwielicht

DITIB Der Islamverband war lange Gesprächspartner, wenn es um die Integration muslimischer Bürger ging. Nun gibt es Ermittlungen wegen Spionageverdachts

Verhärtete Fronten

KONFLIKT Sicht auf Erdogan spaltet Türken in Deutschland

Das Referendum wirft seine Schatten voraus. Am 16. April wird in der Türkei über eine neue Verfassung abgestimmt, die dem Präsidenten deutlich mehr Macht verleihen würde. Mitte Februar kam der türkische Ministerpräsident Binali Yıldırım nach Oberhausen, um für Zustimmung zu werben. Er kündigte an, auch der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan werde dafür nach Deutschland kommen. Schon früher hat dieser Wahlkampf für die AKP in Deutschland betrieben, darunter beispielsweise 2008 und 2014 in Köln.

„Wenn Erdogan nach Deutschland kommt, steigt die Spannung und das Konfliktpotential“, fürchtet der Vorsitzende der Türkische Gemeinde in Deutschland, Gökyay Sofuoğlu. Dennoch rät er der deutschen Politik, sich zurückzuhalten. „Wir haben eine starke Demokratie, die verkraftet das. Erdogan will mit seinem Besuch die Menschen mobilisieren, und dies durch Polarisierung. Eine Diskussion um ein Einreiseverbot würde nur das Gegenteil bewirken und ihm in die Hände spielen“, warnt er. Sein eigener Verband allerdings wird sich einmischen. „Die Türkische Gemeinde hat es sich vorgenommen, die Neinkampagne zu unterstützen“. Zum ersten Mal nimmt der Verband damit zu einem politischen Thema in der Türkei Stellung. „Man kann sich jetzt nicht verstecken – es geht um Demokratie oder Autokratie in der Türkei.“

Wahlentscheidende Stimmen Rund 1,4 Millionen wahlberechtigte Auslands-Türken leben in Deutschland. Sofuoğlu hält ihre Stimmen sogar für wahlentscheidend. In der Vergangenheit hat die AKP unter Deutschtürken stets gut abgeschnitten: Bei den letzten Parlamentswahlen im November 2015 stimmten knapp 60 Prozent von ihnen für die islamisch-konservative Regierungspartei, mehr als in der Türkei selbst. Aber auch die pro-kurdische HDP schnitt in Deutschland mit 15,9 Prozent noch besser ab als in der Türkei.

„Erdogan hat eine große Anhängerschaft in Deutschland und erschöpft diese aus“, sagt Sofuoğlu. „Eine laute Minderheit bestimmt so das Bild in der Öffentlichkeit.“ Seine Gegner verfügten oft nicht über die Mittel, um wie er hunderte Busse aus dem europäischen Ausland zu einer Kundgebung zu organisieren. Doch der Zuspruch sei nicht repräsentativ, gerade mit Blick auf das Referendum bröckele der Rückhalt für ihn, meint Sofuoğlu. „Die Nein-Sager werden diesmal gewinnen“, ist er überzeugt.

Gülen-Anhänger unter Druck Seit dem Putschversuch in der Türkei im Juli des vergangenen Jahres haben sich auch in Deutschland die Fronten zwischen Erdogan-Anhängern und -Gegnern weiter verhärtet. Insbesondere die Anhänger des in den Vereinigten Staaten lebenden türkischen Predigers Fetullah Gülen sind

unter Druck, denn die türkische Regierung macht ihn für den Putschversuch vom Juli 2016 verantwortlich.

Ercan Karakoyun ist Sprecher der Gülen-Bewegung in Deutschland. Die Anhänger des türkischen Geistlichen betreiben hierzulande nach eigenen Angaben etwa 160 Nachhilfvereine, 30 Schulen und rund ein Dutzend Dialogvereine. Nach dem Putschversuch machten auch in der türkischen Community in Deutschland Aufrufe die Runde, mutmaßliche Gülen-Anhänger bei den türkischen Behörden zu melden. Auch gab es offene Anfeindungen und die Forderung, nicht bei Gülen-Leuten einzukaufen.

„Viele spüren das. Aber was kann der Unternehmer in Berlin für den Putsch in der Türkei?“, fragt Karakoyun. Viele, die der Bewegung nahe stehen, würden sich zurückziehen und Moscheen meiden, die sie zuvor besucht hatten. „Sogar Menschen, die solche Moscheegemeinden mit aufgebaut haben, gehen da jetzt nicht mehr hin, um Beleidigungen und Provokationen zu vermeiden.“

Die türkische Regierung hat im vergangenen Herbst sogar ihre Konsulate aufgefordert, Berichte über die Aktivitäten der Gülen-Bewegung in Deutschland abzuliefern. Auch einige Imame, die im Dienst der türkischen Religionsbehörde in deutschen Moscheen predigen, schwärzten daraufhin mutmaßliche Gülen-Anhänger an. Gegen den Islamverband Ditib wird nun wegen Spionageverdachts ermittelt. (siehe Text unten)

Die Kritik an Ditib geht inzwischen quer durch alle Parteien. Von Sarah Wagenknecht von der Linkspartei bis zu Julia Klöckner von der CDU fordern manche, die Zusammenarbeit ganz aufzukündigen. Die kleine Kurdische Gemeinde Deutschland rückt Ditib sogar in die Nähe einer „kriminellen Vereinigung“. Ihr Vorsitzender Ali Ertan Toprak rät der deutschen Politik, lieber „moderate und unabhängige Islamverbände als neue Partner anzunehmen.“

Keine Überreaktionen Gökyay Sofuoğlu warnt jedoch vor Überreaktionen. Natürlich müssten die Vorwürfe restlos aufgeklärt werden. „Es ist die größte muslimische Organisation hierzulande, man muss im Gespräch bleiben“, sagt er. „Wenn die Leute das Gefühl haben, dass hier überreagiert wird, dann befördert das die Ressentiments gegen die deutsche Politik.“

Und Bekir Altas, Generalsekretär der Islamischen Gemeinschaft „Milli Görüs“ (IGMG), dem zweitgrößten islamischen Verband, warnt vor „Sippenhaft“. Auch sein Verband ist vom Stopp der Verhandlungen über Staatsverträge betroffen. Selbst Ercan Karakoyun, dessen Gülen-Bewegung ein Opfer der Bespitzelung war, sagt, er sei zwiespalten: „Ditib ist ein wichtiger Ansprechpartner, der Dialog muss geführt werden.“ Daniel Bax

Der Autor ist Inlandsredakteur bei der „tageszeitung“.

»Eine laute Minderheit bestimmt das Bild in der Öffentlichkeit.«

Gökyay Sofuoğlu, Türkische Gemeinde

»Ditib ist ein wichtiger Ansprechpartner, der Dialog muss geführt werden.«

Ercan Karakoyun, Sprecher der Gülen-Bewegung

STICHWORT

Islamverband Ditib

> Organisation Die 1984 gegründete „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion“ ist der größte Islamverband in der Bundesrepublik. Nach eigener Darstellung vertritt er mehr als 70 Prozent der Muslime in Deutschland. Ditib ist eine von vier Mitgliedsorganisationen im Koordinationsrat der Muslime.

> Ziel ist nach eigenen Angaben, Muslimen einen Ort zur Glaubensausübung zu geben und zur Integration beizutragen. Neben Gemeindezentren organisiert Ditib Bildungs-, Sport- und Kulturangebote.

> Islamverständnis Nach eigenem Bekunden vertritt Ditib den türkischen Staatsislam mit dem Prinzip der Trennung von Staat und Religion. Gemeinden werden durch staatlich besoldete Vorbeter betreut. Kritiker werfen Ditib ein sehr konservatives Islamverständnis vor.

Von Bayern an den Bosphorus

MIGRATION Viele junge Deutsch-Türken zieht es inzwischen wieder in die Heimat ihrer Eltern. Das Leben mit zwei so unterschiedlichen Kulturen ist nicht immer leicht

Abitur, Studium, Arbeiten für die Altersvorsorge. „Wo bleibt da Zeit zum Träumen?“, fragte sich Bilgin Kösteci aus Ulm. Vor drei Jahren fasste sie einen Entschluss: Mit 30 Jahren wollte sie einen Neuanfang in Istanbul wagen. Die Türkei, das Heimatland ihrer Eltern, kannte sie von Urlaubsreisen und Verwandtenbesuchen in Ost-anatolien. Länger gelebt hat sie dort nie. Aber: „Der Gedanke, eines Tages in die Türkei zu ziehen, tauchte immer wieder auf.“ Nach dem Studium arbeitete die Betriebswirtin zunächst in einem Unternehmen in Augsburg. Dort sah sie keine Perspektive. „In Aufbruchstimmung“ kündigte sie und zog von Bayern an den Bosphorus.

Der Fall Kösteci ist durchaus typisch. Während in den 1960er und 1970er Jahren Hunderttausende Türken als Gastarbeiter nach Deutschland kamen, geht es heute für viele in die andere Richtung. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes verabschiedeten sich in den vergangenen zehn Jahren jährlich zwischen 30.000 und

39.000 Menschen in Richtung Türkei. Demgegenüber standen 26.000 bis 32.000 Umzüge jährlich von der Türkei nach Deutschland. Das Jahr 2006 markierte die Kehrtwende in den türkisch-deutschen Migrationsbeziehungen: Erstmals seit Jahrzehnten war der Wanderungssaldo aus deutscher Sicht negativ. Der Trend hielt fast zehn Jahre. Die jüngsten Daten von 2015 weisen jedoch wieder ein Plus von 2.652 auf. Die aktuelle politische Situation dürfte ebenso dazu beigetragen haben wie der Einbruch des zuvor rasanten Wirtschaftswachstums in der Türkei.

Jung und qualifiziert Vor allem die Kinder und Enkel der Zuwanderer zieht es in die Türkei. Eine Erhebung des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZTI) von 2012 kommt zu dem Ergebnis, dass eine Abwanderungsabsicht bei der zweiten und dritten Zuwanderergeneration doppelt so häufig ist wie bei der ersten. Das zeigt sich auch an Köstecis Familie: Ihre Eltern wollen Süddeutschland nicht verlassen. „Sie machen sich große Sorgen und möchten mich überzeugen, dass ich nach Deutschland zurückkomme“, räumt die junge Frau ein. Nach einer Studie des ZTI von 2016 können sich 40 Prozent der befragten türkischstämmigen

Studenten und Hochschulabsolventen vorstellen, in die Türkei zu gehen. Das befeuert auch die Diskussion um den Brain Drain, den Verlust gut ausgebildeter Fachkräfte ins Ausland. Doch gibt es ihn wirklich, den „Exodus“ der Jungen und Qualifizierten? Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) widerspricht. Die Behörde geht davon aus, dass 2007 bis 2012 jeweils 3.000 bis 4.000 Angehörige der zweiten oder dritten Generation in die Türkei gezogen sind. Bei rund drei Millionen türkischstämmigen Menschen in Deutschland eine niedrige Zahl. Nicht jeder Ausreisewunsch wird Realität. Mit hoher Wahrscheinlichkeit verbleibe der Großteil türkischstämmiger Folgegenerationen in Deutschland, heißt es in einer BAMF-Studie.

Auch wenn die Mehrheit bleibt – warum spielen so viele Deutsch-Türken mit dem Gedanken, in ein Land auszuwandern, das sie kaum kennen? Hier werden immer wieder „fehlendes Heimatgefühl“ in Deutschland, familiäre und partnerschaftliche Gründe und der Wunsch nach beruflichem Aufstieg genannt. Auch deutsche Arbeitgeber scheinen dazu beizutragen, indem sie Bewerber mit ausländischen Namen benachteiligen. Eine OECD-Studie von 2007 kommt zu dem Ergebnis, dass Akademiker



Bilgin Kösteci ist 2014 von Deutschland in die Türkei gezogen.

mit Migrationshintergrund hierzulande fast drei Mal so häufig arbeitslos sind wie solche ohne ausländische Wurzeln. Wer in Deutschland eine Stelle unterhalb seines Qualifikationsniveaus hat, ist eher bereit zu gehen. Bei Kösteci war es der Alltagstrott, der sie zum Gehen bewegt hat. „Ich wollte aus dem Roboter-Dasein raus“, sagt sie. Der

türkische Arbeitsmarkt sei zudem flexibler, weil nicht für alle Tätigkeiten Papiere und Abschlüsse benötigt würden. Es dauerte nicht lange, bis die junge Frau in Istanbul eine neue Stelle fand – eine, die sie inhaltlich sehr interessierte. Sie kam in der Abteilung für Internationale Beziehungen eines Bezirks-Rathauses unter und war für Kooperationsprojekte mit Deutschland zuständig. Zu schaffen machten ihr jedoch schnelle Arbeitsweise und Behördenstruktur. „Es ging sehr hierarchisch zu. Man sollte am besten nichts hinterfragen.“ Als die Zusammenarbeit mit den Kollegen immer weniger funktionierte, kündigte sie und wechselte in den Vertrieb eines deutschen Unternehmens.

Zwei Kulturen Auch das ist ein typischer Schritt: Viele Abgewanderte arbeiten in einem der 6.200 Unternehmen mit deutscher Kapitalinvestition in der Türkei. Die in Deutschland aufgewachsenen Türken tragen so zur Kommunikation zwischen den Ländern bei, und die deutsche Volkswirtschaft profitiert weiterhin von ihrer Arbeit. Die These des Brain Drain halten Wissenschaftler deswegen für verkürzt. Häufig sind aber nicht nur Karrieregründe entscheidend für den Ortswechsel. Auch die Suche nach ihrer Identität bewegt viele

türkischstämmige Deutsche. Auch Kösteci möchte ihre Wurzeln besser kennenlernen. Als „Deutschländerin“, wie sie sich selbst bezeichnet, ist sie zwischen zwei Kulturen aufgewachsen. „Lange Zeit war das ein Problem für mich, erst nach der Pubertät habe ich das als Bereicherung empfunden.“ Das Ankommen in der Türkei war trotzdem nicht leicht. „In Istanbul habe ich gemerkt, dass ich deutscher bin, als ich dachte.“ Erstmals habe sie verstanden, warum sich Menschen für ein Leben in der „Parallelgesellschaft“ entscheiden. So gebe es in der türkischen Gesellschaft weniger Privatsphäre, auch die Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern empfinde sie als starr. Andererseits sei da diese Herzlichkeit und Hilfsbereitschaft der Istanbul.

Kontakt habe sie vor allem innerhalb der deutsch-türkischen Gemeinschaft. Mit Familie und Freunden in Deutschland telefoniert sie oft. Kösteci ist auch politisch interessiert und hat sich in der Opposition engagiert, ist dort aber öfter angeekelt. Die politische Entwicklung in der Türkei sieht sie mit Sorge. Trotzdem möchte sie vorerst in Istanbul bleiben. In Deutschland sei ihr durch das ewige Planen der Spaß an der Arbeit gegangen. Hier könne sie vielleicht etwas Eigenes aufbauen. Sie besucht jetzt eine Modeschule. „Das Träumen macht





Demonstranten halten Anfang November 2016 auf der Einkaufsmeile Istiklal Caddesi in Istanbul die aktuelle Ausgabe der Zeitung „Cumhuriyet“ in der Hand. Die Behörden hatten zuvor nach Angaben der Zeitung 13 Mitarbeiter des Blattes festgenommen, darunter Chefredakteur Murat Sabuncu. © picture-alliance/dpa

Erdogan als oberster Zensor

FREIE PRESSE Kritische Medien stehen unter massivem Druck. Der Staatspräsident gilt als »Feind der Pressefreiheit«

Auf der Suche nach der besten Geschichte und dem lustigsten Motiv muss Hakan Bilginer nur den Fernseher einschalten. Denn der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan ist nahezu allgegenwärtig auf den ihm hörigen Kanälen. Die regierungskritischen Sender wurden ohnehin schon meist abgeschaltet. „Erdogan bietet uns sehr viel zum Lachen“, schmunzelt Bilginer, Chefredakteur der Online-Satirezeitung „Zaytung“. „Er ist ein Weltprovokateur.“ Als Satirejournalist freue er sich eigentlich über schlechte Nachrichten. Die seien einfacher zu karikieren als gute.

Im Freiheits-Ranking von »Reporter ohne Grenzen« liegt die Türkei auf Platz 151 von 180.

So gesehen könnten die Zeiten kaum erfreulicher sein: Ein Präsident, der als „Journalistenfresser“ verspottet wird, ein Referendum zur Ausweitung seiner Macht, der Terror durch Dschihadisten des „Islamischen Staates“, die Flüchtlingskrise, die bürgerkriegsähnlichen Zustände im Südosten des Landes und jeden Tag Dutzende Festnahmen von Erdogan-Kritikern. Mit ihrem eigenen Stil – scharf, schnell, zynisch – nehmen sie sich all dieser Themen an.

Rund 600.000 Facebook-Fans und 100.000 Webseitenaufrufe täglich kann das Satiremedium mittlerweile für sich verbuchen. Fristen es einst eine mediale Nischenexistenz, ist es heute landesweit bekannt. Es gibt Zaytung-Souvenirs und ein Café in Ankara, das den Namen des Online-Mediums trägt. Rund Werbung wird die mittlerweile vierköpfige Redaktion finanziert, Hunderte Freie liefern Ideen, Texte und Karikaturen.

Bilginer arbeitet noch im IT-Bereich, als er vor sieben Jahren die Idee zu dem Online-Medium hatte. Die heutige Reichweite hatte er sich nie vorstellen können. Denn angefangen hat alles in einer Kneipe, man lebte von Mund-zu-Mund Propaganda, Spaß und dem Ehrgeiz, einem pressefeindlichen System den Spiegel vorzuhalten. „Es gab eine Lücke, und die haben wir erfolgreich geschlossen“, sagt der 38-Jährige. Tatsächlich gibt es in der Türkei eine lange Tradition klassischer Satiremagazine. Online war Zaytung aber das erste Medium, das vor allem Erdogan und die AKP-Regierung thematisiert. Bisher habe Ankara noch nicht an die Türen geklopft, aber es kann jeden Moment soweit sein. „Wenn wir ständig an die Folgen unserer Arbeit denken würden, dann könnten wir nicht arbeiten“, sagt Bilginer.

Eingeschränkte Freiheit Um die Presse- und Meinungsfreiheit war es in der Türkei nie besonders gut bestellt. Als Erdogan 2003 die Macht übernahm, befand sich die Türkei auf Platz 116 der Rangliste für Pressefreiheit der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ (ROG). 2016 ist das Land mittlerweile auf Platz 151 von 180 Staaten abgerutscht. Noch nie war die Situation für

kritische Medienschaffende so dramatisch wie im Moment. Wer sich nicht im Sinne des Präsidenten äußert, riskiert seinen Job und seine Freiheit. Es kommt auch zu körperlichen Übergriffen auf Journalisten und Angriffen auf Redaktionen. So werden die Kritiker immer weniger, die Liste der Hofberichterstatte immer länger. Der Kreis unabhängiger, regierungskritischer Medien ist auf die Zeitungen „Cumhuriyet“, „Evrensel“ oder die Internetzeitungen „T24“ und „Diken“ geschrumpft.

Für ROG zählt der Staatspräsident deswegen zu den „Feinden der Pressefreiheit“. Doch dieser sieht das ganz anders. Die Türkei habe „die freieste Presse der Welt“, wiederholt er gebetsmühlenartig. „Das glaubt er tatsächlich“, meint Bilginer. Jeder Journalist, der regierungstreu berichtet, sei aus Erdogans Sicht ein glücklicher Mensch. „Alle anderen sind für ihn keine Journalisten.“ Mehr noch: „Erdogan gibt uns Journalisten die Schuld, wenn etwas nicht nach seinen Vorstellungen verläuft.“

Voraussetzender Gehorsam Theoretisch garantiert die türkische Verfassung die Meinungs- und Pressefreiheit. Doch um diese Freiheit einzuschränken, baute Erdogan die Medienaufsichtsbehörde RTÜK (Radyo ve Televizyon Üst Kurulu) von einem Kontrollorgan zur Zensurbehörde um. So ist Erdogan mittlerweile oberster Zensor und Chefredakteur des Landes. Die Zensur hat einen neuen Professionalisierungsgrad erreicht. Sie setzt gezielt auf voraussetzenden Gehorsam durch Einschüchterung. Rund 150 Themen stehen auf einem Index, den die RTÜK regelmäßig an Journalisten verschickt. Wer dennoch über diese Themen berichtet, muss mit Geldstrafen rechnen. Die Begründung lautet meist, entsprechende Nachrichten behinderten Ermittlungen. Unerwünscht ist jegliche direkte oder indirekte Kritik am Staatspräsidenten, seiner Familie oder der AKP sowie politischen Entscheidungen und staatlichen Interaktionen und Institutionen. Von der Regierung eingesetzte Internetkontrolle sorgen dafür, dass oppositionelle Meinungsäußerer mit Rufmordkampagnen überzogen werden. Doch persönliche Angriffe auf die Urheber von Kritik genügen Erdogan in der Regel nicht. Er geht zielstrebig und systematisch auch gegen Medienunternehmer vor.

Das liegt auch in der Struktur der Medienunternehmen begründet. Viele gehören zu Mischkonzernen, die etwa zusätzlich im Handel mit Versicherungen oder im Baugebiet aktiv sind. Wer also Geld verdienen will, darf es sich mit Erdogan nicht verschmerzen. Eine AKP-freundliche Berichterstattung kann den Weg zu begehrten Staatsaufträgen ebnen. Prominentes Beispiel hierfür ist die Demirören Holding, die 2011 die einst liberalen Tageszeitungen „Milliyet“ und „Vatan“ erwarb. Demirören handelt unter anderem mit staatlichem Gas, ist also auf Erdogans

Wohlwollen angewiesen. Das zeigt sich deutlich in der Berichterstattung der beiden Blätter. Kritische Journalisten wie der prominente Kolumnist Hasan Cemal mussten gehen. Enge Verbindungen gibt es auch zum Immobilien-Multi, der Albayrak-Gruppe. Sie gibt die stramm islamische Tageszeitung „Yeni Şafak“ heraus, die Erdogan-Gegnern gelegentlich Gewalt androht. Berat Albayrak ist mit Erdogans Tochter Esra verheiratet, seit November 2015 ist er nicht nur Schwiegersohn, sondern zudem Energieminister.

Die Repressionen gegen Medienschaffende wurden seit dem gescheiterten Militärputsch vom 15. Juli vergangenen Jahres erheblich verschärft. Nach Angaben der unabhängigen Journalistenplattform P24 sind nach dem gescheiterten Putsch 168 Medien und Verlage durch Notstandsdekrete geschlossen worden. Auch ein kurdischsprachiger Kindersender war betroffen. Tausende Journalisten verloren ihren Job, Tausende werden wahlweise wegen Beleidigung des Staatspräsidenten oder angeblicher Unterstützung von Terrororganisationen vor Richter, die von der AKP befördert wurden, gezeitert. Wer es etwa wie Bilginer und sein Team wagt, den Präsidenten zu karrieren, muss mit einer Anklage rechnen. Die linke Tageszeitung Birgün widmet Erdogan deswegen zeitweise eine eigene Rubrik: „Heute in der Präsidentenbeleidigung“. Der Präsident ist bekannt für seine Humorlosigkeit. Da wundert es schon nicht mehr, dass im Dezember sogar

der Kantinen-Chef der „Cumhuriyet“ verhaftet wurde. Şenol Buran hatte gesagt, er werde Erdogan keinen Tee servieren, sollte dieser jemals in der Istanbuler Kantine der Zeitung auftauchen. Nun wird wegen Präsidentenbeleidigung gegen ihn ermittelt. Zurzeit sitzen zehn „Cumhuriyet“-Mitarbeiter in Untersuchungshaft, sie wurden wegen Terrorvorwürfen festgenommen. Die „Cumhuriyet“ kritisierte Anfang Februar, dass die Verhafteten noch immer auf die Anklageschrift warteten. Sie seien „regelrecht vergessen“ worden. Hunderte von der Regierung ausgestellte Presseausweise wurden annulliert. Außerdem wurden die Reisepässe einer unbestimmten Anzahl Journalisten für ungültig erklärt, die somit das Land nicht verlassen dürfen. Auch Auslandskorrespondenten fürchten um ihre Presseausweise und damit um ihre Arbeitserlaubnis. Nicht wenige ausländischen Berichterstatte werden die Einreise gleich ganz verweigert.

Journalisten in Haft Mehr als 200 Journalisten sind zumindest vorübergehend festgenommen worden, derzeit sitzen mehr als 100 Journalisten und Medienschaffende laut P24 im Gefängnis. Damit führt die Türkei die Liste der Länder an, in denen die meisten Reporter im Gefängnis sitzen. Aktuell ist unter ihnen auch „Welt“-Korrespondent Deniz Yücel. Dem deutsch-türkischen Journalisten wird die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen. Er saß zu Redaktionsschluss noch

immer in Polizeigewahrsam. Der türkische Justizminister Bekir Bozdag widersprach Anfang Februar der Kritik von Menschenrechtsgruppen. Es seien lediglich 30 Journalisten in Haft, sagte Bozdag. Auch gegen türkische Journalisten im Exil geht die AKP-Regierung vor. So wurde Ende Januar umgehend das neue regierungskritische Online-Magazin „Özgürürüz“ gesperrt. Das in Berlin produzierte deutsch-türkische Portal des regierungskritischen Journalisten Can Dündar und des deutschen Recherche-Netzwerks „Correctiv“ wurde laut einem Sprecher der Gruppe Turkey Blocks, die Internetzensur in der Türkei überwacht, „zum Schutz der nationalen Sicherheit und öffentlichen Ordnung“ gesperrt. Denn Dündar, der frühere Chefredakteur von „Cumhuriyet“, ist in der Türkei wegen der Enthüllung geheimer

Waffenlieferungen an islamistische Rebellen in Syrien angeklagt. Erdogan hatte es sich nicht nehmen lassen, den Journalisten persönlich anzuzeigen. Nach einer ersten Verurteilung im Mai 2016 hatte er in Deutschland Zuflucht gesucht, wo er seitdem arbeitet. Nachdem Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) den früheren Chefredakteur eingeladen hatte, beim Neujahrsempfang seines Mi-

nisteriums die Festrede zu halten, übermittelte das türkische Außenministerium Deutschland sein „Unbehagen“. Der türkische Justizminister zürnte: „Was hat denn Can Dündar Gutes für die Türkei oder die Menschheit getan, dass die Kanzlerin sich dazu entscheidet, ihn in Deutschland unter dem Schutz ihres Justizministers zu empfangen? Im Gegenteil, er wurde gerade hier in der Türkei vor Gericht gestellt und verurteilt.“ Dündars Antwort darauf auf Twitter: „Ich habe euch enttarnt.“

Auch Satirejournalist Bilginer ist beunruhigt. Angesichts der politischen Situation sei ihm gelegentlich doch mehr zum Weinen zumute, „aber der Humor ist hilfreicher dabei, um mit diesem Chaos umzugehen.“ Täglich werden er und sein Team von Nationalisten beschimpft und bedroht. „Wir Journalisten in der Türkei haben keinen Schutz. Wir können jederzeit von AKP-Anhängern oder der Regierung angegriffen werden.“ Doch aufgeben gilt für ihn nicht; „Zynismus und Humor sind unsere Waffen gegen Angst und Unterdrückung.“

Die Autorin arbeitet als Korrespondentin in Istanbul für die österreichische Nachrichtenagentur APA. Cigdem Akyol

Nach Ansicht von Präsident Erdogan hat die Türkei »die freieste Presse der Welt«.

»Ich gehöre nicht mehr hierher«

FRAUEN IN DER TÜRKEI In dem Land vollzieht sich ein Paradigmenwechsel im Rollenverständnis

„Die Frau ist Mutter, die Frau ist Hingabe, die Frau ist Boden, die Frau ist Fruchtbarkeit und der Hauptpfeiler unserer Gesellschaft.“ Diese Worte stammen von Fatma Sahin, ehemalige Familienministerin der Regierungspartei AKP in der Türkei, heute Oberbürgermeisterin der südostanatolischen Stadt Gaziantep. Anlass für diese Einschätzung war Anfang Februar die Eröffnung eines Denkmals zu Ehren der Frauen, die sich vor 96 Jahren am Befreiungskampf beteiligt haben. Damit ist zum einen klar umrissen, was von Frauen heute in der Türkei erwartet wird. Zum anderen wird deutlich, dass sich seit der Zeit, als „das schwache Geschlecht“ an der Waffe für sein Land gekämpft hat, ein ernstzunehmender Paradigmenwechsel vollzogen hat.

Das bestätigt auch Nacide Berber, die an der Mimar-Sinan-Universität in Istanbul zur Frauenbewegung in der Türkei forscht. Insbesondere seit dem Putschversuch im Juli vergangenen Jahres hat sich laut ihrer Beobachtung das Klima verändert: „Nicht nur im öffentlichen Raum, auch im familiären Rahmen wird wieder thematisiert, wie Frauen sich kleiden sollen und wohnen sie sich bewegen dürfen.“ Das Rollenmodell definiere sich wieder mehr anhand religiöser, sunnitisch-muslimischer Vorstellungen. Demnach werde die Frau als Teil

der Familie betrachtet und ihr kein eigenständiger Bereich zugestanden, sagt Berber. Schon bevor die AKP an die Macht kam, sei der Druck auf Frauen stark gewesen, stellt die Forscherin klar. Damals richtete sich dieser aber gerade auf jene Frauen, die ihren Glauben in den Fokus stellten. Ihnen blieben viele Chancen verwehrt. „Aber jetzt richtet sich diese restriktive Politik gegen Frauen, die einen anderen Glauben oder einen anderen Lebensstil haben. Diese Frauen werden in jüngster Zeit tatsächlich ins Visier genommen“, so Berber.

Gewalt gegen Frauen Den Anstieg von männlicher Gewalt bewertet die Doktorandin als eine direkte Folge dieses Wertewandels. In den vergangenen 13 Jahren, seit die AKP an der Regierung ist, ist die Rate der Frauen, die Schutz vor häuslicher Gewalt gesucht haben, offiziellen Angaben zufolge um 38 Prozent gestiegen. Aktuell werden täglich 358 Frauen Opfer von häuslicher Gewalt, es gibt aber türkeweit nur 2.657 Plätze in Frauenhäusern. Abgesehen von den von der Religionsbehörde betriebenen „Familienberatungszentren“ gibt es wenig Anlaufpunkte für hilfesuchende Frauen. Alleine seit 2010 wurden mindestens 208 Frauen getötet, obwohl sie sich schutzsuchend an die Behörden gewandt hatten. Doch Justizminister Bekir



Justizminister Bekir Bozdag

Bozdag hält offenbar wenig davon, daran etwas zu ändern: „Wie richtig kann es sein, wenn der Staat mit seiner Polizei, Militär, Richtern, Psychologen, Sozialarbeitern und Experten in Fällen von häuslicher Gewalt und Streitigkeiten zwischen Mann und Frau dazwischen geht?“, fragte der Minister im April vergangenen Jahres auf einem Kongress zum Thema „Kinder, Familie und Frau in der Justiz“. Auf dem Arbeitsmarkt spiegelt sich der gesellschaftliche Wandel ebenfalls wider. Die

Arbeitslosigkeit unter Frauen ist im Vergleich zu den Männern überproportional gestiegen: nämlich um drei Prozent auf insgesamt 16 Prozent binnen eines Jahres. Spürbar verändert hat sich auch das Klima auf den Straßen. „Ich bin kein politischer Mensch“, erklärt Deniz K., eine junge Grafikdesignerin aus Istanbul. „Aber ich fühle, dass ich immer weiter eingeschränkt werde.“ Deswegen machen ihr die Veränderungen im Land Angst: „Neulich hat mich ein Fremder auf der Straße gefragt, warum ich kein Kopftuch trage und vergangenen Sommer habe ich mich erstmals nicht getraut, Shorts anzuziehen.“ Deniz spürt, dass sich am gesellschaftlichen Konsens etwas geändert hat. Weil sie fürchtet, dass das bis auf Weiteres so bleiben wird, hat sie beschlossen, ihre Heimat zu verlassen. Sie will sich in England ein neues Leben aufbauen. Sie glaubt: „Ich gehöre nicht mehr hierher!“

Veronika Hartmann

Die Autorin arbeitet als freie Korrespondentin in Istanbul.



AUFGEKEHRT

Eine Kritik des Karnevals

Karneval ist wie Krätze, Keuchhusten, Karies und Kreuzschmerzen in einem. Mit solcher Aussage macht man sich in manchen Regionen nicht beliebt. Dem Jecken und anderen Traditionsbewahren gilt man damit als Brauchtumschänder. Nur gut, dass diese Zeilen am Rosenmontag erscheinen, und die Gemeinden in zu großer Feierlaune sind, um noch zu lesen.

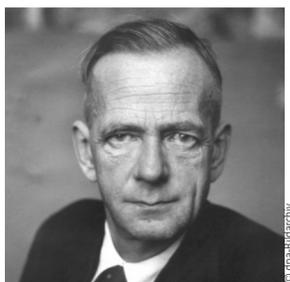
Wir sind also unter uns, verehrte Karnevals-Kritiker und Verkleidungs-Verächter, und wir müssen reden: Liebe Retter des Abendlandes, wir haben auf ganzer Linie versagt! Nicht das linksgrün-bevegte Gutmenschenentum, sondern die kunterbunt-geschminkte Kostümhorde hat die nun kulturlose Hegemonie errungen. Der beschwipste Umzug durch die Institutionen war erfolgreich. Der Faschingsmus ist nun ihre sektgetränkte Leit- und unsere Leidkultur. Der Feind steht mitnichten links, sondern hält sich noch gerade so mit „Alaaf“ oder „Helau“ auf den Beinen. Quasi jedes Karnevals-Kaff hat solch regional verankerte Sprachfehler. Früher fragten wir, ob man Menschen, die wie in Leutkirch „Hoorig, hoorig - isch dia Katz“ (sic!) rufen, überhaupt integrieren kann. Nun sind wir Kostümlosen in der Minderheit.

Denn Karneval, einst ein zeitlich begrenzter Ausnahmezustand für Narren, ist das neue Normal. Narren, wo man auch hinschaut: Narren, die regieren (Trump, Orban); Narren, die regieren wollen (Le Pen, Wilders) und Narren, die wirklich Narren sind, aber trotzdem Politik machen (Beppe Grillo). Die politischen Narren von heute sind dabei meist traditionsbewusst „Wolle mer se reinlasse?“, fragen sie ihr närrisches Volk – und bauen dann Mauern. Tääää! Tääää! Tääää! Tääää! *Sören Christian Reimer* ||

VOR 65 JAHREN...

Sowjetischer »Bluff«?

10.3.1952: Erste Stalin-Note Ein vereintes Deutschland. Souverän und demokratisch. Und das schon wenige Jahre nach Kriegsende. Das Angebot, das der sowjetische Partei- und Regierungschef Josef Stalin den Westalliierten am 10. März 1952 unterbreitete, klang verlockend. Doch die USA, Frankreich und Großbritannien lehnten die Stalin-Note ab. Die sowjetische Bedingung, dass



Kurt Schumacher, Vorsitzender der SPD-Fraktion im ersten Bundestag

Deutschland ein neutraler Staat werden sollte, war für sie nicht diskutabel. Zudem zweifelten sie an der Aufrichtigkeit des Angebots.

Washington, Paris und London waren überzeugt, dass Stalin mit seinem Vorschlag die Westintegration der Bundesrepublik stören wollte und nicht bereit war, die DDR tatsächlich aufzugeben. Dort wurde die Stalin-Note begeistert aufgenommen: DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl dankte „Generalissimus Stalin, für diese große Hilfe“. Unterdessen wurde in der Bundesrepublik kontrovers diskutiert. Während Kanzler Konrad Adenauer (CDU) den Vorstoß als „Bluff“ wertete und entschieden ablehnte, plädierte die SPD um ihren Parteichef Kurt Schumacher dafür, das sowjetische Angebot genau zu prüfen. Die Diskussion sollte Jahre anhalten: Noch 1970 nannte der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner Adenauers damalige Haltung ein „historisches Versäumnis“ und einen „schwerwiegenden Denkfehler“. Am 25. März 1952 wiesen die Westmächte Stalins Angebot ab – verbunden mit der Forderung nach freien Wahlen als Voraussetzung für eine gesamtdeutsche Regierung. Bis September wurden weitere Noten ausgetauscht. Ohne Ergebnis. *Benjamin Stahl* ||



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

ORTSTERMIN: INTERNATIONALES PARLAMENTSTIPENDIUM



Rüzgar Aydemir arbeitet in der Bibliothek des Goethe-Instituts in Ankara. Ab 1. März wird er als Teilnehmer des Internationalen Parlamentsstipendiums (IPS) des Bundestages fünf Monate in Deutschland verbringen.

»Ich mag Unterschiede«

Nicht zwischen zwei, sondern gleich zwischen drei Kulturen aufgewachsen ist Rüzgar Aydemir. Im Jahr 1991, als er wenige Monate alt war, zogen seine kurdischen Eltern nach Deutschland. Mit zehn Jahren ging es zurück in die Türkei. Aydemir hat also viel Erfahrung darin gesammelt, wie es ist, sich zwischen verschiedenen Lebenswelten und Sprachlogiken zu bewegen. Diese Kenntnisse möchte er als Teilnehmer des Internationalen-Parlamentsstipendiums (IPS) auch nach Berlin und in den Bundestag bringen. Am 1. März startet sein fünfmonatiger Deutschlandaufenthalt, in dessen Rahmen er ein Praktikum in einem Abgeordnetenbüro absolviert und sozialwissenschaftliche Vorlesungen an der Humboldt-Universität zu Berlin besuchen wird.

Der 26-jährige Aydemir freut sich schon sehr darauf. Vor allem auf den Austausch mit den anderen Teilnehmern des IPS ist er gespannt. 112 junge Akademiker aus 36 Ländern nehmen in diesem Jahr teil. Wie sieht es anderswo mit Menschenrechten, Geschlechtergerechtigkeit und Pressefreiheit aus? Darüber möchte er mehr erfahren. „Mich interessiert besonders, wie in anderen Gesellschaften mit Diversität umgegangen wird und wie dort Kon-

flikte gelöst werden“, erzählt er. Es sei eine tolle Gelegenheit, mit so vielen anderen jungen Menschen und Abgeordneten über aktuelle Themen zu diskutieren. Er ist sich sicher: „Ich werde viel lernen.“ Aber auch er selbst wird den anderen viel berichten können. In der Türkei gebe es viele wichtige Themen, etwa das Verfassungsreferendum im April. „Ich bin mir sicher, dass die Mehrheit für die Demokratie stimmen wird“, meint Aydemir dazu. Auch von der mehrmonatigen Ausgangssperre im kurdischen Cizre, wo seine Familie lebt, kann er berichten. Ankara hatte dort 2015 eine Sperre verhängt, während Sicherheitskräfte gegen die kurdische Rebellen kämpften. Dieses Ereignis habe ihn stark geprägt. „Alle mussten die Stadt verlassen und lebten ohne Strom und Telefonanbindung außerhalb“, sagt er. „Es war schrecklich. Viele Häuser wurden zerstört.“ Zuhören und erzählen kann Aydemir. Ein Brückenbauer zwischen Deutschland und der Türkei möchte er sein. Wie das gelingen kann? Der Germanist, der an den Hochschulen in Hacettepe und Heidelberg studiert hat, hebt Übersetzungen hervor. „Literarisches Übersetzen trägt dazu bei, dass eine Kultur in anderen Sprachen gelesen und

dadurch auch verstanden werden kann.“ Zur Zeit übersetzt er das türkischsprachige Gedicht eines deutschen Lyrikers ins Kurdische. Seine Migrationsgeschichte hat dazu geführt, dass er alle drei Sprachen beherrscht. Das Wandern zwischen den Kulturen ist zwar nicht immer leicht, hat aber auch viele Vorteile. „Ich finde es schön, dass ich auf ganz verschiedene Weisen denken kann“, sagt Aydemir, der im Goethe-Institut Ankara als Sachbearbeiter in der Bibliothek arbeitet. Inhaltlich hat er sich gut auf den Aufenthalt in Berlin vorbereitet: Nicht nur die aktuellen Nachrichten hat er verfolgt, sondern sich ebenso mit den Gesetzgebungsprozessen in Deutschland und in der Türkei befasst. Unterschiede gibt es natürlich einige. „Ohne sie wäre alles sehr monoton. Ich mag Unterschiede, deswegen habe ich mich beim IPS-Programm beworben“, sagt Aydemir. Wie blickt er auf das Verhältnis zwischen Deutschland und der Türkei? Die beiden Länder hätten seit Jahren gute und intensive Beziehungen, meint Aydemir. Natürlich gebe es in Themen wie der Pressefreiheit gerade Differenzen. Er blickt aber optimistisch in die Zukunft: „Die Beziehungen sind belastbar.“ *Eva Bräth* ||

LESERPOST

Zur Ausgabe 5-7 vom 30. Januar 2017, »Zitat der Woche« auf Seite 1: SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz sagt im Zitat der Woche: „Ich stelle mich der Aufgabe mit Demut“. Gemeint war, auf Vorschlag von Sigmar Gabriel SPD-Kanzlerkandidat und Parteivorsitzender zu werden. Es scheint, dass Demut bei Schulz als Synonym für Ehrgeiz steht. In der Februarausgabe des evangelischen Monatsmagazins Chrison definiert Burkhard Weits Demut mit Vertrauen auf Gott. „Wer aus eigener Kraft gerecht sein will, der kreist um sich“, schreibt er. Es wäre vielleicht Demut, den Begriff Demut nicht für weltliche Gefühlsregungen wie die Politik zu benutzen.

Jeder kann außerdem auf Seite 5 dieser Ausgabe des Parlaments in Sigmar Gabriels letzter Rede als Bundesminister für Wirtschaft und Energie nachlesen, dass ihm die soziale Frage mindestens genauso wichtig ist wie Schulz: „Die Menschen fühlen sich zum Teil aus dem Blick der Politik gefallen und deshalb kommt es darauf an, dass wir in dieser Zeit Verbindlichkeit und Zusammenhalt wieder fördern“, sagte er bei der Debatte im Plenum am 26. Januar. Sigmar Gabriel stellte sich immer seiner Aufgabe, nur Kanzlerkandidat ließ ihn die SPD nie werden.

Frank Wolfram Wagner Lemgo

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament Platz der Republik 1 11011 Berlin redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 13. März.

Die Gewinner des Rätsels



Ein Besuch des Deutschen Bundestages ist Teil des Hauptpreises.

WEIHNACHTSRÄTSEL Auch am Weihnachtsrätsel 2016 haben sich viele Leser beteiligt. Den Hauptpreis, eine Reise nach Berlin für zwei Personen inklusive Besuch des Bundestages, hat gewonnen:

Peter Domanski aus Freiberg am Neckar

Außerdem gingen der Bildband „Innenansichten unseres Parlamentes“, sowie die DVD „Das Herz der Demokratie“ an:

- Elo Kimmo aus Turku, Finnland
- Hans Gäng aus Biberach
- Marlis Bönner aus Wuppertal
- Dick de Jong aus Piechowice, Polen
- Cornelia Hülsenbeck aus Ansbach
- Axel Holtz aus Henstedt-Ulzenburg
- Marlene Stockinger aus Aidlingen
- Birgit Klingenberg aus Aachen
- Stefan Rein aus Wachtberg

Wir bedanken uns bei unseren Leserinnen und Lesern für die Teilnahme. *PA* ||

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 6. – 10.3.2017

Regierungserklärung zum Europäischen Rat (Do), Infrastrukturabgabe (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

SEITENBLICKE



PERSONALIA

>Joachim Gres Bundestagsabgeordneter 1990-1998, CDU

Am 1. März wird Joachim Gres 70 Jahre alt. Der Rechtsanwalt und Notar aus Frankfurt, CDU-Mitglied seit 1971, war von 1977 bis 1990 Stadtverordneter seiner Heimatstadt. Der Direktkandidat des Wahlkreises Frankfurt am Main II saß im Rechtsausschuss.

>Klaus Uwe Benneter Bundestagsabgeordneter 2002-2009, SPD

Klaus Uwe Benneter wird am 1. März 70 Jahre alt. Der Rechtsanwalt und Notar aus Berlin trat 1965 der SPD bei und stand 1977 an der Spitze der Jungsozialisten. Von 1996 bis 2000 amtierte er als stellvertretender Vorsitzender der Berliner SPD und dann 2004/05 als Generalsekretär seiner Partei. Benneter arbeitete im Rechtsausschuss mit.

>Anni Brandt-Elsweier Bundestagsabgeordnete 1990-2002, SPD

Anni Brandt-Elsweier vollendet am 2. März ihr 85. Lebensjahr. Die Richterin aus Neuss trat 1963 der SPD bei, war von 1969 bis 1993 Ratsfrau ihrer Heimatstadt und gehörte von 1975 bis 1994 dem Kreistag in Neuss an. Brandt-Elsweier engagierte sich im Bundestag unter anderem im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

>Wolfgang Wodarg Bundestagsabgeordneter 1994-2009, SPD

Am 2. März wird Wolfgang Wodarg 70 Jahre alt. Der Mediziner aus Flensburg schloss sich 1988 der SPD an, gehörte von 1992 bis 2002 dem SPD-Kreisvorstand Schleswig-Flensburg an, und amtierte von 1994 bis 2002 als stellvertretender Kreisvorsitzender. Von 1998 bzw. 1999 bis 2010 war Wodarg Mitglied des Europarats und der WEU. Im Bundestag saß er im Gesundheitsausschuss.

>Hansjörg Häfele Bundestagsabgeordneter 1965-1990, CDU

Am 6. März vollendet Hansjörg Häfele sein 85. Lebensjahr. Der promovierte Jurist und Rechtsanwalt aus Bad Dürkheim, CDU-Mitglied seit 1961, war von 1982 bis 1989 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen. Der Haushaltsexperte und Direktkandidat der Wahlkreise Donau-essingen bzw. Schwarzwald-Baar arbeitete vorwiegend im Finanzausschuss mit.

>Wolfgang Grothaus Bundestagsabgeordneter 1998-2009, SPD

Am 7. März wird Wolfgang Grothaus 70 Jahre alt. Der Technische Angestellte aus Oberhausen trat 1969 der SPD bei, war von 1977 bis 1999 Ortsvereins- bzw. stellvertretender Unterbezirksvorsitzender und amtierte von 1994 bis 1998 als Erster Bürgermeister der Stadt Oberhausen. Grothaus wirkte im Ausschuss für Arbeit und Soziales mit.

>Bodo Teichmann Bundestagsabgeordneter 1994-1998, SPD

Bodo Teichmann wird am 9. März 85. Jahre alt. Der promovierte Chemiker aus Potsdam trat 1990 der SPD bei. Von 1990 bis 1994 gehörte er dem brandenburgischen Landtag an. Der Direktkandidat des Wahlkreises Eberswalde-Bernau-Bad Freienwalde saß im Umweltausschuss.

>Peter Friedrich Bundestagsabgeordneter 1998-2002, SPD

Am 10. März wird Peter Friedrich 75 Jahre alt. Der Rechtsanwalt aus Altenburg trat 1990 der SPD bei. Von 1990 bis 1998 gehörte Friedrich dem Landtag in Thüringen an und amtierte als dessen Vizepräsident. Im Bundestag wirkte er im Ausschuss für Angelegenheiten der Neuen Länder mit.

>Walter Schöler Bundestagsabgeordneter 1992-2005, SPD

Am 10. März wird Walter Schöler 70 Jahre alt. Der Stadtverwaltungsrat aus Tönisvorst/Krs. Viersen schloss sich 1966 der SPD an und war von 1986 bis 2002 Vorsitzender des Unterbezirks Viersen. Von 1984 bis 1995 gehörte er der Landschaftsversammlung Rheinland an. Schöler engagierte sich im Bundestag im Haushaltsausschuss.

>Antje-Marie Steen Bundestagsabgeordnete 1990-2002, SPD

Antje-Marie Steen wird am 11. März 80 Jahre alt. Die Apothekenhelferin trat 1970 der SPD bei und war von 1997 bis 2000 Kreisvorsitzende in Ostholstein. Von 1982 bis 1990 gehörte sie dort dem Kreistag an. Steen saß zuletzt im Haushaltsausschuss.

>Peter Harry Carstensen Bundestagsabgeordneter 1983-2005, CDU

Am 12. März wird Peter Harry Carstensen 70 Jahre alt. Der Agraringenieur aus Schieren-see/Krs. Rendsburg-Eckernförde wurde 1971 CDU-Mitglied und führte von 2002 bis 2010 den Landesverband. Im Bundestag hatte Carstensen von 1994 bis 2002 den Vorsitz des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft inne. Von 2005 bis 2012 war er Ministerpräsident von Schleswig-Holstein. *bmh* ||

leicht
erklärt!

Die Türkei

Was geschieht dort im Moment?



Neues aus der Türkei



Im Moment hört man in den Nachrichten oft von der Türkei.

Darüber stand schon etwas in einer früheren Ausgabe von „leicht erklärt!“.

Und zwar in der Ausgabe: Nummer 53. Sie lag in „Das Parlament 19/2016“.

Im folgenden Text steht noch mehr über die Türkei.

Was ist die Türkei?



Die Türkei ist ein Land.

Es liegt von Deutschland aus im Süd-Osten.

Das heißt: Auf einer Karte liegt es von Deutschland aus unten rechts.

Der größte Teil von der Türkei liegt auf dem Kontinent Asien.

Aber: Ein kleiner Teil liegt auch auf dem Kontinent Europa.

Die Haupt-Stadt von der Türkei heißt Ankara.

Die vielleicht bekannteste Stadt ist Istanbul.



Politik in der Türkei

Die Politik in der Türkei ist gerade in einer schwierigen Lage.

Eigentlich ist die Türkei eine Demokratie.

Zu einer „Demokratie“ gehört zum Beispiel:

- Die Bürger bestimmen, was in ihrem Land passiert. Dafür wählen sie Politiker, die für sie sprechen.
- Menschen dürfen ihre Meinung sagen. Das können sie zum Beispiel in Zeitungen tun.
- Richter können ihre Arbeit machen. Dabei reden ihnen die Politiker nicht rein.



Eigentlich sollte all das auch in der Türkei so sein.



Viele Menschen finden aber: In der Türkei funktioniert die Demokratie schon seit vielen Jahren nicht mehr richtig.



Denn:

- Zeitungen und andere Nachrichten können zum Beispiel nicht schreiben, was sie wollen.
- Politiker mischen sich sehr stark bei den Richtern ein.

Präsident Erdoğan

Viele Menschen sagen:
Vor allem ein Mann ist schuld,
dass es in der Türkei
immer weniger Demokratie gibt.

Sein Name ist: Recep Erdoğan.

Er ist der Präsident von der Türkei.

Das bedeutet:

- Er ist das Staats-Oberhaupt von der Türkei.
- Er hat das höchste Amt in seinem Land.
- Er vertritt die Türkei in anderen Ländern.

Viele Menschen sagen:
Erdoğan möchte in der Türkei
immer mehr bestimmen.

Man sagt dazu auch:
Er möchte immer mehr Macht haben.

Aber: Eine einzige Person mit zu viel
Macht passt nicht zu einer Demokratie.



Erdoğan macht verschiedene Dinge,
um mehr Macht zu bekommen.

Das tut er aber meistens nicht allein.

Ihm hilft eine Partei mit dem Namen:
AKP.

Parteien sind Gruppen von Menschen.

Sie haben sich zusammengetan.
Denn sie haben ähnliche Ideen,
welche Politik man machen sollte.

Keine Partei in der Türkei
hat so viel zu sagen wie die AKP.

Darum kann sie Erdoğan
auch so gut helfen.



Neue Verfassung

Eine Sache, mit der Erdoğan
mehr Macht bekommen möchte, ist:
eine neue Verfassung.



Eine Verfassung ist so eine Art Gesetz.

Darin stehen
die wichtigsten Regeln für das Land.

Zum Beispiel:

- Welche Rechte die Bürger haben.
- Wer in einem Land
welche Aufgaben erledigt.

Das heißt:

- Wer das Land leitet.
- Wer die Gesetze macht.
- Wer Verbrecher bestraft.

Änderungen in der Verfassung

In der neuen Verfassung soll es zum
Beispiel folgende Veränderungen
geben:

Veränderung 1

Heute gibt es in der Türkei
2 besonders wichtige Politiker:

1) Einen Präsidenten.
Das ist Erdoğan.

2) Einen Minister-Präsidenten.

Die Titel von beiden Politikern
klingen zwar ähnlich.
Sie haben aber
ganz unterschiedliche Aufgaben.

Der Minister-Präsident ist der Chef
von der türkischen Regierung.

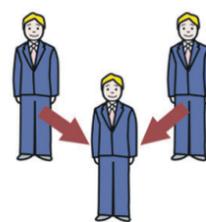
Die Regierung sind die Politiker,
die ein Land leiten.

Der Minister-Präsident ist also
ein besonders wichtiger Politiker.

In der neuen Verfassung soll es keinen
Minister-Präsidenten mehr geben.

Seine Aufgaben
soll der Präsident übernehmen.

Der könnte dann also
viel mehr bestimmen.



Veränderung 2

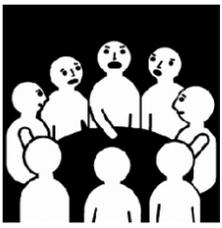
Das Parlament soll weniger Rechte
bekommen.

Ein Parlament ist
eine Gruppe von Politikern.

Die Menschen in einem Land
haben sie gewählt.

Sie vertreten alle Menschen
in ihrem Land.





Ihre Aufgaben sind zum Beispiel:

- Sie machen Gesetze für ihr Land.
- Sie kontrollieren die Regierung von ihrem Land.

Ein Parlament sorgt also dafür, dass in einer Demokratie möglichst alle Menschen mitbestimmen können.

Wenn das Parlament weniger Rechte hat, dann können auch die Menschen in einem Land weniger mitbestimmen.



Mit der neuen Verfassung bekommt also eine einzelne Person mehr zu sagen. Nämlich der Präsident.

Und das Parlament hat weniger zu sagen. Und damit auch die Menschen in der Türkei.

Beides ist schlecht für die Demokratie.

Abstimmung



Die Menschen in der Türkei dürfen über die neue Verfassung abstimmen.

Und zwar am 16. April.

Wenn genug Leute Ja zu der neuen Verfassung sagen, dann wird sie zu einem Gesetz.



Über die neue Verfassung sprechen gerade auch in Deutschland viele Menschen.

Das hat einen Grund:

Vor ungefähr einer Woche war ein Mann mit dem Namen Binali Yildirim in Deutschland.

Er ist der Minister-Präsident von der Türkei.

Er hat eine Rede gehalten.

Darin hat er Werbung für die neue Verfassung gemacht.

Denn in Deutschland leben viele Türken.

Sie dürfen bei der Abstimmung über die Verfassung auch mitmachen.



Außerdem hat Yildirim gesagt:

Auch Erdoğan will demnächst noch nach Deutschland kommen.

Und er will hier Werbung für die neue Verfassung machen.

Viele Menschen finden das nicht gut.

Sie sagen:

In Deutschland sollte kein türkischer Politiker für die neue Verfassung Werbung machen.

Denn die Verfassung ist schlecht für die türkische Demokratie.

Und Deutschland muss die Demokratie beschützen.

Gegen die Gülen-Bewegung

Erdoğan und die AKP kämpfen schon seit Jahren gegen die sogenannte Gülen-Bewegung.

Mit dem Wort „Bewegung“ meint man eine Gruppe von Menschen.

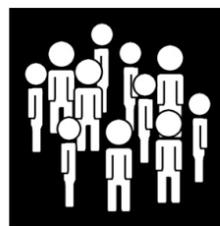
Sie haben sich zusammengetan.

Und sie versuchen, bestimmte Dinge zu verändern.

Manche Menschen meinen zum Beispiel: Die Gülen-Bewegung will möglichst viele Menschen von ihrer Idee von der Religion Islam überzeugen.

Andere meinen, die Gülen-Bewegung will in der Politik bestimmen.

Aber ihre ganz genauen Ziele kennt niemand so richtig.



Auf jeden Fall benutzen Erdoğan und die AKP die Gülen-Bewegung, um mehr Macht zu bekommen.

Das machen sie zum Beispiel so:

Vor ein paar Monaten gab es in der Türkei einen Putsch.

Das Wort „Putsch“ bedeutet:

Soldaten haben sich gegen die Regierung gestellt.



Die Soldaten wollten,
dass die Regierung aufhört.

Damit sie dann selbst in der Türkei
bestimmen können.

Der Putsch hat nicht funktioniert.

Die Soldaten haben die Regierung
nicht übernommen.



Das alles hat auch Auswirkungen
auf Deutschland.

Zum Beispiel:

Einige Imame in Deutschland
sollen für die türkische Regierung
spioniert haben.

„Imame“ sind wichtige Personen
in der islamischen Religion.

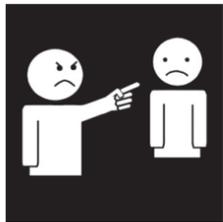
Und „spionieren“ bedeutet:

Sie sollen ihre Gemeinde
ganz genau beobachtet haben.
Und das dann der türkischen
Regierung weitererzählt haben.

So wollte die Regierung vielleicht
herausfinden, ob in Deutschland je-
mand zur Gülen-Bewegung gehört.

Viele Menschen haben sich darüber
beschwert.

Sie haben gesagt: In Deutschland
darf es keine türkischen Spione geben.



Nach dem Putsch hat die Regierung
von der Türkei gesagt:

Die Gülen-Bewegung ist schuld
an dem Putsch.

Bisher weiß niemand,
ob das wirklich stimmt.

Aber die Regierung in der Türkei
behauptet, dass es so ist.



Die Regierung hat dann
von der Polizei Leute verhaften lassen.

Und viele Menschen
haben ihren Job verloren.

Und zwar bisher viele tausend Leute.

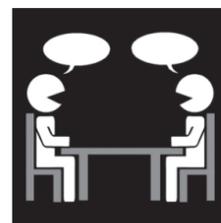
Zum Beispiel:

- Lehrer
- Soldaten
- Richter

Die Begründung von der Regierung
dafür ist: Diese Leute gehören zur
Gülen-Bewegung.

Außerdem hat die Regierung
mehrere Zeitungen, Fernseh-Sender
und Radio-Sender geschlossen.

Auch hier sagt sie: Sie haben
der Gülen-Bewegung geholfen.



In der Türkei passieren also gerade
viele Dinge.

Viele Menschen machen sich Sorgen.
Und zwar um die Demokratie dort.

Darum sprechen im Moment auch
so viele Menschen in Deutschland
über die Türkei.

Und so wird es bestimmt auch
in der nächsten Zeit bleiben.



Viele Menschen in Deutschland
und auch in der Türkei sagen aber:

Die Regierung von der Türkei benutzt
den Putsch nur als eine Ausrede.

Denn: Sie möchte Leute aus dem Weg
schaffen, die gegen die Regierung sind.

Und sie möchten Nachrichten
verhindern, in denen man etwas
gegen die Regierung sagt.

Weitere Informationen
in Leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde
in Leichte Sprache
übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Die Bilder sind von: Titelbild: © picture alliance / Roland Weihrauch/dpa, Porträt Erdogan: © picture alliance / ZUMAPRESS.com. Außerdem von Picto-Selector. Genauer: © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org) oder © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 9-10/2017
Die nächste Ausgabe erscheint am 13. März 2017.